



Konrad
Adenauer
Stiftung

KANZLER DER EINHEIT

**BISMARCK – ADENAUER – KOHL
HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN**

HANNS JÜRGEN KÜSTERS | ULRICH LAPPENKÜPER
(HRSG.)



KANZLER DER EINHEIT

KANZLER DER EINHEIT

**BISMARCK – ADENAUER – KOHL
HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN**

HANNS JÜRGEN KÜSTERS | ULRICH LAPPENKÜPER
(HRSG.)

© 2012, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

www.kas.de

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln

Satz: workstation gmbh, Bonn

*Umschlagfotos: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung,
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

*Die Publikation wurde gedruckt mit finanzieller Unterstützung
der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-944015-00-2

INHALT

- 7** | VORWORT
Hanns Jürgen Küsters, Ulrich Lappenküper
- 11** | EINFÜHRUNG: KANZLER DER EINHEIT.
BISMARCK – ADENAUER – KOHL.
HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN
Rudolf Seiters
- 15** | DIE IDEE DER DEUTSCHEN EINHEIT
Andreas Wirsching
- 29** | DREI AUSSENPOLITISCHE REVOLUTIONEN.
DAS NEUE DEUTSCHLAND ALS FAKTOR DES
INTERNATIONALEN STAATENSYSTEMS
Eckart Conze
- 45** | DIE EINHEIT DEUTSCHLANDS IM INNERN
Dominik Geppert
- 65** | DIE EINIGUNG DEUTSCHLANDS IN DER PUBLIZISTIK
Frank Becker
- 91** | KANZLER DER EINHEIT. OTTO VON BISMARCK –
KONRAD ADENAUER – HELMUT KOHL.
HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN
Arnulf Baring
- 103** | DIE AUTOREN

VORWORT

Schon zu ihren Lebzeiten verkörperten sie deutsche Geschichte: der Reichsgründer Otto von Bismarck, der Gründungskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, und der Kanzler der deutschen Einheit, Helmut Kohl. Sie alle empfanden den Auftrag, die Deutschen zu vereinen, als Maxime ihres politischen Handelns. Alle hatten sie mit erheblichen Schwierigkeiten beim Zusammenwachsen des wiedervereinigten Landes zu kämpfen.

In einer gemeinsamen Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Otto-von-Bismarck-Stiftung diskutierten Historiker und Politikwissenschaftler am 15. März 2011 über die drei bedeutenden Staatsmänner und arbeiteten Gemeinsamkeiten und Differenzen heraus. Der vorliegende Band fasst die Ergebnisse zusammen.

In seinen einleitenden Bemerkungen weist Dr. Rudolf Seiters, Mitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung und Kuratoriumsvorsitzender der Otto-von-Bismarck-Stiftung, darauf hin, jeder der drei Kanzler habe zu seiner Zeit im richtigen Augenblick die „gegebene historische Chance konsequent genutzt“: Otto von Bismarck zur Gründung des Deutschen Reiches 1871, Konrad Adenauer zur Schaffung eines freiheitlichen demokratischen Staates in Form der Bundesrepublik Deutschland 1949 und Helmut Kohl zur Wiederherstellung der deutschen Einheit 1990.

Als die zentralen Elemente der Einigungsidee stellt Professor Dr. Andreas Wirsching den Landespatritismus, den föderalen Aufbau, die kleindeutsche, borussische Vorstellung der deutschen Nation und die europäische Idee der deutschen Einheit heraus, denen sich Adenauer und Kohl verschrieben hatten.

Auf die Einflüsse des internationalen Staatensystems geht Professor Dr. Eckart Conze ein. Er setzt zwei Zäsuren: 1871 sei die durch den Wiener Kongress 1815 geschaffene Ordnung mit ihrem Mächte-Konzert zerfallen und durch ein multilaterales Vertragsrecht ersetzt worden. Erst nach den Erfahrungen nach 1918, der Zäsur des Jahres 1945 und der Absage Adenauers an den Machtstaat sei in Zeiten des Ost-West-Konflikts die Hinwendung Deutschlands zum Westen erfolgt. Deutschland sei geteilt gewesen, weil die Welt geteilt war und nicht umgekehrt. Adenauer habe die Abkehr von der Bismarckschen Schaukelpolitik und

der Mittellage-Vorstellung deutscher Außenpolitik betrieben. Westintegration bot Sicherheit und schuf neue Traditionslinien. Nach 1990 habe sich Deutschland zu einer kontinentalen Großmacht entwickelt und sich in eine neue gesamteuropäische Ordnung eingebettet. Die Leistungen Adenauers und Kohls hätten darin bestanden, dass kein Weg mehr hinter 1945 zurückführte.

Die innenpolitischen Faktoren der deutschen Einigung untersucht Professor Dr. Dominik Geppert. Er stellt die unterschiedlichen Ziele heraus, die Bismarck mit der Vorrangstellung Preußens im Deutschen Reich intendierte, Adenauer mit der Überwindung des NS-Staates und Kohl mit der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes. Alle drei hätten versucht, die jeweiligen „Anciens regimes“ zu überwinden und den passenden institutionellen Rahmen zu finden. Dabei habe sich Bismarck gegen die Parteiendemokratie gestellt, die für Adenauer und Kohl zum unverzichtbaren Bestandteil der Einheit Deutschlands wurde.

Professor Dr. Frank Becker untersucht den Einfluss der Publizistik in der Phase der Reichsgründung 1871 und betont Bismarcks Bestreben, die Entscheidungsprozesse durch Kanalisierung des Depeschenverkehrs zu beeinflussen. Die Kriegsberichterstattung habe er mit strategischer Umsicht gehandhabt und sie sei ein entscheidendes Kriterium für die Einigung gewesen. Dabei habe er sich in der öffentlichen Darstellung weitgehend zurück genommen, jedoch alle wichtigen Fäden in Händen behalten. Die Einigung sei auch publizistisch das Werk des Zusammenspiels von Bürgertum und Adel gewesen.

Abschließend betont Professor Dr. Arnulf Baring die hohe Risikobereitschaft der drei Staatsmänner: Bismarck mit seiner Bereitschaft zur kleindeutschen Lösung, Adenauer mit seiner Politik der Westbindung, die viele damals für Utopie hielten, und Kohl mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit. Alle drei hätten große innenpolitische Schwierigkeiten zu überwinden gehabt: Bismarck gegenüber den Fürsten, Adenauer mit seiner Option Freiheit vor Wiedervereinigung und Kohl mit seiner von den USA unterstützten Tatkraft, gegen Teile der SPD das „Window of opportunity“ zu nutzen.

Diese sicherlich ungewöhnliche komparatistische Sichtweise auf drei herausragende deutsche Kanzler soll dazu beitragen, historische, zeitgeschichtliche und politisch-strukturelle Momente in der Entwicklung

Deutschlands von den Anfängen, die 1871 zur Reichsgründung führten, bis zu den Folgen der Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und der Wiederherstellung der deutschen Einheit besser zu verstehen.

Sankt Augustin / Friedrichsruh im August 2012

Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Prof. Dr. Ulrich Lappenküper
Otto-von-Bismarck-Stiftung

EINFÜHRUNG

Kanzler der Einheit. Bismarck – Adenauer – Kohl. Herausforderungen und Perspektiven

Rudolf Seiters

Die Wahrung des Andenkens an bedeutende Staatsmänner der eigenen Geschichte gehört zu den wichtigen Anliegen und kulturpolitischen Aufgaben eines Staates. Aus diesem Grund hat der Deutsche Bundestag im Sommer 1997 beschlossen, nach Bundeskanzler Konrad Adenauer, Reichspräsident Friedrich Ebert, Bundespräsident Theodor Heuss und Bundeskanzler Willy Brandt auch den ersten deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck durch Errichtung einer selbstständigen Stiftung zu ehren und dessen Leistungen zu würdigen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, sammelt und verwahrt die Stiftung den Nachlass Otto von Bismarcks und seiner Familie und wertet diesen für die Interessen der Allgemeinheit in Kultur und Wissenschaft, Bildung und Politik aus. Zugleich ist die Stiftung ein Zentrum der wissenschaftlichen Forschung über Otto von Bismarck und seine Zeit.

Als Kuratoriumsvorsitzender der Otto-von-Bismarck-Stiftung freue ich mich daher sehr, Sie heute hier in den Räumen der Konrad-Adenauer-Stiftung, deren Mitglied ich ebenfalls bin, begrüßen zu können, insbesondere die Professoren Dr. Andreas Wirsching, Dr. Eckart Conze, Dr. Dominik Geppert, Dr. Frank Becker, Dr. Arnulf Baring und natürlich auch Herrn Professor Dr. Küsters und Herrn Professor Dr. Lappenküper, die diese Veranstaltung „Kanzler der Einheit. Bismarck – Adenauer – Kohl. Herausforderungen und Perspektiven“ vorbereitet haben – mit einem außerordentlich reizvollen Thema und Diskussionen, auf die auch ich sehr gespannt bin.

Henry Kissinger hat am 13. Juli 1998 in einem Vortrag in Reinbek Bismarck „die dominante Figur der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vielleicht sogar des gesamten Jahrhunderts“ genannt. Darin waren und

sind sich viele Historiker einig, unabhängig von der unterschiedlichen Bewertung seiner politischen Lebensleistung. Der „Reichsgründer“ und „Eiserne Kanzler“ hat das Amt des Bundes- bzw. Reichskanzlers über nahezu 23 Jahre entscheidend geprägt, zunächst im Rahmen der Verfassung des Norddeutschen Bundes, seit 1871 als verantwortlicher Lenker der Reichsregierung. Nimmt man die Jahre der preußischen Ministerpräsidentenschaft seit 1862 noch dazu, so hat Bismarck es fast ein Menschenalter lang vermocht, die Richtung der preußisch-deutschen Politik zu bestimmen. Gleichzeitig ist er ein „Kanzler der Einheit“, die er herbeiführte durch eine „Revolution von oben“. Lothar Gall nannte ihn den „weißen Revolutionär“. Henry Kissinger fasst sein Urteil über die Außenpolitik Bismarcks mit folgendem Satz zusammen: Es sei ihm in einer staatsmännischen Leistung gelungen, das feste Gleichgewicht in Europa als ein Instrument des Ausgleichs und des Friedens zu erhalten. Kritischer – das wissen auch wir in der Otto-von-Bismarck-Stiftung – fällt die Bilanz der Bismarckschen Innenpolitik aus.

Konrad Adenauer, Gründungskanzler der Bundesrepublik, hat mit seiner klugen und weitsichtigen Politik die Grundlagen gelegt für den Aufbau einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen, sozialen Bundesrepublik, dabei am Ziel der Überwindung des Status quo, also der Verwirklichung der Selbstbestimmung der Deutschen und damit der Wiedervereinigung, immer festgehalten. Adenauer hatte der bundesdeutschen Außenpolitik die Maxime vorgegeben, dass ihre beiden Hauptziele: Westbindung – atlantische wie europäische – und die Wiedervereinigung nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern einander bedingen. Voraussetzung für eine praktische Verbindung dieser Ziele war eine Neukonzeption der sowjetischen Westpolitik, zu der die UdSSR irgendwann aus innerer Schwäche kommen müsse. Ich erinnere an Adenauers Aussage von 1966: „Eines Tages wird auch Sowjet-Russland einsehen, dass die Trennung Deutschlands und damit die Trennung Europas nicht zu seinem Vorteil ist ... Wenn der Augenblick naht oder sich zu nahen scheint, der eine günstige Gelegenheit bringt, dann dürfen wir ihn nicht ungenutzt lassen.“ Eine vorausschauende und sehr realistische Einschätzung der internationalen Lage, auch zu Zeiten, als viele in Deutschland die Einheit längst aufgegeben hatten. Behutsamkeit und Sorgfalt bei der Verfolgung deutschlandpolitischer Ziele war aber auch gegenüber den westlichen Verbündeten erforderlich. Es gehört zu den bleibenden – und bis 1990 nachwirkenden – Erfolgen der Adenauerschen Politik, die drei Westmächte im Deutschlandvertrag auf das gemeinsame Ziel eines

wiedervereinigten, freiheitlich verfassten und in die westliche Gemeinschaft integrierten Deutschland verpflichtet zu haben.

Altbundeskanzler Helmut Kohl, ebenfalls Kanzler der Einheit, war kaum in seinem Amt als Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland, als er gegen viele Widerstände in Politik und Öffentlichkeit den NATO-Doppelbeschluss durchsetzte, dessen Bedeutung für die Wiedervereinigung Deutschlands überhaupt nicht zu überschätzen ist. Dass die westliche Allianz damals die Kraft gefunden hat, diese Gegenmaßnahmen gegen den sowjetischen Rüstungsschub der SS 20 durchzusetzen, hat – wie wir von Gorbatschow selbst und anderen wissen – wesentlich zur Neuorientierung der sowjetischen Westpolitik beigetragen. Zugleich hat die Verwirklichung dieses Beschlusses die Vertrauensbasis im Westen wieder gefestigt, die durch Teile der deutschen politischen Öffentlichkeit ins Wanken geraten war. Sieben Jahre später war sie eine der Grundlagen der Wiedervereinigungspolitik.

Ohne die Solidarnosc-Bewegung in Polen, ohne die Liberalisierung Ungarns, ohne Gorbatschow und seine Politik von Perestroika und Glasnost, ohne die feste Haltung der Vereinigten Staaten, ohne die Massenfluchten und Massendemonstrationen in der DDR hätte es wohl keine Wiedervereinigung gegeben. Die damalige Entwicklung hätte aber auch einen anderen Verlauf genommen, wenn nicht die Bundesregierung den „Mantel der Geschichte“ im richtigen Zeitpunkt ergriffen und die damals gegebene historische Chance konsequent genutzt hätte. Es gab damals auch ganz andere Stimmungen und Vorstellungen in Deutschland.

Wenn wir daher Helmut Kohl zu Recht einen der Väter der Einheit nennen, dann zum einen wegen der Geradlinigkeit und Richtigkeit der politischen Grundentscheidungen. Ebenso wichtig ist aber auch das persönliche Miteinander der handelnden Politiker, das Vertrauensverhältnis, das Prinzip der Verlässlichkeit. Ein solches Vertrauensverhältnis in den Jahren 1989/1990 herzustellen, zu Michail Gorbatschow, François Mitterrand und den anderen, ist Helmut Kohl in einer besonders kennzeichnenden Weise gelungen. Der Bundeskanzler nahm Rücksicht auf die Empfindlichkeiten im Westen und Osten Europas. Er ließ keine Zweifel aufkommen, dass Deutschland an seinen europäischen Verpflichtungen auch nach einer Wiedervereinigung festhalten werde. Er wusste um die polnischen Empfindlichkeiten, um die wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Schwierigkeiten von Michail Gorbatschow.

Er hat den Prozess, der zur Wiedervereinigung Deutschlands führte, sorgsam und ganz behutsam gesteuert: Vertrauen herstellen in die Verlässlichkeit politischen Handelns.

Dennoch ist es richtig, sich dem Thema Wiedervereinigung auch mit einem Stück Demut und Bescheidenheit zu nähern. Wir hatten auch Glück, und niemand beschreibt das besser und plastischer als Helmut Kohl in seinen Memoiren: „Als wir uns im Herbst 1989 auf den Weg zur Einheit machten, war es wie vor der Durchquerung eines Hochmoores: Wir standen knietief im Wasser, Nebel behinderte die Sicht und wir wussten nur, dass es irgendwo einen festen Pfad geben müsste. Wo er genau verlief, wussten wir nicht. Schritt für Schritt tasteten wir uns vor und kamen schließlich wohlbehalten auf der anderen Seite an. Ohne Gottes Hilfe hätten wir es wohl nicht geschafft.“

Die Idee der deutschen Einheit

Andreas Wirsching

Auf die Frage, wie alt die Idee der deutschen Einheit sei, kann man sehr unterschiedliche Antworten geben. Dass z. B. das Heilige Römische Reich im 15. Jahrhundert den Zusatz „Deutscher Nation“ erhielt, signalisiert ein wachsendes Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen innerhalb des multinationalen Reichsverbandes.¹ Und ebenso wenig lässt sich bestreiten, dass schon die sogenannten „Gravamina der deutschen Nation“ ein gegen Rom gerichtetes Bewusstsein widerspiegelten, das die Einigkeit der Deutschen gegen das „Welsche“ akzentuierte.² Zugleich freilich gilt es wachsam zu sein gegen die Versuchung, spätere „moderne“ Entwicklungen rückwirkend in die Geschichte hineinzulesen. Nationalistische Indienstnahmen des „deutschen Mittelalters“ oder auch der „deutschen Reformation“ gehörten insbesondere zu den Markenzeichen der borussisch-kleindeutschen Geschichtsschreibung des späten 19. Jahrhunderts und sind aus heutiger Sicht überholt. Bei der Frage nach der „Idee der deutschen Einheit“ empfiehlt es sich daher, sich auf die Zeit vom späten 18. bis zum 20. Jahrhundert zu konzentrieren. Die Geschichte ganz Europas ist während dieser Zeit von einer unaufhaltsamen Tendenz zur kulturellen und politischen Nationsbildung geprägt. Fast überall in Europa entstehen im 19. Jahrhundert die nationalen Mythen, die Einheit verbürgen und Zukunft sichern sollten.³ Deutschland macht in dieser Beziehung keine Ausnahme, wengleich es bei der deutschen Idee der Einheit eine Vielzahl von Eigenheiten zu berücksichtigen gilt.

Im Folgenden präsentiere ich vier Gedankengänge: Einigen knappen Bemerkungen zu Entstehung und Charakter der Idee von der deutschen Einheit um 1800 (I) folgt die Diskussion der Grundelemente dessen, was man als föderative Idee der deutschen Einheit bezeichnen kann (II). Der dritte Abschnitt wird sich mit den Gründen und Abgründen der

1 | Vgl. hierzu nach wie vor Karl Zeumer: *Heiliges römisches Reich deutscher Nation. Eine Studie über den Reichstitel*. Weimar 1910, insbes. S. 17–20.

2 | Zusammenfassend Eike Wolgast, Art.: *Gravamina nationis germanicae*, in: *Theologische Realenzyklopädie*. Bd. 14. Berlin 1985, S. 131–134.

3 | Eindrücklich hierzu Monika Flacke (Hg.): *Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama*. 2. Aufl. München u. a. 2001.

kleindeutschen Idee der deutschen Einheit beschäftigen (III), ehe sich ein vierter Gedankengang dem widmet, was sich als europäische Idee der deutschen Einheit fassen lässt. Sie hat sich seit den 1960er Jahren etabliert und bestimmt unsere Gegenwart (IV).

I.

Man kann sich leicht darüber einigen, die Zeit um 1800 als historische Wasserscheide zu betrachten. Im späten Heiligen Römischen Reich war es ohne große Verrenkungen möglich, zwei Dinge miteinander zu vereinbaren: einerseits einen Landespatritismus zu pflegen, der sich auf das eigene politische Territorium bezog; andererseits in dem Bewusstsein von der kulturellen Einheit aller Deutschen zu leben. Diese schon dem 18. Jahrhundert eingeschriebene Balance zwischen politischem Föderalismus und Kulturnation begründete einen spezifischen und typischen Entwicklungsweg, ja geradezu eine langfristig wirksame Pfadabhängigkeit für die Idee der deutschen Einheit. Denn diese Idee wies in ihrem historischen Kern eine gleichsam duale Struktur auf. Das Politisch-Partikulare kann durchaus mit der Vorstellung von der Einheit der deutschen Nation zusammengedacht werden. Historisch betrachtet, impliziert die Idee der kulturellen Einheit der Deutschen daher nicht notwendig die Idee ihrer staatlichen Einheit. Auch nach der Reichsgründung von 1871 ließ sich zum Beispiel die Loyalität für das Königreich Württemberg ohne Weiteres verknüpfen mit der feierlichen Begehung des nationalsten aller Nationalfeiertage, des Sedantags.⁴

Gleichwohl veränderte sich die Balance seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Das Heilige Römische Reich hatte den Deutschen so etwas wie ein institutionelles Dach gegeben, unter dem sich eine „vorgestellte“ nationale Gemeinschaft ausbreiten konnte.⁵ Der Zusammenbruch des Reiches, Napoleons Herrschaft über Deutschland, schließlich die Befreiungskriege verschoben allerdings langfristig die Koordinaten der Nationsbildung und damit auch die zentralen Ideen von deutscher Ein-

4 | Alon Confino: *The Nation as a Local Metaphor: Württemberg, Imperial Germany, and National Memory, 1871–1918*. Chapel Hill 1997. Vgl. auch Celia Applegate: *A Nation of Provincials: The German Idea of Heimat*. Berkeley u. a. 1990.

5 | *Zur Nation als „vorgestellter Gemeinschaft“* Benedict Anderson: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. Frankfurt/Main u. a. 1996 (englische Erstausgabe 1983).

heit. Nach der Jahrhundertwende stellte das untergehende Alte Reich keine einheitsverbürgende Größe mehr dar, und nach 1806, im Grunde schon seit 1795, entschwand jede realistische Chance zur Restauration. In seiner Denkschrift zur deutschen Verfassungsfrage vom Dezember 1813 gab Wilhelm Humboldt dieser Einsicht in die Unumkehrbarkeit der Entwicklung beredten Ausdruck: „Könnte die alte Verfassung wiederhergestellt werden, so wäre nichts so wünschenswert als dies, und hätte nur fremde Gewalt ihre in sich rüstige Kraft unterdrückt, so würde sie sich wieder mit Federkraft emporheben. Aber leider war ihr eignes langsames Ersterben selbst hauptsächlich Ursache ihrer Zerstörung durch äußere Gewalt, und jetzt, wo diese Gewalt verschwindet, strebt keiner ihrer Teile anders als durch ohnmächtige Wünsche nach ihrer Wiedererweckung.“⁶

In den Vordergrund rückten Humboldt und mit ihm unzählige andere nunmehr die Idee von einer deutschen Nation, die das Recht auf staatlich-politische Selbstbestimmung beanspruchte. Die Entstehungsumstände der nationalen Bewegung in Deutschland sind allgemein bekannt. Trotz aller Eigenheiten, die sie aufwies, folgte sie indes einem europäischen Trend. Denn die moderne Idee der Nation und der nationalen Einheit entstand stets in Abgrenzung des „Eigenen“ vom „Anderen“, dem „Fremden“, ja sogar dem „Feindlichen“. Die Konstruktion von Identität implizierte die gleichzeitige Konstruktion von Alterität. Das galt schon für die Erfindung der französischen Nation in der Revolution von 1789, die sich in feindlicher Abgrenzung von den ständischen Gewalten in Frankreich und den als ebenso feindlich perzipierten Mächten Europas vollzog. Auch die britische Nationsbildung war im 18. Jahrhundert untrennbar verknüpft mit der Abgrenzung vom „Anderen“. Die britische „Nation“ verstand sich als protestantisch und vor allem als antifranzösisch. Großbritannien als die erste Seemacht und Frankreich als die erste Landmacht führten über das ganze 18. Jahrhundert hinweg immer wieder Krieg miteinander. Der britische Löwe und der gallische Hahn waren die häufig dargestellten Symbole dieses Kampfes, in denen sich die jeweilige Idee der nationalen Einheit abbildete.⁷

6| *Wilhelm von Humboldt: Denkschrift für den Freiherrn vom Stein, Frankfurt, Dezember 1813, in: Manfred Botzenhart (Hg.): Die deutsche Verfassungsfrage 1812–1815. Göttingen 1968, S. 18–24, hier S. 20f.*

7| *Insgesamt hierzu Linda Colley: Britons. Forging the Nation 1707–1837. New Haven 1992.*

Die neuere, nationale Idee der deutschen Einheit ist dagegen untrennbar verbunden mit der Erhebung gegen Napoleon, und diese Erhebung ist geradezu ein kulturgeschichtliches Musterbeispiel für Identitätsgewinn durch die Konstruktion von Alterität. Erst die Erfahrung des „Anderen“ – der französischen Herrschaft – transformierte die Idee der deutschen Einheit und verschob dauerhaft deren Balance. Entsprechend bereitete die Erfahrung des Krieges gegen Napoleon den Boden für die Stichwortgeber des frühen deutschen Nationalismus wie Ernst Moritz Arndt und Johann Gottlieb Fichte. „Lediglich der gemeinsam Grundzug der Deutschheit“ sei es, so unterstrich Fichte 1808, „wodurch wir den Untergang unsrer Nation im Zusammenfließen derselben mit dem Auslande abwehren und worin wir ein auf ihm selber ruhendes und aller Abhängigkeit durchaus unfähiges Selbst wiederum gewinnen können.“⁸ Und Arndt interpretierte den (Befreiungs-)Krieg gegen Frankreich als gesamtdeutsches Ereignis, als populäres Erwachen, das ein gesamtdeutsches, über die Einzelstaaten und -dynastien hinausgehendes Bewusstsein schuf. Am Ende stand eine programmatische Idee von der deutschen Nation, die sich in dreifacher Weise äußerte. Erstens erhob Arndt einen territorialen Anspruch – „so weit die deutsche Zunge klingt“; zweitens stellte er die politische Nation über die Herrschaft der Fürsten, womit er den in der deutschen Nationalbewegung spürbaren „linken“, gegen die Dynastien gerichteten Untertönen Ausdruck verlieh. Drittens schließlich gründete Arndt seine Idee von der deutschen Einheit auf eine scharf antifranzösische Identitätskonstruktion, wie er sie für ganze Generationen gleichsam gültig formulierte:

„Das ist des Deutschen Vaterland,
 Wo Zorn vertilgt den welschen Tand,
 Wo jeder Franzmann heißet Feind,
 Wo jeder Deutsche heißet Freund –
 Das soll es sein!
 Das ganze Deutschland soll es sein!“⁹

8 | *Johann Gottlieb Fichte: Reden an die deutsche Nation. Mit einer Einleitung von Reinhard Lauth. Hamburg 1978, Erste Rede (1808), S. 13.*

9 | *Aus: Ernst Moritz Arndt: Des Deutschen Vaterland (1813), in: Heinrich Meisner (Hg.): Ernst Moritz Arndts ausgewählte Werke in sechzehn Bänden. Bd. 3: Gedichte II. Leipzig 1908, S. 25f. Zur Rezeptionsgeschichte Arndts siehe Thomas Vordermayer: Die Rezeption Ernst Moritz Arndts in Deutschland 1909/10 – 1929/30 – 1934/35, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 58 (2010), S. 483–508.*

Allerdings wäre es verkehrt, in diesen Aufbruch der deutschen Nationalbewegung einen historischen Sinn hineinzulesen, der in direkter Linie von 1813 zu 1871 hinführt. Erstens muss man deutlich unterscheiden zwischen den bildungsbürgerlichen Identitätskonstruktionen der frühen deutschen Nationalisten und den tatsächlichen Verhältnissen und Antriebskräften in den deutschen Staaten. Beides war keineswegs deckungsgleich, und selbst in Preußen fand 1813 – wie Jörg Echternkamp zugespitzt formuliert hat – „die deutsche Erhebung“ nicht statt.¹⁰ Auch war der Krieg gegen Frankreich nicht der „Volkskrieg“, zu dem ihn die spätere Mythologie machte.¹¹ Vielmehr trug er Züge eines dynastischen Krieges; eines Krieges, der keineswegs überall einhellige Begeisterung hervorrief und der über weite Strecken von der alten preußischen Armee geschlagen wurde. Zweitens wirkte die Idee des alten Reiches mit seinen föderativen Strukturen weitaus stärker fort, als es die spätere kleindeutsche Nationalgeschichtsschreibung wissen wollte. Als regulative Ordnungsidee blieb sie vor allem in den süddeutschen und katholischen Gebieten des Deutschen Bundes virulent. Dies waren die Quellen, aus denen sich drittens die Alternativen zu einer auf den kleindeutschen Nationalstaat hin orientierten Entwicklung speisten.

II.

Das Bündel dieser Alternativen lässt sich als *föderative Idee* der deutschen Einheit bezeichnen. Noch während der 1850er Jahre wies nicht viel darauf hin, dass sich eine nationalstaatliche Idee der deutschen Einheit durchsetzen würde. „Kein besonnener Mann“, so diagnostizierte Herders *Conversations-Lexikon* 1854, „erwartet wohl je in aller Zukunft einen einheitlichen deutschen Staat, das verbietet die Gegenwirkung des Auslandes, der Gegensatz der Katholiken und Protestanten, die Macht Preußens, die noch vorhandene Eigenthümlichkeit der süddeutschen und norddeutschen Stämme, aber eine stärkerer deutscher Bund ist recht wohl denkbar, ein Bund, der die nationalen Lebensbedürfnisse

10| Jörg Echternkamp: *Der Aufstieg des deutschen Nationalismus (1770–1940)*. Frankfurt/Main u. a. 1998, S. 216–219. Vgl. mit ähnlicher Stoßrichtung im Hinblick auf Südwestdeutschland Ute Planert: *Der Mythos vom Befreiungskrieg. Frankreichs Kriege und der deutsche Süden. Alltag, Wahrnehmung, Deutung, 1792–1841*. Paderborn 2007.

11| Frank Becker: *Bilder von Krieg und Nation. Die Einigungskriege in der bürgerlichen Öffentlichkeit Deutschlands 1864–1913*. München 2001.

(nationales Recht, nationale Oekonomie, nationale Politik) befriedigt und dem Spotte der Fremden über Deutschland ein Ende macht.“¹²

Ein „stärkerer deutscher Bund“ – das hieß rechtliche, wirtschaftliche und kulturelle Einheit aller Deutschen ohne zentralistischen Nationalstaat, aber durchaus soweit gefestigt, dass eine Einmischung von außen nicht mehr möglich war. In dieser föderativen Idee von der deutschen Einheit trafen sich unterschiedliche Triebkräfte der deutschen Geschichte. Natürlich spielte der dynastische Gedanke eine wichtige Rolle. Aber dies tat er keineswegs nur im Sinne der beschränkten „Märchenwelt des Particularismus“, die Heinrich von Treitschke 1864 so wortgewaltig verhöhnnte.¹³ Die süddeutschen Staaten verkörperten Mitte des 19. Jahrhunderts eine eigenständige Pluralität. Sie wurzelte zwar im einzelstaatlichen Sonderbewusstsein, aber im Hinblick auf Wirtschaft und Kultur dominierte eine gesamtdeutsche Orientierung. So lehnte etwa Maximilian II. von Bayern bekanntlich die Paulskirchenverfassung ab; und danach wollte er vor allem das „bayerische Nationalgefühl auf alle Weise [...] heben“.¹⁴ Zugleich aber berief er eine Vielzahl protestantischer „Nordlichter“ nach München – Wissenschaftler und Dichter¹⁵ – und machte die bayerische Hauptstadt damit zu einer bedeutenden deutschen Kulturmetropole.

Eine zweite Hochburg der föderativen Einheitsidee war der Katholizismus. Wie nirgends sonst lebte hier auch nach 1815 noch die Tradition des Alten Reiches fort, was zugleich eine großdeutsche Ausrichtung implizierte. Aber bis gegen die Mitte des Jahrhunderts brachen sich auch hier viele ganz pragmatische Stimmen Bahn. 1847 etwa warnte der katholische Jurist und spätere Zentrumspolitiker Peter Reichensperger: „Die Zentralisierung aller Kräfte und Rechte der Nation in einem Brennpunkte“ sei „das Hauptwerkzeug der Staatsomnipräsenz und der Knechtung des Volkes“. Erforderlich seien daher „Dezentralisierung und

12 | Zitiert nach Dieter Langewiesche: *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*. München 2000, S. 56.

13 | Heinrich von Treitschke: *Bundesstaat und Einheitsstaat (1864)*, in: *Ders.: Historische und politische Aufsätze. Bd. II: Die Einheitsbestrebungen zertheilter Völker*. 5. Aufl. Leipzig 1886, S. 78–241, hier S. 81ff.

14 | Zitiert nach Manfred Hanisch: *Für Fürst und Vaterland. Legitimitätsstiftung in Bayern zwischen Revolution 1848 und deutscher Einheit*. München 1991, S. 1.

15 | U. a. Heinrich von Sybel, Wilhelm von Giesebrecht, Justus von Liebig, Felix Dahn, Emmanuel Geibel.

die Begründung möglichst vieler selbständiger Träger von Rechten als das wirksamste Förderungsmittel der Volksfreiheit“.¹⁶

Indes war auch für jemanden wie Reichensperger klar, dass bestimmte staatliche Funktionen wie das Militärwesen, Steuer-, Finanz- und Handelsgesetzgebung nur „in absoluter Einheit und Zentralisation“ gesichert seien und „daher jeder Zersplitterung und jedem Partikularismus ent-rückt“ sein müssten.¹⁷ Den Grundzug einer föderativen, auf Subsidiarität gegründeten Idee der deutschen Einheit kann man hier sehr gut ablesen: Ganz im Sinne eines engeren und funktionsfähigen Bundes mussten Kernfunktionen der modernen Staatlichkeit zentralisiert werden, um des Schutzes der Deutschen sowie um der Effizienz willen und damit sie auch wirklich allen Deutschen zugute kamen. Zwischen römisch-universal orientierten Katholiken und protestantisch dominierten nationalen Einheitsvorstellungen lagen also nicht nur die jahrhundertalte Kluft des deutschen Bikonfessionalismus, sondern auch pragmatische Verständigungsmöglichkeiten.

Schließlich kannte die föderative Idee der deutschen Einheit auch doktrinäre Zuspitzungen. Sie verbinden sich in erster Linie mit dem Namen Constantin Frantz, dem Pfarrerssohn, den eine eher problematische Laufbahn im preußischen Staatsdienst am Ende in einen lebenslangen Gegensatz zu Bismarck trieb. Dem entsprang manch hellsichtige Kritik an der kleindeutschen Reichsgründung und den inneren Verhältnissen des Kaiserreichs. Aber Franzens Vorstellung, mit dem Föderalismus als quasi universalem Prinzip eine neue mitteleuropäische, multinationale Friedensordnung zu schaffen, ging an den Realitäten seiner Zeit am Ende weit vorbei.¹⁸

16 | Peter Reichensperger: *Die Agrarfrage aus dem Gesichtspunkte der Nationalökonomie und des Rechts und in besonderem Hinblick auf Preußen und die Rheinprovinz, Trier 1847, hier zitiert nach den Auszügen in: Hans Fenske (Hg.): Vormärz und Revolution 1840–1849 (Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe). 3. Aufl. Darmstadt 2002, S. 230.*

17 | *Ebd.*, S. 231.

18 | Constantin Frantz: *Der Föderalismus als das leitende Prinzip für die soziale, staatliche und internationale Organisation, unter besonderer Bezugnahme auf Deutschland kritisch untersucht und konstruktiv dargestellt. Mainz 1879 (ND 1962). Vgl. auch Winfried Becker: Der Föderalist Constantin Frantz. Zum Stand seiner Biographie, der Edition und der Rezeption seiner Schriften, in: Historisches Jahrbuch 117 (1997), S. 188–211.*

Halten wir fest: Die föderative Idee der Einheit gehörte bis in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts zum Kernbestand der politischen Kultur in Deutschland. Ihr Blick war auf das Konkrete, das geschichtlich Gewachsene gerichtet, und von hier aus machte sie die kulturelle und landsmannschaftliche Pluralität der Deutschen zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen. Damit blieb sie weitgehend immun gegen allzu abstrakte Vorstellungen von Staat und Gesellschaft und widersetzte sich später auch dem Abgleiten des Kaiserreichs in – ebenso abstrakte – Weltmachtansprüche.

Dieter Langewiesche und andere haben gezeigt, wie die föderative Idee auch im Kaiserreich noch fortlebte.¹⁹ Und natürlich schrieb auch das Bismarckreich eine Fülle von föderalen Elementen fort, die sich an der politischen Geschichte seines Anfangs wie seines Endes ablesen lassen. 1871 war die deutsche Einheit staatsrechtlich nur durch einen Fürstenbund zu schmieden. Und 1918 bestätigte der Verlauf der Revolution die föderale Struktur des Deutschen Reiches. Anders als die Revolutionen von 1789, 1848 und 1917 nahm die Novemberrevolution ihren Ausgangspunkt nicht in der Metropole, sondern in der Provinz. Unter anderem diese Tatsache führte dazu, dass sich die Verfassungsidee von Hugo Preuß – den Ländern ihre Staatlichkeit zu nehmen und Deutschland in einen „dezentralisierten Einheitsstaat“ umzuwandeln – im Januar 1919 nicht durchsetzen konnte.²⁰

III.

Wenngleich also die föderative Einheitsidee zu keinem Zeitpunkt tot war, so trat sie doch spätestens seit den 1860er Jahren in den Hintergrund und musste der Hegemonie des borussisch-kleindeutschen Modells weichen. Dies führt zum dritten Punkt, der sich der kleindeutschen (oder borussischen) Idee der deutschen Einheit widmet. Zunächst dürfte außer Zweifel stehen, dass die Bildung eines deutschen Nationalstaates in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf der Tagesordnung stand – und dass Preußen hierbei an vorderster Stelle am

19 | Dieter Langewiesche: *Föderativer Nationalismus als Erbe der deutschen Reichsnation. Über Föderalismus und Zentralismus in der deutschen Nationalgeschichte*, in: *Ders.: Nation*, S. 55–81.

20 | Hugo Preuß: *Denkschrift zum Entwurf des Allgemeinen Teils der Reichsverfassung vom 3. Januar 1919*, in: *Ders.: Staat, Recht und Freiheit. Tübingen 1926*, S. 368–394.

Verhandlungstisch saß, entsprach ebenfalls einer historischen Logik. Als mit Abstand stärkste Wirtschafts- und vor allem Industriemacht in Deutschland kam Preußen notwendig eine politische Führungsrolle zu. Zollverein, Schwerindustrie und Eisenbahn entwickelten eine Schubkraft, die seit den 1850er Jahren ganz unabhängig von Bismarck auf Deutschland einwirkte. Insofern wäre – diese Hypothese darf man getrost aufstellen – eine wie auch immer geartete deutsche Einigung auch ohne Bismarck erfolgt.

Dieser strukturgeschichtliche Hintergrund muss bedacht werden, wenn wir verstehen wollen, warum gerade liberale Historiker in Deutschland so anfällig dafür waren, aus der kleindeutschen Idee der deutschen Einheit eine veritable borussische Legende zu stricken. Denn die meisten deutschen liberalen Historiker wussten sich noch den Prinzipien der Aufklärungshistoriographie verpflichtet; das heißt sie huldigten einer gegenwartsbezogenen, fortschrittsorientierten, „politischen“ Geschichtsschreibung. In Abgrenzung zu Rankes historischer Schule hatte der Historiker daher durchaus Partei zu ergreifen: Wissenschaftlich galt es zunächst das Allgemeine, das Universale in der Geschichte herauszuarbeiten und hieraus die Gesetzmäßigkeiten der Zeit abzuleiten; politisch konnte der Historiker dann auf um so sicherem Grund die richtige Partei ergreifen.²¹

Ihrem Selbstverständnis nach standen also die borussischen Historiker mit ihrer kleindeutschen Idee von der deutschen Einheit auf der Seite des wissenschaftlich erkannten Fortschritts. In gewisser Weise waren sie die deutschen Guizots und Macaulays; sie verkörperten die deutsche Variante einer *Whig interpretation of history*, das heißt einer Geschichtsbetrachtung, die die Vergangenheit stets in ihrem Bezug zur Gegenwart studiert. Nach 1848 standen Historiker wie Friedrich Christoph Dahlmann, Heinrich von Sybel, Heinrich von Treitschke und viele andere zunächst vor dem Zielkonflikt zwischen Einheit und Freiheit, wissenschaftlich jedoch vor dem Problem, dass der Verlauf der jüngsten Zeitgeschichte – das Scheitern der Revolution – ihre historischen Grundanschauungen in Frage stellte. Die Reichsgründung aber heilte ihr Di-

21 | Hierzu mit weiterer Literatur: Andreas Wirsching: *Liberale Historiker im Nachmärz. Georg Gottfried Gervinus und Heinrich von Sybel*, in: Helmut Koopmann (Hg.): *Deutsche Literatur und Kultur vom Nachmärz bis zur Gründerzeit in europäischer Perspektive*. Bielefeld 2003, S. 147–165.

lemma: Die gesetzmäßig fortschreitende Kontinuität in der Geschichte, die ihrer historischen Betrachtungsweise zugrunde lag, schien auf eine neue Ebene gehoben zu sein, ja ihren historischen Vollzug zu erfahren. Die borussische Historiographie wird damit in doppelter Hinsicht zu einem Schulbeispiel für die Gefahren, die für den Historiker in einer allzu engen Verbindung von Geschichte und politischer Gegenwart lauern. Diese Orientierung an der politischen Gegenwart verzerrte erstens den Blick auf die Vergangenheit. Sie verführte dazu, in die preußische Geschichte des 17. und 18. Jahrhunderts eine deutsche Sendung hineinzulesen und damit eine Art preußischer Legende zu begründen.

Zweitens trübte sie aber auch den Blick auf die Gegenwart selbst. Es ist häufig beschrieben worden, wie ein Großteil der Liberalen seit den 1860er Jahren stärker für die Macht als für das Recht optierten; sie ordneten der Einheit ihren Anspruch auf politische Freiheit unter und verehrten seit 1866 in Bismarck einen Helden, den sie zuvor zutiefst abgelehnt hatten.

Am Ende stand ein ideologisch vergrößertes Modell der deutschen Geschichte, das alle kennen – und tatsächlich haben es Generationen von Deutschen so oder ähnlich gelernt: Dem „Erwachen“ der Deutschen in den Befreiungskriegen folgte nach diversen Rückschlägen – vor allem 1848 – im Jahre 1871 der Höhepunkt der deutschen Nationalgeschichte und die Vollendung der Idee von der deutschen Einheit. Von der borussischen Geschichtsschreibung konstruiert und popularisiert, ist dieses teleologische Modell später vom völkisch-nationalistischen Lager missbraucht und seit den 1970er Jahren allmählich zu Grabe getragen worden. Es ist nicht nur ideologieanfällig, sondern hat auch über lange Zeit hinweg die vorhin erwähnten alternativen Ideen von der deutschen Einheit überdeckt.

IV.

Tatsächlich bedurfte die borussisch-kleindeutsche Idee, bevor sie ihre überragende Bedeutung verlor, erst der konsequenten rassistischen Instrumentalisierung durch die Nationalsozialisten – etwa im Sinne jener berühmt-berüchtigten Postkarte aus dem Jahre 1933 mit Friedrich dem Großen, Bismarck, Hindenburg und Hitler und dem suggestiven Satz: „Was der König eroberte, der Fürst formte, der Feldmarschall verteidigte, rettete und einigte der Soldat“. Die Zeit nach 1945 charakterisierte daher eine Wiederaneignung alternativer Ideen von der deut-

schen Einheit, die dann seit den 1960er Jahren in sehr spezifischer Weise fortentwickelt wurden. Das betrifft zum einen die föderale Tradition, die – auch unter dem Druck der Alliierten – die westdeutsche Staatsbildung nach dem Krieg beherrschte. Wichtiger aber ist noch ein anderer Punkt: Er betrifft die *europäische Idee der deutschen Einheit*, mit der sich der wohl fundamentalste Paradigmenwechsel in der neueren deutschen Geschichte verbindet.

Hierfür muss man sich vor Augen halten, dass ja die Idee des Bismarck-Reiches nach 1945 trotz aller nationalsozialistischen Perversion keineswegs ad acta gelegt wurde. Für die meisten national denkenden Deutschen blieb die Idee des einigen, souveränen Nationalstaats in der Mitte Europas das Maß der Dinge.²² Aber wie hätte dies auch anders sein können? Gerade in dem sich abzeichnenden Verlust der Einheit, in der schmerzlichen Teilung des Landes, bezogen viele Deutsche ihre Identität einmal mehr in Abgrenzung gegen die europäischen Nachbarn: in Abgrenzung gegen Frankreich und in Abgrenzung gegen die Sowjets ohnehin. In der unmittelbaren Nachkriegszeit und der frühen Bundesrepublik war dies ein lagerübergreifender Kammerton, auf den Konservative, Nationalliberale und auch viele Sozialdemokraten gleichermaßen hörten.

Erst vor diesem Hintergrund gewinnt Adenauers Wendung nach Westen ihr ganzes historisches Gewicht. Zum ersten Mal in der neuesten Geschichte wurde deutsche Identität konsequent nicht gegen das „Anderere“ in Europa konstruiert, sondern durch die Akzentuierung von Gemeinsamkeiten. Adenauer versetzte damit bekanntlich die Idee der deutschen Einheit in die zweite Reihe und ordnete sie der Idee der westlich geprägten Freiheit unter. Im Umkehrschluss hieß das: Die Idee der deutschen Einheit wurde europäisiert; ihre künftige Realisierung würde entweder ein europäisches Projekt sein oder sie würde gar nicht sein.

Bekanntlich führte diese Neuausrichtung zu erheblichen Konflikten, nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch innerhalb der CDU/CSU, und man sollte sie nicht im Rückblick unter den Teppich kehren. Aber als seit Ende der 1950er Jahre die „Deutsche Frage“ international in den Hintergrund trat und der westdeutsche Anspruch auf Wiederver-

22| Für ein typisches Beispiel vgl. Hans-Georg von Studnitz: *Bismarck in Bonn. Bemerkungen zur Außenpolitik*. Stuttgart 1965.

einigung auf die Partner eher störend wirkte, überzeugten sich allmählich auch die Skeptiker: Die einzige Möglichkeit, an der Idee der deutschen Einheit festzuhalten, bestand darin, sie zu europäisieren und ihr damit die verlorengegangene Balance zwischen dem rein Partikular-Nationalen und den übergeordneten Bezügen zurückzugeben. Nicht mehr ohne oder gar gegen, sondern allein mit Europa war eine künftige Wiederherstellung der deutschen Einheit denkbar. Dies war die Ratio der Entspannungspolitik seit 1969/70, in der man keineswegs einen grundsätzlichen Gegensatz zur Ära Adenauer erblicken muss.

Je länger desto mehr verpflichtete sich also die westdeutsche Außenpolitik auf die strikte Gleichausrichtung nationaler und europäischer Politik. Am Ende eines dynamischen Prozesses der Entspannung und damit auch der Europäisierung könnte dann womöglich das alte deutsche Dilemma von Freiheit oder Einheit aufgelöst werden. Bestandteil dieser Politik der Bundesrepublik Deutschland war das erklärte Ziel, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“

Diese Formel aus dem Brief zur deutschen Einheit von 1970²³ wurde wieder und wieder repetiert; und dass sie geradezu zur Staatsräson der Bundesrepublik avancierte, bewies die nahtlose Kontinuität, mit der die Regierung Kohl/Genscher die eingeschlagene Politik fortsetzte.²⁴ Die Früchte dieser konsequenten Europäisierung der Idee von der deutschen Einheit konnten dann 1989/90 geerntet werden. Stets hatten Kohl und Genscher die Perspektive einer Überwindung der deutschen Teilung in eine unerbittliche Parallelität mit der fortschreitenden europäischen Integration gesetzt; nach dem Fall der Mauer konnte dies trotz aller Turbulenzen auf die westlichen Verbündeten und die östlichen Nachbarn beruhigend wirken.

23 | *Deutsch-Sowjetischer Vertrag vom 12. August 1970. Brief zur deutschen Einheit*, in: *Auswärtiges Amt (Hg.): 40 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dokumentation. Stuttgart 1989, S. 226.*

24 | *Vgl. hierzu Andreas Wirsching: Hans-Dietrich Genscher: Liberale Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22 (2010), S. 67–77.*

Resümee

Ohne Zweifel ist die Idee der deutschen Einheit über 200 Jahre hinweg virulent geblieben und hat sich als Vorstellung dessen, wie die Deutschen leben sollten, durchgesetzt. Zugleich aber sei daran erinnert, dass die Idee der deutschen Einheit ursprünglich eine duale Struktur in sich trug, das heißt eine Balance zwischen dem nationalen Einheitsgedanken und dem föderativen Gedanken. Die Akzeptanz des Konkreten, historisch Gewachsenen, das Beharren auf kultureller Vielgestaltigkeit, schließlich die Hoffnung auf eine dauerhafte Friedensordnung reicherten die Einheitsidee an und gaben ihr Halt in übergeordneten Bezügen.

Ohne diese duale Struktur, ohne eine innere Balance enthielt die Idee der deutschen Einheit nichts außer ihrer radikalen Partikularität. Die deutsche Einheit transportierte dann keine universale, über sich selbst hinausweisende Idee, sondern wurde anfällig für die Hybris, ja am Ende für die verbrecherische Selbstüberhebung. Darin unterscheidet sich die deutsche Geschichte fundamental von der Geschichte der westlichen Nachbarn. Sie kündigt nicht von Freiheit und Verfassung wie die britische Idee der Einheit; sie vermag kein republikanisches, auf Revolutionsmythos, Naturrecht und politischer Nation gründendes Pathos zu entfalten wie in Frankreich; und ebenso wenig ist ihr ein universales demokratisches Sendungsbewusstsein möglich, wie es die USA ausgeprägt hat. In allen diesen Fällen wurde die nationale Geschichte im 18. und 19. Jahrhundert mit verallgemeinerbaren Werten kombiniert und zu einer überaus deutungsmächtigen Synthese geschmiedet. Dadurch haben die modernen westlichen Demokratien eine entscheidende Vermittlungsleistung erbracht: nämlich das geschichtlich Gewordene, das Partikulare, zu akzeptieren und zugleich das Normativ-Universale zu institutionalisieren. Die Idee der deutschen Einheit hat erst mit ihrer konsequenten Europäisierung den Anschluss an diese westliche Entwicklung gewonnen und die ihr ursprünglich eingeschriebene Balance auf neue Art und Weise wiedergewonnen.

Drei außenpolitische Revolutionen. Das neue Deutschland als Faktor des internationalen Staatensystems

Eckart Conze

I.

In den Gesprächen, die Helmut Kohl 1989/90 mit zahlreichen europäischen Politikern führte, bezog sich der deutsche Bundeskanzler nicht wesentlich häufiger auf Konrad Adenauer als auf Otto von Bismarck. Die Bezugnahmen auf den Reichskanzler und auf den ersten Bundeskanzler wiesen argumentativ in die gleiche Richtung, konnten allerdings in der Bewertung der Politik Bismarcks und Adenauers unterschiedlicher kaum ausfallen. Helmut Kohl wurde nicht müde zu betonen, dass seine Politik nicht auf die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats Bismarckscher Prägung ziele. Schon im Oktober 1989, also noch vor dem Mauerfall, versicherte der Bundeskanzler das dem misstrauischen italienischen Ministerpräsidenten Andreotti. Ziel der Bundesrepublik sei „eine europäische Friedensordnung, in der auch die deutschen Probleme gelöst würden. Wie diese Lösung letztlich aussehen würde, könne man jetzt noch nicht wissen. Sicher werde es aber nicht eine Lösung im Sinne des Nationalstaates von Bismarck sein.“¹

Deutsche und europäische Frage müssten untrennbar verknüpft werden, unterstrich Kohl ein ums andere Mal, und dabei nun bezog er sich immer wieder auf Konrad Adenauer. So beispielsweise im Februar 1990 im Gespräch mit Gorbatschow, den der deutsche Kanzler daran erinnerte, dass schon Adenauer in den 1950er Jahren betont habe, die deutsche Frage könne nur unter einem europäischen Dach gelöst

1 | *Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Andreotti, Bonn, 18.10.1989, abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. München 1998, Nr. 62, S. 452–455, hier S. 453.*

werden. Ja, Adenauer verdiene immer wieder neu gelesen zu werden, erwiderte Gorbatschow daraufhin.² Ob es sich aus seiner Sicht auch lohne, Bismarck neu zu lesen, hat uns Gorbatschow in seinen Gesprächen mit dem Bundeskanzler nicht verraten. Lediglich als Helmut Kohl seinem sowjetischen Gesprächspartner im Juli 1990 mit Bismarck zu verstehen gab, man müsse den Mantel der Geschichte ergreifen, stimmte Gorbatschow dem zu. Diese Aussage Bismarcks sei sehr interessant.³

Dieser Beitrag behandelt indes nicht den historischen Rekurs auf Bismarck oder Adenauer als Argument im Prozess der deutschen Vereinigung 1989/90. Vielmehr wendet er sich mit Blick auf die internationale Politik und in diachron vergleichender Perspektive den Grundlagen, Rahmenbedingungen und Ausformungen des politischen Handelns Bismarcks, Adenauers und Kohls insbesondere im Blick auf die Frage der deutschen Einheit zu. Vergleichen heißt freilich nicht gleichsetzen, sondern vielmehr, das je Eigene und Besondere der historischen Konstellation herauszuarbeiten, in denen sich das politische Handeln Bismarcks, Adenauers und Kohls vollzog. Die hier vorgenommenen Überlegungen sind personenbezogen, sie stehen jedoch nicht in der Tradition jenes individualisierenden, personenzentrierten Ansatzes, der, gerade auch in Deutschland, als Geschichte der „Männer und Mächte“ die Geschichtsschreibung der internationalen Politik lange Zeit geprägt hat. Sie negieren nicht die Bedeutung einzelner Persönlichkeiten und individuellen Handelns für politische Entwicklung, kontextualisieren dieses Handeln aber und korrelieren es mit anderen Einfluss- und Wirkungsfaktoren.⁴ Auch deshalb ist die Referenzebene für den vergleichenden Blick dieses Aufsatzes das internationale System, dessen Entwicklung in drei Zeitschnitten – die Jahre um 1870, die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und die Jahre um 1990 – näher beleuchtet werden soll.

2| *Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow, Moskau, 10.2.1990, abgedruckt in: ebd., Nr. 174, S. 795–807, hier S. 806.*

3| *Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gorbatschow, Moskau, 15.7.1990, abgedruckt in: ebd., Nr. 350, S. 1340–1348, hier S. 1340.*

4| *Vgl. Eckart Conze: Jenseits von Männern und Mächten. Geschichte der internationalen Politik als Systemgeschichte, in: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hg.): Geschichte der Politik. Alte und neue Wege. München 2007, S. 41–64.*

II.

In den gut vier Jahrzehnten zwischen dem Wiener Kongress und dem Krimkrieg stabilisierte die 1814/15 entstandene Wiener Ordnung das europäische Staatensystem.⁵ Sie hielt Regeln und Instrumentarien bereit zur Konfliktvermeidung beziehungsweise Konfliktkontrolle. Ihre Funktionsfähigkeit beruhte nicht zuletzt auf ihrer grundsätzlichen Akzeptanz, ihrer Legitimität bei den fünf europäischen Großmächten England, Frankreich, Preußen, Österreich und Russland. Das Konzert der Mächte in seiner Wiener Form war allerdings unter den Bedingungen des überall in Europa heraufziehenden Nationalstaats nicht dazu in der Lage, den Mächtebeziehungen und damit dem Staatensystem insgesamt auf Dauer innere Kohäsion zu verleihen und die zwischenstaatliche Kooperation langfristig zu institutionalisieren. Gerade weil die Wiener Ordnung in ihrem Kern eine konservative und Status-quo-orientierte Ordnung war, führte der wachsende liberale und nationale Druck in den einzelnen Staaten Europas zu ihrer Infragestellung und schließlich Auflösung. Das begann schon in den europäischen Revolutionen von 1848 und beschleunigte sich nach der Jahrhundertmitte, am augenfälligsten zunächst mit dem Krimkrieg (1853–1856). Die entscheidenden Veränderungen der politischen Geographie Europas in den folgenden Jahren, insbesondere die Bildung des Königreichs Italien und des Deutschen Reiches, waren Resultate der Durchsetzung nicht nur des nationalen Gedankens und des Nationalstaatsprinzips, sondern auch des liberalen Gedankens der Selbstbestimmung, der auf Individuen wie auf Nationen gleichermaßen anwendbar war. Nationalstaatsbildung und die „Nationalisierung“ des europäischen Staatensystems waren nur die Konsequenz beziehungsweise der Ausdruck von innergesellschaftlichen Nationsbildungsprozessen, in welchen sich der immer machtvoller werdende Souveränitäts- und politische Ge-

5| *Zum Begriff der Wiener Ordnung – auch in Abgrenzung von dem des Wiener Systems – vgl. Anselm Doering-Manteuffel: Vom Wiener Kongress zur Pariser Konferenz. England, die deutsche Frage und das Mächtesystem 1815–1856. Göttingen u. a. 1991, S. 41–56, sowie Ders.: Die deutsche Frage und das europäische Mächtesystem 1815–1871. München 2001, S. 81. Den jüngsten Stand der Forschung spiegelt: Wolfgang Pyta (Hg.): Das europäische Mächtekoncert. Friedens- und Sicherheitspolitik vom Wiener Kongress 1815 bis zum Krimkrieg 1853. Köln 2009.*

staltungsanspruch der jeweiligen nationalen Bürgergesellschaften widerspiegelte.⁶

Nur oberflächlich lässt sich heute noch von einer 100 Jahre dauernden Existenz des Europäischen Konzerts zwischen dem Wiener Kongress und dem Beginn des Ersten Weltkriegs sprechen.⁷ Auch wenn das europäische Mächtesystem nach 1870 Großmachtkriege nicht kannte, ruhte es doch auf ganz anderen Grundlagen als in der ebenfalls von der Absenz von Großmachtkriegen gekennzeichneten Zeit zwischen 1815 und dem Krimkrieg. Die grundstürzenden Veränderungen des Mächtesystems waren nicht zuletzt Ergebnis eines tiefgreifenden Wandels der Auffassungen über Prämissen und Maximen außenpolitischen Handelns und über die Gestaltungsmechanismen und Strukturprinzipien einer internationalen Ordnung. Dieser Wandel war eng verbunden, ja, er resultierte aus den weit reichenden technischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Veränderungen, denen die europäischen Staaten, wenn auch zeitlich versetzt und in unterschiedlicher Intensität, im Laufe des 19. Jahrhunderts unterlagen. Er fand auf der Ebene des Staatensystems seinen Ausdruck darin, dass in den rund zwei Dekaden zwischen 1848 und 1870 das multilaterale, netzwerkartig angelegte Vertragsrecht der Jahre 1814/15 als Basis vor allem der Großmachtbeziehungen seine politikbestimmende Bedeutung verlor. In der Transformation des Staatensystems trat an die Stelle der primär monarchisch definierten und auf Legitimitätsprinzipien fundierten Ordnung des frühen 19. Jahrhunderts eine staatlich, nationalstaatlich und von einzelstaatlich-nationalen Interessen bestimmte Ordnung. Die stabile und auf multilaterales Vertragsrecht gegründete Ordnung, deren Erosion nach 1848 begonnen hatte, wich nun endgültig einer

6 | Vgl. Eckart Conze: „Wer von Europa spricht, hat Unrecht.“ Aufstieg und Verfall des vertragsrechtlichen Multilateralismus im europäischen Staatensystem des 19. Jahrhunderts, in: *Historisches Jahrbuch 121 (2001)*, S. 214–241, insbes. S. 232–238.

7 | So beispielsweise die Argumentation bei Wolf D. Gruner: *Gleichgewicht, europäisches Staatensystem und europäische Einigungsidee*, in: Peter Krüger (Hg.): *Das europäische Staatensystem im Wandel. Strukturelle Bedingungen und bewegende Kräfte seit der Frühen Neuzeit*. München 1996, S. 207–212, sowie bei seinem Schüler Matthias Schulz: *Normen und Praxis. Das europäische Konzert der Großmächte als Sicherheitsrat 1815–1860*. München 2009.

prekären Machtbalance ohne systemische Konsolidierung auf europäischer Ebene.⁸

Für Bismarck war Europa nur noch ein „geographischer Begriff“.⁹ Constantin Frantz, einer der wichtigsten zeitgenössischen Kritiker des Reichskanzlers, stellte fest, das Prinzip des staatlichen Egoismus habe den letzten Rest einer europäisch-universalen Substanz in der Politik der Staatengemeinschaft ausgetilgt und damit Europa als Idee und Wirklichkeit zerstört.¹⁰ Mit dem Frankfurter Friedensvertrag von 1871 endete endgültig eine Epoche des europäischen Staatensystems. Nicht nur Preußen-Deutschland, sondern alle europäischen Mächte hatten sich von den rechtlichen und politischen Bindungen der Wiener Ordnung befreit und deren allgemeine Bindungskraft beseitigt. Was das europäische Staatensystem nach 1871 – nicht erst seit 1890 – kennzeichnete, war eine in ihrer Stabilität stets gefährdete Konstellation – und dies vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden Nationalismus und einer konfliktfördernden gesellschaftlichen, wirtschaftlich-industriellen und militärischen Dynamik. Bismarcks Bündnissystem mag eine Zeit lang gewirkt haben wie ein europäisches Konzert – es war aber eben keines. Ihm fehlten die europäische Grundlage, die einvernehmliche Bindung und Selbstbeschränkung der europäischen Mächte.¹¹

Diese Entwicklungsphase des internationalen Systems, deren Beginn mit der Reichsgründung und der Politik Bismarcks eng verbunden ist, reichte von den 1870er Jahren bis ans Ende des Zweiten Weltkriegs. In ihrem Zentrum stand der sich als autonom verstehende nationale Machtstaat, der sich durch kein multilateral angelegtes System in seiner Souveränität beschränken ließ. Das änderte sich auch nach dem

8 | Vgl. Peter Krüger: *Das Problem der Stabilisierung Europas nach 1871. Die Schwierigkeiten des Friedensschlusses und die Friedensregelung als Kriegsgefahr*, in: Ders. (Hg.): *Das europäische Staatensystem*, S. 171–188, insbes. S. 185; vgl. aber auch Eberhard Kolb: *Stabilisierung ohne Konsolidierung? Zur Konfiguration des europäischen Mächtesystems 1871–1914*, ebd., S. 189–195.

9 | *Bismarck sprach 1876 von einer „notion géographique“*; vgl. *Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871–1914*. Bd. 2. Berlin 1922, S. 86f. (21.10./2.11.1876).

10 | Vgl. Theodor Schieder: *Bismarck und Europa. Ein Beitrag zum Bismarck-Problem*, in: Werner Conze (Hg.): *Deutschland und Europa. Historische Studien zur Völker- und Staatenordnung des Abendlandes*. Düsseldorf 1951, S. 15–40, hier S. 15.

11 | Vgl. Krüger: *Das Problem der Stabilisierung*, S. 185.

Ersten Weltkrieg nicht grundlegend, weil die Idee einer neuen multilateralen Ordnung, wie sie im Völkerbund Gestalt annahm, mit den Interessen der Akteure im Staatensystem nicht harmonierte und sich deshalb nicht durchsetzen konnte. In den 1930er Jahren demonstrierten die aggressivsten Mächte, allen voran Deutschland und Italien, aber auch Japan, ihre Nichtachtung des Versuchs zu internationaler Stabilisierung. Sie traten aus dem Völkerbund aus und führten aus national-egoistischem Machtkalkül Krieg. Erst der Zweite Weltkrieg beendete die Epoche des autonomen Machtstaats in Europa und markierte den Übergang in eine neue Ordnung des internationalen Systems.¹²

III.

Gerade wegen seiner grundsätzlichen Absage an den Nationalismus und die Idee des autonomen nationalen Machtstaats als Leitprinzipien internationaler Politik und außenpolitischen Handelns ist Konrad Adenauer als „außenpolitischer Revolutionär“ bezeichnet worden,¹³ der entschieden mit den überkommenen Denktraditionen und Handlungsorientierungen brach.¹⁴ Adenauer sah in ihnen nicht nur die Ursache für die nationalsozialistische Außenpolitik der Gewalt, sondern auch für die mangelhafte Fähigkeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, Deutschlands Position im europäischen Staatensystem langfristig zu stabilisieren. Das Denken in nationalen Kategorien war Adenauer nicht fremd, aber sein nationales Denken war durch seine westdeutsch-rheinländische Herkunft und seine politischen Erfahrungen an der westlichen Peripherie des Reiches geprägt.¹⁵ Konfrontiert mit den Sicherheitsinteressen der westlichen Siegermächte, insbesondere denjenigen Frankreichs, war Adenauer nach dem Zweiten Weltkrieg überzeugt, mit einer Politik des Ausgleichs und der Verständigung den deutschen Interessen – nicht nur den westdeutschen – am besten zu dienen.

12| Vgl. Anselm Doering-Manteuffel: *Internationale Geschichte als Systemgeschichte*, in: Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel (Hg.): *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*. München 2000, S. 93–115, hier S. 94.

13| Christian Hacke: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?* Frankfurt/Main u. a. 1993, S. 55.

14| Ausführlicher zu den Grundlagen der Außenpolitik Adenauers vgl. Eckart Conze: *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*. München 2009, S. 45–51.

15| Vgl. dazu Hans-Peter Schwarz: *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*. Stuttgart 1986, S. 202–229.

Aus der Absage an das politische Leitprinzip der Nation ergab sich indes noch keine neue operative Politik. Alte Prägungen und Überzeugungen wirkten vielfach weiter, zumal sich auch Deutschlands Nachbarn nicht von einem Tag auf den anderen von der Idee der Nation verabschiedeten. In Frankreich gewann der Gedanke der Nation nach der nationalen Demütigung, die die Niederlage von 1940 und der Status der Siegermacht von Washingtons Gnaden bedeuteten, sogar noch neues Gewicht. Die unversöhnliche, auf Kontrolle und Beherrschung Deutschlands gerichtete französische Besatzungspolitik machte es den Deutschen nicht leicht, dem Nachbarn politische Konzepte und Strategien jenseits der Nation zu unterbreiten.

Hinzu kam freilich auch, dass trotz der Diskreditierung des Nationalismus in der Bundesrepublik die Idee der Nation gerade angesichts der deutschen Teilung eine politische und kulturelle Wertschätzung erfuhr, gegen die eine auf internationale und supranationale Interdependenz und Verflechtung gerichtete Politik nicht ohne Weiteres durchzusetzen war, sosehr sie auch den Interessen des jungen Staates entsprechen mochte. Dies galt umso mehr, als mit der SPD unter Kurt Schumacher einer Partei die Oppositionsrolle zufiel, an deren Westorientierung zwar nicht zu zweifeln war, die aber die Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung eines deutschen Reiches „als staatliches und nationales Ganzes“, wie es hieß, zum vordringlichen Ziel ihrer Politik erklärte und überdies eine Position nationaler Gleichberechtigung zur Grundlage, ja Vorbedingung von Verhandlungen der Bundesrepublik mit den Alliierten erhob.¹⁶

Zweifelsohne ist den Überzeugungen und Überlegungen Adenauers großes, ja entscheidendes Gewicht zuzuschreiben, wenn man die ersten außenpolitischen Schritte der Bundesrepublik und, jenseits dieser Schritte, die außenpolitischen Grundentscheidungen des Bonner Staates analysieren und bewerten möchte. Die Situation, in der die Bundesrepublik entstand und in der ihre außenpolitischen Grundentscheidungen getroffen wurden, war kein politisches Vakuum. Die Genese der westdeutschen Außenpolitik, so wie sie sich nach 1949 vollzog, war abhängig von der weltpolitischen Situation des Jahres 1945. Das bezieht sich zum einen auf das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Niederringung des nationalsozialistischen Deutschlands. Die Geschichte des

16 | Vgl. Hacke: *Außenpolitik*, S. 39–49 (dort auch das Zitat).

Nationalsozialismus, seiner Terror- und Gewaltherrschaft, seiner Kriegs- und Vernichtungspolitik, sie bestimmte die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Anfang an. Das geschah in mindestens doppelter Weise: durch die Absage an deutsche außenpolitische Traditionslinien, die durch den Nationalsozialismus diskreditiert, wenn nicht pervertiert worden waren; aber auch durch die Wirkungen der NS-Herrschaft und Kriegführung auf Europa und die Welt, die wie ein schwerer Schatten auf jeder deutschen Nachkriegspolitik lagen. Ein Schatten, dem keine Bundesregierung – bis heute – entfliehen konnte.

Zum anderen indes lässt sich die Außen- und Deutschlandpolitik der jungen Bundesrepublik nicht verstehen ohne den weltpolitischen Hintergrund des Ost-West-Konflikts, jenes ideologisch spätestens seit 1917 prädisponierten Systemkonflikts, der sich nach der Niederringung Hitler-Deutschlands und mit dem Zerfall der 1941 entstandenen Anti-Hitler-Koalition mit den USA, Großbritannien und der Sowjetunion als ihren Hauptmächten, innerhalb kürzester Zeit machtpolitisch auflud und zwischen 1944 und 1947 zum Kalten Krieg eskalierte. Kalter Krieg und Ost-West-Konflikt¹⁷ bestimmten den Rahmen deutscher Außenpolitik entscheidend. Gleichzeitig jedoch öffnete der Kalte Krieg insbesondere der Bundesrepublik Handlungsmöglichkeiten und Handlungsfreiräume, die den – gemessen an den wenigen Jahren, die seit 1945 vergangen waren – vergleichsweise raschen Aufstieg und Souveränitätsgewinn des westdeutschen Staates ermöglichten. Diese politischen Freiräume eröffneten sich zuvorderst durch den engen Schulterschluss zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der jungen Bundesrepublik; sie ergaben sich aus den zwar nicht identischen, sich aber überschneidenden und ergänzenden Interessen Washingtons und Bonns in der Gründungsphase der Bundesrepublik.

„Es besteht für uns kein Zweifel, dass wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören.“¹⁸ Mit

17| *Zu den Begriffen Ost-West-Konflikt und Kalter Krieg vgl. Eckart Conze: Konfrontation und Détente. Überlegungen zur historischen Analyse des Ost-West-Konflikts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 269–282; vgl. auch Jost Dülffer: Europa im Ost-West-Konflikt 1945–1990. München 2004, S. 4f.*

18| *Regierungserklärung Konrad Adenauers, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, 20.9.1949, S. 22f.*

diesem Kernsatz seiner Regierungserklärung vom 20. September 1949 erteilte Konrad Adenauer nicht nur der historischen Abgrenzung der Deutschen vom Westen und seinen politischen Ideenwelten eine klare Absage, sondern er distanzierte sich auch von dem gerade in der deutschen Außenpolitik seit dem 19. Jahrhundert wirkungsmächtigen Topos der deutschen Mittellage. Aus der Zugehörigkeit Deutschlands zum westlichen Kulturkreis entwickelte der Bundeskanzler sein Programm der außen- und bündnispolitischen Westintegration, wie er es der Zentrumspolitikerin Helene Wessel bereits am 27. August 1949, knapp zwei Wochen nach der gewonnenen Bundestagswahl, brieflich dargelegt hatte und seitdem zu wiederholen nicht müde wurde: „Auf außenpolitischem Gebiet liegt unsere Linie fest. Sie richtet sich in erster Linie darauf, ein enges Verhältnis zu den Nachbarstaaten der westlichen Welt, insbesondere auch zu den Vereinigten Staaten herzustellen. Es wird von uns mit aller Energie angestrebt werden, dass Deutschland so rasch wie möglich als gleichberechtigtes und gleichverpflichtetes Mitglied in die europäische Föderation aufgenommen wird.“¹⁹

Damit waren Westintegration und Gleichberechtigung, also Souveränitätsgewinn, als zwei Nahziele der westdeutschen Politik benannt. Zu diesen beiden Zielen gehörte ein drittes: die Sicherheit, präziser: die äußere Sicherheit. Konrad Adenauer war sich der prekären Lage der Bundesrepublik an der Frontlinie des Kalten Krieges in unmittelbarer Nachbarschaft zum Herrschaftsbereich der Sowjetunion bewusst. Sicherheit ließ sich freilich nicht im Alleingang gewinnen, sondern nur durch die Einbindung der Bundesrepublik in die Bündnisstrukturen des Westens und durch Sicherheitsgarantien, die, realistisch betrachtet, nur von den USA kommen konnten. Nur die USA mit ihrem politischen, militärischen und ökonomischen Gewicht konnten die Sicherheit Westdeutschlands – wie Westeuropas insgesamt – gewährleisten. Doch der Schulterschluss mit den Vereinigten Staaten bot der Bundesrepublik nicht nur Schutz gegen kommunistische Expansionsabsichten. Er versprach dem Bonner Staat auch die amerikanische Unterstützung des westdeutschen Ziels, baldmöglichst als gleichberechtigtes Mitglied in den Kreis der westeuropäischen Mächte aufgenommen zu werden. Das Mittel hierzu war die europäische Integration, die in den USA seit dem

19| *Brief Konrad Adenauers an Helene Wessel, 27.8.1949, zitiert nach Schwarz: Adenauer, S. 671.*

Marshall-Plan ihren mächtigsten Advokaten und Promotor hatte.²⁰ Und der europäische Zusammenschluss würde wiederum die Sicherheit der Bundesrepublik erhöhen. So waren die unmittelbaren Ziele der Außenpolitik Konrad Adenauers und der ersten Bundesregierung auf das Engste miteinander verflochten.

Doch wohin zielte Konrad Adenauers Außenpolitik – und damit die Außenpolitik der Bundesrepublik – konzeptionell und längerfristig? Hier lieferte zunächst das Grundgesetz wichtige Vorgaben. Insbesondere seine Präambel war außenpolitisch relevant. Ihr Zentrum bildete die doppelte Willenserklärung, welche das deutsche Volk zum einen aufforderte, „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren“, und ihm zum anderen auftrag, „als gleichwertiges Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. In Verbindung mit dem Schlusssatz der Präambel – „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“²¹ – war damit die Lösung der nationalen Frage zum bestimmenden Imperativ jedes politischen Handelns erhoben worden. Das galt in besonderer Weise für die Außenpolitik, denn es stand außer Frage, dass die deutsche Teilung ganz wesentlich durch die Entwicklungen der internationalen Politik nach 1945 und die Konfrontation von USA und Sowjetunion bedingt, ja hervorgebracht worden war. Nur aus einer Veränderung der internationalen Konstellation konnten Änderungen des Status quo der Teilung und Schritte hin zu einer Wiedervereinigung resultieren, und auf eine solche Veränderung musste die westdeutsche Außenpolitik – im Rahmen ihrer Möglichkeiten – hinwirken. Es ist freilich bemerkenswert, dass die Präambel des Grundgesetzes, das 1949 mit überwältigender Mehrheit verabschiedet worden war, dem Einheitspostulat das Bekenntnis zur europäischen Einigung gleichrangig hinzufügte. Auch hierin können wir eine im Grunde von allen Parteien geteilte Absage an die verhängnisvolle Idee des autonomen nationalen Machtstaats erkennen, die durch den Friedensimperativ noch zusätzlich pointiert wurde. Beide Elemente bedeuteten einen entschiedenen Bruch mit älteren deutschen außenpolitischen Traditionen, nicht nur mit der Außen- und Kriegspolitik des Nationalsozialismus.

20 | Vgl. hierzu Geir Lundestad: „*Empire*“ by Integration. *The United States and European Integration, 1945–1997*. Oxford 1998, oder Beate Neuss: *Geburthelfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozess 1945–1958*. Baden-Baden 2000.

21 | *Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (1949), Präambel.*

IV.

Über vier Jahrzehnte hinweg entwickelten diese außenpolitischen Leitprinzipien ihr eigenes Gewicht. An der grundsätzlichen Abhängigkeit der deutschen Frage von der internationalen Politik im Zeichen des Ost-West-Konflikts änderte sich zwischen 1949 und 1989 nichts. Der Ost-West-Konflikt war die Ursache der deutschen Teilung, er war das grundlegende Strukturmerkmal des internationalen Systems seit dem Zweiten Weltkrieg, und erst aus der Auflockerung und schließlich Auflösung dieser Strukturen ergaben sich Möglichkeiten, die deutsche Teilung zu überwinden. Gerade vor diesem Hintergrund ist es wichtig, sich die Bedeutung der Entwicklungen in der Sowjetunion und in der von Moskau beherrschten Welt seit 1985, seit der Amtsübernahme Michail Gorbatschows, vor Augen zu führen.²² Ohne diese Veränderungen und ihre Rückwirkungen auf die internationale Politik ist das Ende der DDR nicht zu erklären. Die deutsche Teilung war nicht die Strafe der Geschichte für die Verbrechen des Nationalsozialismus, denn sonst wären die Deutschen höchst ungleich bestraft worden. Die deutsche Teilung war vielmehr eine Folge des Ost-West-Konflikts und dessen machtpolitischer Zuspitzung nach 1945. Deutschland war geteilt, weil die Welt geteilt war – nicht umgekehrt – und daher konnte die deutsche Teilung erst dann überwunden werden, als der ideologische und machtpolitische Gegensatz zwischen Sowjetunion und USA, der das bipolare internationale System nach 1945 geschaffen und stabilisiert hatte, überwunden war. Und auch wenn es 1990 keine Rückkehr nach Potsdam gab, so zeigen doch die internationalen Entwicklungen seit dem Fall der Mauer eindeutig, dass die deutsche Frage zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 3. Oktober 1990 nie nur, ja nicht einmal überwiegend, eine Sache der Deutschen allein war.²³

Im „Zwei-plus-Vier-Prozess“, der konzeptionell auf die USA zurückging, sollten Bundesrepublik und DDR partnerschaftlich und kooperativ mit

22| Vgl. dazu im Überblick Mária Huber: *Moskau, 11. März 1985. Die Auflösung des sowjetischen Imperiums*. München 2002.

23| Zur Politik der deutschen Einheit im internationalen Kontext vgl. neben zahlreichen Veröffentlichungen beteiligter Akteure die Darstellungen von Andreas Rödder: *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*. München 2009; Hanns Jürgen Küsters: *Entscheidung für die deutsche Einheit. Einführung in die Edition, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit, S. 21–236; Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 689–746; in internationaler Perspektive Mary E. Sarotte: 1989. The Struggle to Create Post-Cold War Europe*. Princeton 2009.

den vier Mächten über die internationalen Aspekte der deutschen Einheit verhandeln. Voraussetzung dafür war die Existenz einer frei gewählten Regierung der DDR, weshalb der „Zwei-plus-Vier-Prozess“ erst nach den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 in Gang kommen konnte. Das erinnerte an die deutschlandpolitischen Diskussionen und die internationale Deutschlandpolitik der 1950er Jahre, in der im Hinblick auf mögliche Friedensverhandlungen stets die Frage der demokratischen Legitimation der ostdeutschen Regierung eine wichtige Rolle gespielt hatte. Aber auch an anderen Fragen, beispielsweise der Bündniszugehörigkeit eines vereinigten Deutschland, wurde deutlich, dass trotz der Jahrzehnte, die mittlerweile vergangen waren, die Verhandlungen über die deutsche Einheit Probleme zu lösen hatten, die in den 1950er Jahren schon thematisiert worden waren. Gegen Ende der 1950er Jahre war mit den letzten Vier-Mächte-Verhandlungen über die deutsche Einheit der deutschlandpolitische Status quo gleichsam eingefroren und in den folgenden Jahrzehnten stabilisiert worden war, ohne dass man die deutsche Frage gelöst hatte.²⁴

In der Außenpolitik der Bundesrepublik und im außenpolitischen Handeln der Regierung Kohl wirkten auch nach 1990 jene Leitorientierungen weiter, die sich in den Jahrzehnten nach 1945 herausgebildet hatten. Es war nicht zuletzt das geradezu programmatische Festhalten an diesen Leitorientierungen – von der europäischen Integration bis hin zum Atlantizismus – die in der dramatischen Transformation des internationalen Systems der Jahre 1989 bis 1991 die internationale Zustimmung zur deutschen Einheit ermöglichten und insbesondere das Einverständnis der vier Siegermächte, das bekanntlich von französischer, britischer und sowjetischer Seite nicht ohne Weiteres und nur nach durchaus spannungsgeladenen bilateralen und multilateralen Verhandlungen zu gewinnen war.²⁵

24 | *Einen Vergleich der deutschlandpolitischen Konstellation am Ende der 1950er Jahre und 1989/90 liefert Eckart Conze: Vom Herter-Plan zum Genscher-Plan. Zum Zusammenhang von deutscher Einheit, europäischer Sicherheit und internationaler Abrüstung am Ende der fünfziger Jahre und heute, in: Europäische Rundschau 18 (1990) 4, S. 65–77.*

25 | *Zu Frankreich und der Politik des französischen Präsidenten Mitterrand im Prozess der deutschen Vereinigung 1989/90 vgl. insbesondere Ulrich Lappenküper: Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx. München 2011; zur Politik Großbritanniens und insbesondere von Premierministerin Margaret Thatcher ist besonders aufschlussreich: Patrick Salmon (Hg.): German Unification 1989–90. Documents on British Policy Overseas. London 2009.*

Seit 1990 liegt die Bundesrepublik – wie das Deutsche Reich zwischen 1871 und 1945 – wieder als deutscher Nationalstaat mitten in Europa. Aber politisch verbindet die Bundesrepublik nichts mit dem „vergangenen Reich“. Wenn man von einer Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik reden möchte, wie es die deutsche Zeitgeschichtsschreibung seit 1990 vielfach tut, dann liegt ein wichtiger Ansatz für ein solches Narrativ darin, dass die Bundesrepublik nach 1949 nicht schlagartig, aber doch in langfristiger Wirksamkeit, die politischen Traditionslinien aus der Zeit vor 1945 gekappt hat – und das bezieht sich gerade auch außenpolitisch nicht nur auf die Jahre des Dritten Reiches.²⁶

Die strukturellen Zwänge des Ost-West-Konflikts, die seit ihrer Gründung 1949 die Außenpolitik der Bundesrepublik bestimmt hatten, existierten nach 1990 nicht mehr. Das wiedervereinigte Deutschland war zu einer Neubestimmung seiner außenpolitischen Interessen, seiner nationalen Interessen gezwungen, die nicht länger durch die offene deutsche Frage, die deutsche Teilung, determiniert wurden. Die Bundesrepublik lag seit 1990 nicht mehr an der Trennlinie zweier antagonistischer Blöcke, sondern nahm – wie der deutsche Nationalstaat zwischen 1871 und 1945 – eine europäische Mittellage ein.

Daraus ergab sich indes keineswegs eine Rückkehr zu den außenpolitischen Traditionen und Orientierungen des Deutschen Reiches. Eine Rückkehr insbesondere zur Politik des autonomen nationalen Machtstaats kam nicht in Frage. Dafür war die Bundesrepublik viel zu stark in die multilateralen und supranationalen Strukturen der atlantischen Allianz und der europäischen Integration eingebunden, ja das politische Bekenntnis zur Fortsetzung dieser Einbindung war eine entscheidende Bedingung für die Zustimmung der deutschen Nachbarn und Bündnispartner zur Herstellung der deutschen Einheit gewesen.

Auch die langen Schatten der nationalsozialistischen Vergangenheit endeten nicht 1990. Aber was bedeutete die NS-Vergangenheit für die Außenpolitik des vereinigten Deutschland? Dass deutsche Außenpolitik im Zeichen der nationalsozialistischen Rassen- und Raumideologie nach

26 | *Für den auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland untersucht diesen Transformationsprozess jetzt die Dissertation von Andrea Wiegshoff: „Wir müssen alle etwas umlernen ...“. Zur Internationalisierung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland 1945/51–1969. Diss. phil. Marburg 2011.*

1933 systematisch einen Krieg vorbereitet hatte, der sich mit den schlimmsten Menschheitsverbrechen verband, beeinflusste die Art und Weise, wie Deutschland als europäische Großmacht seine Interessen vertrat. Die Bundesrepublik hielt am zivilen Stil ihrer Außenpolitik fest, sie bevorzugte weiterhin Instrumente sanfter oder kooperativer Macht, auch weil sie rasch erkennen musste, dass außenpolitische Alleingänge innerhalb kürzester Zeit zu politischer Isolierung und zu schweren Spannungen innerhalb Westeuropas und der transatlantischen Beziehungen führen würden.²⁷ Aber gehörte es nicht auch zu den Lehren aus der Geschichte und aus der deutschen Geschichte vor 1945 zumal, dass Deutschland nicht tatenlos zusehen konnte, wenn sich wie beispielsweise im zerfallenden Jugoslawien ein Völkermord anbahnte? Hatte Deutschland hier nicht eine besondere, eine historische Verpflichtung zur Intervention, notfalls auch mit militärischen Mitteln? Die Diskussion über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, die in der Bundesrepublik in den 1990er Jahren geführt wurde, war wesentlich von diesem historischen Argument geprägt, und es wurde schnell klar, dass sich aus der NS-Vergangenheit nicht automatisch eine außenpolitische Strategie ableiten ließ, sondern dass man die Frage zu stellen hatte, was denn die Geschichte des deutschen Nationalstaats und insbesondere die Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen für die deutsche Außenpolitik bedeuteten.

Die Bundesrepublik war seit 1990 eine kontinentale Großmacht mit weltpolitischem Gewicht.²⁸ Über weltpolitisches Gewicht verfügte allerdings auch schon der westdeutsche Staat spätestens seit den 1970er Jahren. Aber durch die Überwindung der Teilung Europas und, mehr noch, den Zerfall der Sowjetunion gewann Deutschland eine neue gesamteuropäische Bedeutung, die es so vor 1990 nicht hatte. Für die wachsende Interdependenz der internationalen Politik und der Weltwirtschaft war die Bundesrepublik mit der über Jahrzehnte gewachsenen und eingeübten multilateralen, auf kooperativen Interessenausgleich setzenden Grundorientierung ihrer Außenpolitik gut vorbereitet.

27 | Michael Staack: *Großmacht oder Handelsstaat? Deutschlands außenpolitische Grundorientierung in einem neuen internationalen System*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 12 (1989), S. 14–24, hier S. 16.

28 | Gregor Schöllgen: *Zehn Jahre europäische Großmacht. Eine Bilanz deutscher Außenpolitik seit der Vereinigung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 24 (2000), S. 6–12.

Das festzustellen, meint jedoch nicht, dass die Bundesrepublik jemals darauf verzichtet hätte, nationale Interessen zu verfolgen und, wo immer möglich, durchzusetzen. Das Offenhalten der deutschen Frage gehörte zu diesen nationalen Interessen ebenso wie das Engagement für einen liberalen Welthandel, auf den die Exportwirtschaft der Republik angewiesen war. Durch Multilateralismus und Integration verfolgte die Bundesrepublik – wie im Übrigen auch die anderen Staaten Westeuropas – nationale Interessen.

Mit der wachsenden globalen Interdependenz von Politik und Wirtschaft ging allerdings zugleich eine starke Tendenz zur Nationalisierung beziehungsweise Renationalisierung von Politik einher. Das galt nicht nur für Ostmittel- und Südosteuropa, wo der Zusammenbruch des Kommunismus und der Zerfall der Sowjetunion zur Rückkehr eines nicht selten ethnisch aufgeladenen Nationalismus führten, sondern es galt auch für die westeuropäischen Staaten, deren Außenpolitik nun nicht länger unter dem Systemzwang des Ost-West-Konflikts, der integrierenden und disziplinierenden Wirkung der östlichen Bedrohung und der durch sie gestärkten amerikanischen Hegemonie, stand. Dass Multilateralismus und Integration keine Selbstläufer sind, wurde in den 1990er Jahren rasch deutlich, und die Entwicklungen der letzten Jahre haben das noch viel klarer gezeigt.²⁹

Ein neuer internationaler Bedingungsrahmen von Außenpolitik war in den 1990er Jahren noch kaum zu erkennen. Zwar sprach der amerikanische Präsident George Bush sen. von einer „neuen Weltordnung“. Doch jenseits der Tatsache, dass die USA nach dem Untergang der Sowjetunion die einzig verbliebene Supermacht darstellten, waren die Konturen dieser neuen Weltordnung überhaupt nicht zu erkennen. Es war fraglich, ob sich innerhalb weniger Jahre ein neues internationales System von ähnlicher Stabilität und Langfristigkeit herausbilden würde wie das durch den Ost-West-Gegensatz geprägte. So verloren die Strukturbedingungen internationaler Politik, wie sie sich in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hatten, an Bedeutung.

29| Vgl. Christian Hacke: *Deutschlands neue Rolle in der Weltpolitik*, in: Werner Süß (Hg.): *Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung*. Opladen 2002, S. 285–298, hier S. 293.

Der Blick auf die internationale Entwicklung der 1990er Jahre zeigt, dass die hohe Komplexität eines sich transformierenden internationalen Systems von der durch den Ost-West-Konflikt und die deutsche Frage geprägten Außenpolitik der Bundesrepublik enorme Veränderungs- und Anpassungsleistungen verlangte.³⁰ Die Geschichte der Bundesrepublik in den 1990er Jahren ist zu einem erheblichen Teil die Geschichte dieser außenpolitischen Anpassung und Neuorientierung. Lange Zeit gültige Sicherheiten lösten sich auf, und eine Bundesrepublik, deren internationales Gewicht ohne jede Frage gestiegen war, sah sich gezwungen, außenpolitisch Position zu beziehen und ihre Interessen zu entwickeln.

Doch dies geschah vor dem Hintergrund der Geschichte eines Staates, der seit 1949 über vier Jahrzehnte eigene außenpolitische Traditionslinien und Handlungsorientierungen entwickelt hatte. Und zu den wichtigsten Orientierungen gehörte der breite Konsens, dass gerade auch in der Außenpolitik kein Weg hinter 1945 zurück führte und dass ein tiefer Graben die Bundesrepublik vom Deutschen Reich trennte – vom Reich Hitlers genauso wie vom Reich Bismarcks.

30 | *Die permanente Notwendigkeit, Anpassungsleistungen zu erbringen, hatte freilich auch schon die Außenpolitik der Bundesrepublik vor 1990 charakterisiert. Für Helga Haftendorn: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000. München 2001, konstituiert dies sogar den zentralen Entwicklungsstrang der Außenpolitik der Bundesrepublik.*

Die Einheit Deutschlands im Innern

Dominik Geppert

Es mache keinen Sinn, hat Peter Glotz einmal bemerkt, herausragende Gestalten aus verschiedenen Epochen deutscher Geschichte wie Otto von Bismarck, Konrad Adenauer und Helmut Kohl zum Zwecke des Vergleichs miteinander zu kontrastieren. Der von einem Hof abhängige, von einer Verfassung aber weitgehend unbehelligte Junker Bismarck sei nicht „mit dem Parlaments- und Parteienjongleur Kohl zu vergleichen“. Das Zusammenwürfeln von Helden entspreche zwar dem Bedürfnis nachträglicher Identitätskonstrukteure, den Erfindern der Geschichte: „Mit der Geschichte selbst hat es nichts zu tun.“¹ Dieser Beitrag versucht, das Gegenteil zu zeigen: Man muss keine Heldenverehrung betreiben, um einem Vergleich der drei Kanzler Bismarck, Adenauer und Kohl etwas abzugewinnen.

Meine Überlegungen heben dabei nicht auf die außenpolitische Bedeutung der drei Staatsmänner ab, auch nicht auf ihre Vorstellungen von Deutschland in Europa und ihre Konzepte zur Herstellung oder Sicherung eines deutschen Nationalstaates in der Mitte des Kontinents, um die es zumeist ging, wenn Historiker oder Politikwissenschaftler sich doch an einen Vergleich wagten.² Sie konzentrieren sich auf einen anderen Aspekt, der seltener systematisch beleuchtet worden ist: auf die Herausforderungen der inneren Staatsgründung. Schließlich hatten sich sowohl der Reichsgründer Otto von Bismarck als auch der Gründungskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, und der Kanzler der deutschen Einheit, Helmut Kohl, der Aufgabe verschrieben, ihre Landsleute nicht nur nach außen in einem Staat zu vereinen, sondern auch

1 | *Peter Glotz: Die Herren an den Wendepunkten. Bismarck, Adenauer, Brandt, Kohl, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 45 (1998), S. 439–444, hier S. 439.*

2 | *Vgl. Michael Stürmer: Wem gehört Deutschland. Otto von Bismarck, Konrad Adenauer, Helmut Kohl: Woran deutsche Kanzler gemessen werden, in: Die Welt, 1. April 2000; Hans-Peter Schwarz: Das Gesicht des 20. Jahrhunderts. Monster, Retter, Mediokritäten. Überarb. Neuaufl. München 2010, S. 732, 737; mit Blick auf Bismarck und Adenauer Ders.: Bismarck in Bonn? Die Außenpolitik Adenauers in historischer Perspektive (Friedrichsruher Beiträge 17). Friedrichsruh 2002.*

die Einheit im Innern zu gestalten. Alle drei hatten nicht nur außenpolitische Widerstände zu überwinden, sondern auch mit erheblichen inneren Schwierigkeiten beim Zusammenwachsen des Landes zu kämpfen.

Der prekäre Charakter der deutschen Nation

Wenn man vergleicht, vor welchen innenpolitischen Herausforderungen die drei Kanzler bei der Gestaltung der deutschen Einheit vor 20, 60 und 140 Jahren standen, dann muss man zunächst als Besonderheit der deutschen Geschichte hervorheben, dass die innere Einheit der Nation und damit auch des Nationalstaates über weite Strecken der zurückliegenden zweihundert Jahre nicht selbstverständlich war, sondern vielmehr als etwas Prekäres, Bedrohtes, wenn nicht gar Verlorengegangenes empfunden wurde. Das galt nicht nur für die Ära der deutschen Teilung im Kalten Krieg und deren zum Teil bis heute spürbaren gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialpsychologischen Folgewirkungen. Es galt, viel stärker als wir das heute oft wahrnehmen, auch für die Zeit des Kaiserreiches von 1871. Noch viel mehr galt es natürlich für jene Phase des Deutschen Bundes seit den Freiheitskriegen gegen das napoleonische Frankreich, von der Bismarck entscheidend geprägt wurde und die – zumindest von der immer stärker anwachsenden deutschen Nationalbewegung – ebenfalls als eine Zeit der Teilung empfunden wurde.

Das von Bismarck ins Leben gerufene Reich war nicht das gleichsam zwangsläufige Ziel der vorhergehenden preußisch-deutschen Geschichte, wie es die borussische Geschichtslgende glauben machen wollte.³ Es war ein hochgradig artifizielles Produkt von drei Kriegen und einer kühnen Diplomatie, deren Ausgang keineswegs von vornherein feststand. Die neuere Historiographie zeichnet deswegen gerade für die Anfangsjahre ein sehr viel heterogeneres Bild vom Kaiserreich als die überkommene Nationalgeschichtsschreibung.⁴ Eine homogene

3| Vgl. etwa Robert Southard: *Droysen and the Prussian School of History*. Lexington 1995; Stefan Berger: *The Search for Normality. National Identity and Historical Consciousness in Germany since 1800*. Providence u. a. 1997.

4| Vgl. Abigail Green: *Fatherlands. State-Building and Nationhood in Nineteenth Century Germany*. Cambridge 2001; Alon Confino: *The Nation as a Local Metaphor: Württemberg, Imperial Germany, and National Memory, 1871–1918*. Chapel Hill 1997; Celia Applegate: *A Nation of Provincials*. Berkeley u. a. 1990; Winfried Becker: *Das Bismarckreich - ein Obrigkeitsstaat? Die Entwicklung des Parlamentarismus und der Parteien 1871–1890* (Friedrichsruher Beiträge 9). Friedrichsruh 2000.

Nationalgesellschaft konnte es schon wegen der polnischen, dänischen und französischen Minderheiten nicht geben, aber auch das Selbstgefühl und die Wahrnehmungsmuster der deutschen Mehrheit waren keineswegs von Beginn an ausschließlich auf die Nation ausgerichtet. Regionale und lokale Verbundenheiten spielten weiter eine große Rolle; auch durch die tendenzielle Nationalisierung der Kommunikationssysteme von Post und Eisenbahn wurde der „Faktor Region“ nicht zum Verschwinden gebracht.⁵ Die Rechtseinheit auf Reichsebene war das mittel- und langfristige Ergebnis, nicht die Voraussetzung der Nationalstaatsgründung: vom 1872 in Kraft getretenen Reichsstrafgesetzbuch bis zum Bürgerlichen Gesetzbuch, das seit dem 1. Januar 1900 galt. Eine nationale Kommunikationsgemeinschaft von Zeitungslesern bildete sich ebenfalls erst mit der Entstehung der Massenpresse seit den 1880er und 1890er Jahren heraus.⁶ Beim Militär blieben die einzelstaatlichen Traditionen noch stärker ausgeprägt: Bei Beginn des Ersten Weltkriegs gab es immer noch kein Reichsheer, sondern weiterhin preußische, sächsische, bayerische und württembergische Armeen.⁷

In den 1870er Jahren und darüber hinaus fürchteten viele Zeitgenossen, das Kunstgebilde des Deutschen Reiches könnte unversehens wieder in sich zusammenfallen, weil es womöglich keine Zeit erhalten würde, Wurzeln zu schlagen und die notwendigen politischen und kulturellen Kohäsionskräfte zu entwickeln, die es gegen die Tendenzen der inneren Zersetzung schützen würden.⁸ Bismarck selbst hat das so gesehen. Er wurde nicht nur von einem ‚Alptraum der Koalitionen‘ geplagt, sondern auch von einem ‚Alptraum der Revolutionen‘: der Sorge vor der „inneren Auflösung und Zerstörung des eben Geschaffenen“.⁹ Noch 1895, drei Jahre vor seinem Tod, ein Vierteljahrhundert nach der

5| Siegfried Weichlein: *Nation und Region. Integrationsprozesse im Bismarckreich* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 137). Düsseldorf 2004, S. 184.

6| Martin Kohlrausch: *Der Monarch im Skandal. Die Logik der Massenmedien und die Transformation der wilhelminischen Monarchie* (Elitenwandel in der Moderne 7). Berlin 2005, S. 51.

7| Friedrich-Christian Stahl: *Preußische Armee und Reichsheer 1871–1914*, in: Oswald Hauser (Hg.): *Zur Problematik „Preußen und das Reich“*. Köln 1984, S. 181–245.

8| Christopher Clark: *Preußen. Aufstieg und Niedergang. 1600–1947*. Nachdruck München 2008, S. 650.

9| Rainer F. Schmidt: *Otto von Bismarck (1815–1898). Realpolitik und Revolution. Eine Biographie*. Stuttgart 2004, insbes. S. 191–269.

Reichsgründung, warnte Bismarck Vertreter studentischer Korporationen, die ihn in Friedrichsruh besuchten, vor innerer Uneinigkeit, die er tief und fast unausrottbar in der deutschen Geschichte verwurzelt sah. „Die heutigen Fractionsspaltungen“, so der Altkanzler, seien ja „doch nur die Nachweh der alten deutschen Kämpfe in den Städten zwischen den Geschlechtern und den Zünften, in den Bauernkriegen zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden, in den Religionskriegen, im dreißigjährigen Kriege. Alle diese tiefgehenden, ich möchte sagen geologischen Spaltungen im deutschen Boden lassen sich nicht vertilgen mit einem Schläge.“¹⁰

Die drei Kanzler der Einheit verbindet das latente – und manchmal auch gar nicht so latente – Gefühl bedrohlicher innerer Uneinigkeit. Die sprachlichen Wendungen, mit denen dieses Gefühl beschrieben wurde, waren jedoch jeweils unterschiedlich. Kohl sprach 1990 vom „Geist der inneren Aussöhnung“, der notwendig sei.¹¹ Der Begriff der ‚inneren Einheit‘ stammt ebenso wie die Rede von der ‚Mauer in den Köpfen‘ oder der ‚Fortsetzung der geistigen Spaltung‘ aus dem Umfeld der deutschen Wiedervereinigung von 1989/90.¹² Weder Bismarck noch Adenauer haben ihn benutzt. Bei Bismarck war stattdessen von der „Reichseinigung“ die Rede, die bedroht war durch den „Partikularismus“ oder die „Particularinteressen“ – sei es der einzelnen deutschen Staaten oder der sich herausbildenden Parteien, der verschiedenen Konfessionen, Nationalitäten und regionalen Landsmannschaften.¹³ Adenauer ging es nach der Katastrophe der NS-Herrschaft und der Niederlage im Zweiten Weltkrieg darum, „ein vernünftiges staatsrechtliches Gefüge“, wie er es nannte, überhaupt erst wieder herzustellen und, angesichts der sowjetischen Herrschaft in Ostdeutschland, um das proklamierte Recht der Bundesrepublik auf den Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen.¹⁴

10 | Rede Otto von Bismarcks „An die Studenten der deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen“, 1. April 1895, zitiert nach Horst Kohl (Hg.): *Die Politischen Reden des Fürsten Bismarck*. Bd. 13 (1890–1897). Stuttgart u. a. Berlin 1905, S. 312–317, hier S. 317.

11 | Helmut Kohl: *Ich wollte Deutschlands Einheit*. Dargestellt von Kai Dieckmann und Ralf Georg Reuth. München 2000, S. 240.

12 | Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte (Hg.): *Handbuch zur deutschen Einheit*. Aktualisierte Neuauflage, Bonn 1996.

13 | Otto von Bismarck. *Gesammelte Werke – Neue Friedrichsruher Ausgabe, Abteilung IV: Gedanken und Erinnerungen*. Bearb. von Michael Epkenhans und Eberhard Kolb. Paderborn u. a. 2012, S. 314.

14 | Konrad Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*. Stuttgart 1965, S. 40.

Die unterschiedlichen Redewendungen verweisen auf die unterschiedlichen Ziele Bismarcks, Adenauers und Kohls, auf ihre ganz unterschiedlichen biographischen Erfahrungen, auf die verschiedenartigen zeitgenössischen Denkmuster und auf die verschiedenen gearteten Rahmenbedingungen, unter denen Deutschlands Einheit im Innern erreicht, bewahrt oder auch wiederhergestellt werden sollte. Bismarck schuf erstmals einen deutschen Nationalstaat in der Mitte Europas, der sich ‚Reich‘ nannte, auf preußischer Vorherrschaft gegründet war und in seiner „Doppelgesichtigkeit“ (Michael Stürmer) zwischen den nationalen, liberalen, demokratischen Kräften des allgemeinen Reichstagswahlrechts auf der einen Seite und den in Preußen verwurzelten konservativen Gegenkräften auf der anderen Seite oszillierte. Adenauer stand materiell, institutionell und ideologisch vor den Trümmern des NS-Staates und musste aus ihnen die tragfähige konzeptionelle Legierung eines funktionierenden und als legitim erachteten politischen Systems erst schmieden, jedenfalls in dem Teil Deutschlands, in dem das nach 1945 möglich war.¹⁵ Kohl sah sich nach vierzig Jahren der staatlichen Teilung und gesellschaftlichen Auseinanderentwicklung unerwartet mit der Aufgabe konfrontiert, West- und Ostdeutsche auf eine Weise zusammenzubringen, die nicht verspielte, was man in der Bundesrepublik politisch, wirtschaftlich und sozial erreicht hatte, die zugleich aber auch die Hoffnungen und Erwartungen der neuen Bundesbürger nicht enttäuschte – und zwar zu einem Zeitpunkt, an dem sich zumindest in Westdeutschland viele von der Vorstellung eines Nationalstaates bereits ab- und einer angeblich postnationalen europäischen Zukunft zugewandt hatten.¹⁶

Die Diskrepanz der Ausgangsbedingungen 1871, 1949 und 1990 wird besonders deutlich, wenn man die Verwendung desjenigen Begriffes genauer betrachtet, der sozusagen programmatisch den Anspruch auf innere Einheit ausdrückt: den Begriff der Nation. In den 78 Artikeln der Reichsverfassung von 1871 kommt er nicht ein einziges Mal vor – und das aus gutem Grund. Er hätte nämlich unvermeidlich die Frage nach den Menschen- und Bürgerrechten aufgeworfen, die seit der

15 | Arnulf Baring: *Was bleibt von Adenauer*, in: Peter R. Weilemann/Hanns Jürgen Küsters/Günter Buchstab (Hg.): *Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag*. Paderborn 1999, S. 169–185, hier S. 174.

16 | Andreas Wirsching: *Abschied vom Provisorium, 1982–1990*. München 2006, S. 474.

amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und der Französischen Revolution von 1789 unauflöslich mit dem Nationsbegriff verbunden waren und auf die sich auch die Frankfurter Paulskirche 1848 in ihrer feierlichen Erklärung der Grundrechte „zur inneren Begründung“ des deutschen Nationalstaates berufen hatte.¹⁷

Das 1949 verabschiedete Grundgesetz bezog sich, anders als die Reichsverfassung, gleich im ersten Satz seiner Präambel auf die „nationale und staatliche Einheit“, die einerseits als demokratische Verpflichtung und andererseits als nationalpolitische Zukunftsaufgabe zu verstehen war – mit dem Effekt, dass der Nationsbegriff wieder aus der Verfassung verschwand, nachdem das deutsche Volk 1990 seine Einheit in Freiheit erlangt hatte.

Trotz der gravierenden Unterschiede, die ich hier nur angedeutet habe, kann man aber wenigstens drei grundsätzliche Aufgaben der inneren Einigung herausarbeiten, vor denen sowohl Bismarck als auch Adenauer und Kohl standen – und die ich im Folgenden kurz umreißen möchte:

Erstens bestand die Notwendigkeit, für das neue beziehungsweise vergrößerte Staatswesen einen passenden politisch-institutionellen Rahmen zu schaffen.

Zweitens musste eine funktionierende und von der Bevölkerung akzeptierte wirtschaftliche Ordnung etabliert werden.

Drittens waren die Vertreter des jeweils vorangegangenen *ancien régime* in die neue politische, gesellschaftliche und ökonomische Ordnung zu integrieren.

Der politisch-institutionelle Rahmen

Bei der Betrachtung des politisch-institutionellen Rahmens springen zunächst die Verbindungslinien zwischen Adenauer und Kohl ins Auge: die Etablierung eines Parlamentarismus westlicher Prägung zunächst im Westteil des Landes, seit 1990 auch im Osten; die Durchsetzung

17| Michael Stürmer: *Eine politische Kultur – oder zwei? Betrachtungen zur Regierungsweise des Kaiserreichs*, in: Hauser (Hg.): *Problematik*, S. 35–47, hier S. 38.

einer Parteiendemokratie, die sich unter Adenauers maßgeblicher Mitwirkung seit 1949 in der Bundesrepublik herausgebildet hatte und die 1990 auf die untergehende DDR übertragen wurde. Interessanter sind aber die Parallelen zwischen Bismarck und Kohl, die nicht inhaltlicher, sondern funktioneller Natur sind. Sowohl 1866/67 und 1870/71 als auch 1989/90 entschieden sich mit Bismarck und Kohl die ausschlaggebenden Männer an der Spitze der Exekutive aus einer Mischung von Machtkalkül und pragmatischer Einsicht in das Realisierbare gegen einen radikalen institutionellen Bruch und für die Bewahrung dessen, was sich aus ihrer Sicht bewährt hatte: Für Bismarck waren dies der monarchische Staat Preußens und seine Verwaltung, für Kohl die Ordnung des Grundgesetzes und die bundesrepublikanische Administration.

In seinen Putbuser Diktaten bemerkte Bismarck Ende Dezember 1866 als Vorgabe für den Verfassungsentwurf des Norddeutschen Bundes, der im preußischen Staatsministerium ausgearbeitet werden sollte: „Je mehr man an die früheren Formen anknüpft, um so leichter wird sich die Sache machen, während das Bestreben, eine vollendete Minerva aus dem Kopfe des Präsidiums [des Norddeutschen Bundes] entspringen zu lassen, die Sache in den Sand der Professorenstreitigkeiten führen würde.“¹⁸ Dies hieß: keine Verfassungsdiskussion und möglichst weitgehende konstitutionelle und institutionelle Kontinuität. Ähnliche Überlegungen veranlassten Helmut Kohl knapp 125 Jahre später dazu, für einen Beitritt der neuen Bundesländer nach Artikel 23 des Grundgesetzes einzutreten. Er wollte eine Verfassungsdiskussion vermeiden, wie sie eine Wiedervereinigung über Artikel 146 des Grundgesetzes mit sich gebracht hätte, für die Teile der Sozialdemokratie, der Grünen und viele Intellektuelle plädiert hatten.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Bismarck und Kohl bestand in ihrer Haltung zu den politischen Parteien und deren Platz in der Verfassungsordnung. Während Kohl durch und durch Parteimann war, der in seiner und für seine Partei lebte, gehörten Parteien für Bismarck zu jenen „Particularinteressen“, die dem von der Regierung zu vertretenden Allgemeinwohl im Wege standen. Als preußischer Ministerpräsident wie als Reichskanzler begriff er sich, ähnlich seinem Monarchen, als

18 | Zitiert nach Lothar Gall: *Bismarck. Der weiße Revolutionär*. Frankfurt/Main u. a. 1980, S. 385f.

über den Parteien stehend. „Die Hauptsache ist mir: keine Diäten“, hielt er in seinen Putbuser Diktaten fest. Die Legislative des neuen Staates sollte nicht von Berufs- und Parteipolitikern bestimmt werden, von „gewerbsmäßigen Parlamentariern“, wie er sagte. Diäten waren aus Bismarcks Sicht „die Besoldung des gebildeten Proletariats zum Zwecke des gewerbsmäßigen Betriebes der Demagogie.“¹⁹

Bismarck wusste natürlich, dass er unter den von ihm selbst geschaffenen Bedingungen Mehrheiten im Reichstag benötigte, die ohne die Parteien nicht zu bekommen waren. Aber er hatte ein rein instrumentelles Verhältnis zu ihnen. Regierungskunst bestand aus seiner Sicht darin, die Differenzen zwischen den Parteien auszunutzen, sie gegeneinander auszuspielen, unerwartete Bündnisse auf Zeit zu schmieden: mit den Liberalen gegen die Konservativen (wie über weite Strecken der 1870er Jahre) und dann wieder andersherum (wie zunehmend seit 1878). Unverrückbare Grundsätze störten dabei nur: „Prinzipien haben, heißt mit einer Stange im Mund Waldlauf zu machen“, spottete er.²⁰

Bismarcks schwer zu überbietender Realismus, den man auch Zynismus oder Opportunismus nennen kann, sicherte ihm über fast zwei Jahrzehnte seine dominierende Stellung in der Politik des Kaiserreiches. Er sorgte aber auch dafür, dass der von ihm geschaffenen politischen Ordnung etwas Provisorisches anhaftete, weil sie immer gleichsam unter dem Vorbehalt eines möglichen Staatsstreiches blieb. Dem Bismarckreich fehlte, wie Lothar Gall formuliert hat, „jener Grundkonsens des gemeinsamen, und sei es auch in schärfster politischer Auseinandersetzung Erstrittenen, der Charakter einer wirklich vollzogenen inneren Einigung.“²¹

19 | Zitiert ebd., S. 388f. Vgl. Ders. (Hg.): *Otto von Bismarck und die Parteien* (Otto-von-Bismarck-Stiftung, wissenschaftliche Reihe 3). Paderborn u. a. 2001, passim; vgl. dazu auch *Bismarcks Äußerungen über Politiker* in: Hans-Joachim Schoeps: *Bismarck über Zeitgenossen – Zeitgenossen über Bismarck*. Frankfurt/Main 1972, S. 141–234.

20 | Zitiert nach Clark: *Preußen*, S. 595.

21 | Gall: *Bismarck*, S. 445. Zum Gesamtkomplex der inneren Reichsgründung vgl. Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 3: *Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914*. München 1995, insbes. S. 889–964; Otto Pflanze: *Sammlungspolitik 1875–1886. Kritische Bemerkungen zu einem Modell*, in: Ders. (Hg.): *Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches*. München u. a. 1983, S. 155–193.

Dass diese innere Einigung sozusagen im überübernächsten Anlauf nach dem Untergang des Kaiserreiches, dem Scheitern der Weimarer Republik und der Katastrophe des Nationalsozialismus nach 1945 zustande kam, war nicht zuletzt das Verdienst der von Bismarck so geschmähten Parteien. Diese hatten in der ersten deutschen Republik nicht zuletzt aufgrund mangelnder Erfahrung im Umgang mit politischer Macht noch weitgehend versagt – insofern entpuppte sich Bismarcks Parteienskepsis als eine Art self fulfilling prophecy. Dass sie es nach 1945 besser machten, war insbesondere der von Adenauer geprägten, in der Regierungsverantwortung stehenden CDU zu verdanken, aber auch Kurt Schumachers SPD, die gleichsam die parlamentarische Opposition erfand, die es derart in Deutschland zuvor nicht gegeben hatte, und aus dieser Position heraus den jungen Staat ebenfalls prägte.²²

Vor diesem Hintergrund ist Adenauers bekanntes Diktum zu verstehen, Bismarck sei ein großer Außenpolitiker, aber ein sehr schlechter Innenpolitiker gewesen. Es bezog sich nicht zuletzt darauf, dass der Reichskanzler durch die Stigmatisierung des politischen Katholizismus und der Sozialdemokratie die Ausprägung großer, staatstragender Volksparteien um ein Dreivierteljahrhundert verzögert habe. Ohne Kulturkampf und Sozialistengesetze hätte sich das deutsche Parteiwesen nach Adenauers Vorstellung ganz anders entwickelt. Anstelle der verschiedenen strukturell nicht mehrheitsfähigen Milieuparteien wäre aus den beiden Hauptströmungen des Liberalismus und des Konservatismus – wie in Großbritannien – ein Zwei-Parteien-System entstanden: mit einer liberalen Mehrheit im Westen und einem konservativen Schwerpunkt im Osten jenseits der Elbe.²³

Helmut Kohls große Leistung für die innere Entwicklung des wiedervereinigten Deutschland bestand darin, die parlamentarische Demokratie westlicher Prägung, die mit den dazu gehörenden Institutionen seit 1949 in der Bundesrepublik Wurzeln geschlagen hatte, nach 1990 auch im deutschen Osten etabliert zu haben, nicht zuletzt indem er die Parteiendemokratie auf die untergehende DDR ausdehnte. Kohl hat das nicht im Alleingang bewirkt, aber daran doch einen stärkeren individuellen Anteil gehabt als jeder andere Politiker.

22 | Vgl. Dominik Geppert: *Die Ära Adenauer*. 3. Aufl. Darmstadt 2012, S. 28.

23 | Vgl. hierzu auch: Corinna Franz: „Ein großer Außenpolitiker, aber ein sehr schlechter Innenpolitiker“. Otto von Bismarck im Urteil Konrad Adenauers, in: Ulrich Lappenküper (Hg.): *Otto von Bismarck im Urteil deutscher Bundeskanzler*. Friedrichsruh 2009, S. 9–30, hier S. 19.

Ausschlaggebend war seine Entscheidung vom Januar 1990, mit Blick auf den anstehenden Volkskammer-Wahlkampf ein Bündnis mit der alten Blockpartei Ost-CDU einzugehen und sich nicht auf die Zusammenarbeit mit den neuen Kräften des Demokratischen Aufbruchs und der Deutschen Sozialen Union zu beschränken. Die ‚Allianz für Deutschland‘ zog mit Kohl als „Wahllokomotive“ und „Kanzler der Einheit“, auf den der gesamte Wahlkampf zugeschnitten wurde, in die anstehenden Märzahlen.²⁴ Ähnlich wie 1949 erzielte die Union einen überraschenden Wahlsieg – mit dem Unterschied, dass die ‚Allianz für Deutschland‘ im Frühjahr 1990 jene Große Koalition einging, gegen die sich Adenauer 1949 entschieden hatte, und dass Kohl als Verkörperung politischen Wandels und marktwirtschaftlicher Verheißung sozusagen Adenauer und Erhard in seiner Person vereinigte.

Die Wirtschaftsordnung

Vergleicht man die wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen, mit denen die politischen Gründungsakte 1866/1871, 1949 und 1990 flankiert wurden, so fällt zunächst einmal auf, wie sehr sich alle drei Kanzler der Einheit, die ja nicht gerade für ihre marktwirtschaftliche Überzeugungstreue bekannt sind, als Verfechter wirtschaftsliberaler Lösungen erwiesen. Bismarck stützte sich in dem Jahrzehnt zwischen 1867 und 1876 auf die Fachkenntnis und das administrative Geschick von Rudolf Delbrück, der zunächst als Präsident des Bundeskanzleramtes und seit 1871 dann des Reichskanzleramtes die Wirtschafts- und Handelspolitik bestimmte. Unter ihm wurden der preußische Staat und später das Deutsche Reich zu einer Triebkraft des wirtschaftlichen Liberalismus. Das galt ebenso für die gesetzliche Festschreibung des Prinzips der Freizügigkeit im gesamten Gebiet zunächst des Norddeutschen Bundes (1867) und später des Deutschen Reiches wie für die Vereinheitlichung des Maß- und Gewichtssystems (1868), für die Verabschiedung des Deutschen Handelsgesetzbuches und die Einrichtung eines obersten Handelsgerichts in Leipzig (1869), für die Einführung einer neuen Gewerbeordnung, die auf dem Prinzip der Gewerbefreiheit aufbaute (ebenefalls 1869), für die Schaffung einer einheitlichen Währung, der Mark (1871), und einer zentralen Notenbank, der Reichsbank (1875).²⁵

24 | Vgl. Andreas Rödder: *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*. München 2009, S. 218.

25 | Vgl. etwa Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie*. München 1992, S. 359–364.

Was Bismarck in seiner deftigen Sprache als „Verordnungsdurchfall“ bezeichnete, sorgte dabei innerhalb von wenigen Jahren nicht nur für die „nachträgliche Eroberung Norddeutschlands durch die preußische Wirtschaft“, sondern auch dafür, dass jetzt „die Idee der Selbstregulierung der Wirtschafts- und damit der Sozialordnung endgültig zum Prinzip erhoben wurde, der Staat also diesen Bereich weitgehend freigab“. Dadurch sahen sich die Gebiete außerhalb Preußens einer ökonomischen Roskur ausgesetzt und mit einem Stoß ins kalte Wasser einer kaum noch gebändigten Marktwirtschaft befördert, in der „jene rasch dominierten, die daran seit langem gewohnt waren“²⁶.

Auch Adenauer war Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre nicht der wirtschaftspolitische Mann der Mitte und Verfechter eines auf Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit bedachten rheinischen Kapitalismus, als der er im Rückblick häufig dargestellt wird. In den Monaten nach der Währungsreform vom Juni 1948 hat er den von den Amerikanern protegierten neoliberalen Ordnungspolitiker Ludwig Erhard samt dessen marktwirtschaftlichem Radikalprogramm in der Union durchgesetzt.²⁷ Die ‚Allianz Adenauer-Erhard‘ war dabei zunächst deutlich mehr als ein taktisch motiviertes Bündnis. Wirtschaftspolitisch war Adenauer damals in den Worten seines Biographen Hans-Peter Schwarz „so etwas wie der Rechtsaußen“ seiner Partei, der gegen die sozialistische Wirtschaftspolitik seines Konkurrenten Schumacher polemisierte, dem christlichen Sozialismus seiner eigenen Parteifreunde einen Riegel vorschieben wollte und sich mit dem Plan durchsetzte, den Wahlkampf 1949 unter die Alternative Marktwirtschaft oder Planwirtschaft zu stellen.²⁸

Diese Wahlmöglichkeit stellte sich 1990 nicht mehr. Die Systemfrage war durch die friedliche Revolution in der DDR – und mehr noch: durch die massenhafte Abwanderung aus Ostdeutschland – zugunsten der Marktwirtschaft entschieden. „Wenn wir verhindern wollten, daß die Leipziger zur D-Mark kommen“, formulierte Kohl im Rückblick, „dann mußte die D-Mark zu den Leipziguern kommen.“²⁹ Die Herausforderung bestand darin, einen möglichst geordneten Übergang zu organisieren,

26 | Gall: *Bismarck*, S. 394f.

27 | Vgl. Hans-Peter Schwarz: *Adenauer. Bd. 1: Der Aufstieg 1876–1952*. Stuttgart 1986, S. 602–604.

28 | Hans-Peter Schwarz: *Anmerkungen zu Adenauer*. München 2004, S. 53–55.

29 | Kohl: *Deutschlands Einheit*, S. 232.

der den Menschen in der DDR eine Perspektive bot, den Haushalt der Bundesregierung nicht über Gebühr belastete und langfristig die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West in Aussicht stellte.

Wie Bismarck und Adenauer entschied sich Kohl in dieser Situation für das Konzept einer ökonomischen Schocktherapie. Was für Bismarck die Wirtschaftsreformen der „Ära Delbrück“ nach 1867 waren und für Adenauer die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft – beginnend mit der Freigabe der Preise durch Erhard im Sommer 1948, das war für Kohl der sofortige Umbau der ostdeutschen Volkswirtschaft mit Hilfe einer auf einen Schlag herbeigeführten Wirtschafts- und Währungsunion schon im Sommer 1990. Er optierte damit gegen einen von SPD und Grünen geforderten mehrjährigen Prozess, in dem die DDR-Wirtschaft behutsam auf die Konkurrenz am Weltmarkt hätte vorbereitet werden sollen.³⁰ Ähnlich wie für Bismarck und Adenauer waren auch für Kohl letztlich politische Gründe für seine Entscheidung ausschlaggebend. Er sei sich bewusst gewesen, so Kohl später, dass eine schnelle Einführung der D-Mark in der DDR technisch machbar, aber mit ökonomischen Risiken verbunden sei. Dennoch sei sie „politisch zwingend geboten“ gewesen, weil es „um mehr ging als nur um eine kaufkräftige Währung, nämlich um gesellschaftliche und politische Reformen, um Freiheit und Menschenrechte“.³¹

Dabei waren weder Bismarck noch Adenauer oder Kohl marktwirtschaftliche Überzeugungstäter oder Anhänger eines ökonomischen *laisser-faire*. Ihnen ging es weniger ums Prinzip als um den praktischen Nutzen. Für Bismarck hatte in den 1860er Jahren bei der Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Norddeutschlands nicht zuletzt das Ziel vor Augen gestanden, das protektionistische Österreich auszugrenzen und auf diese Weise die kleindeutsche Lösung der nationalen Frage voranzutreiben.³² Adenauer war als Bundeskanzler bei der konkreten Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft, für die er 1949 mit Ludwig Erhard in den Wahlkampf gezogen war, stets auf sozialen Ausgleich

30 | Vgl. Robert Grünbaum: *Deutsche Einheit*. Opladen 2000, S. 94f.

31 | Kohl: *Deutschlands Einheit*, S. 232.

32 | Vgl. Theodor Schieder: *Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich* (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte 15). München 1990, S. 159; vgl. ausführlicher: Helmut Böhme: *Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit*. Köln u. a. S. 91–165.

bedacht, wie sich schon bei der Mitbestimmung 1951 und beim Lastenausgleich 1952 zeigte. Erhard hingegen tendierte als Wirtschaftsminister dazu, die Marktwirtschaft groß und das Soziale eher klein zu schreiben.³³

Helmut Kohl schließlich bewegte sich in den 1980er Jahren bei der Deregulierung der Märkte und der Privatisierung von Staatsbetrieben keinesfalls an der Spitze der westlichen Industriestaaten, sondern im Vergleich etwa zu den Vereinigten Staaten unter Ronald Reagan oder Großbritannien unter Margaret Thatcher eher als Nachzügler. Das lag nicht nur an den engen institutionellen Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Politik in der bundesdeutschen Konsensdemokratie zu operieren hatte, sondern auch an den politischen Präferenzen der Union als Sozialstaatspartei.³⁴ Er sei kein Anhänger der Marktwirtschaft, erklärte Kohl Ende der 1980er Jahre vor der Bundestagsfraktion seiner Partei, „sondern der sozialen Marktwirtschaft!“ Er glaube nicht an die Vorstellung des „Manchester-Liberalismus“, dass der Reichtum einer Gruppe „automatisch übergreift und immer weiter übergreift und dadurch die Schwachen hochzieht“.³⁵ Damit erwies er sich eher als Enkel Adenauers denn als Nachfolger Erhards, der genau in diesem Punkt stets das eigentlich „Soziale“ der Marktwirtschaft gesehen hatte. „Ich meine, dass der Markt an sich sozial ist“, pflegte er zu erklären, „nicht, dass er sozial gemacht werden muss.“³⁶

Zugleich sollte man sich davor hüten, die marktwirtschaftlichen Veränderungen der 1860er und 1870er wie der 1950er und 1990er Jahre im Rückblick zu reformerischen Selbstläufern zu verklären. In allen drei Fällen gab es erhebliche Akzeptanzschwierigkeiten in der Bevölkerung zu überwinden – nicht nur für die CDU bei den Landtags- und Bundestagswahlen in den neuen Bundesländern während der 1990er Jahre. Bismarcks liberale Wirtschaftspolitik fiel in den süddeutschen Ländern ebenfalls keineswegs sogleich auf fruchtbaren Boden. Im Frühjahr 1868 erlebte der preußische Ministerpräsident bei den Wah-

33 | *Zur zunehmend bitteren Auseinandersetzung der beiden siehe Daniel Koerfer: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer. Stuttgart 1988.*

34 | *Dominik Geppert: Beharrung im Wandel. Unionsdominierte Bundesregierungen, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren. Köln u. a. 2008, S. 57–76, hier S. 68.*

35 | *Zitiert nach Wirsching: Abschied, S. 338.*

36 | *Zitiert nach Alfred C. Mierzejewski: Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft. München 2005, S. 59.*

len zum sogenannten Zollparlament eine „böse Überraschung“.³⁷ Und auch am Beginn der Ära Adenauer blieb nach dem knappen Wahlsieg der bürgerlichen Parteien im August 1949 der wirtschaftspolitische Kurs anfangs umstritten – zumal bereits wenige Wochen nach der Wahl die ökonomische Aufbruchstimmung nachließ, die Produktionsziffern zunächst wieder rückläufig waren und die Arbeitslosigkeit in den Westzonen zwischenzeitlich von knapp 450.000 im Juni 1948 auf rund zwei Millionen im Januar 1950 anstieg.³⁸

Die Integration der alten Eliten

Wenn man heute mit Blick auf die Wiedervereinigung die Frage diskutiert, wie nach 1990 die alten Eliten in den gesamtdeutschen Staat integriert wurden, dann richtet sich die Aufmerksamkeit automatisch auf den Umgang mit dem geistigen wie personellen Erbe der Diktatur und den Vergleich der zweiten Vergangenheitsbewältigung mit der ersten nach 1945. Das ist eine richtige und wichtige Diskussion. Hier soll aber zunächst eine Vergleichsdimension aufgezeigt werden, die seltener ins Auge gefasst wird, die aber ebenfalls erhellend sein kann: nämlich zwischen der Situation nach 1871 und nach 1990.

Wenn man diese Perspektive einnimmt, geraten nicht die alten ostdeutschen Eliten in den Blick, sondern die westdeutschen, die nach 1990 die Geschicke der neuen Bundesrepublik ähnlich stark bestimmten wie die alten preußischen Eliten das Schicksal des Deutschen Reiches nach 1870/71. So stellten die preußischen Verwaltungsjuristen in den Ministerien am Tiergarten den größten staatlichen Verwaltungsapparat und die preußische Bürokratie blieb auch bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs größer als die Reichsadministration. Die preußischen Ministerien lieferten, jedenfalls während der Bismarckära, die entscheidende Expertise für Gesetzesinitiativen auch auf Reichsebene. Rein fachlich gesehen ist das Deutsche Reich mit der Dominanz der preußischen Verwaltung ähnlich gut gefahren wie die neuen Bundesländer mit dem Import administrativen Fachwissens aus der alten Bundesrepublik, denn der Apparat war gut geschult, arbeitete kundig und effizient.³⁹

37| Gall: *Bismarck*, S. 396.

38| Vgl. Geppert: *Ära Adenauer*, S. 62.

39| Stürmer: *Politische Kultur*, S. 39f.

Beim Militär verfuhr man in der Bismarckära allerdings anders als bei der Wiedervereinigung. Nach dem Ende der DDR wurde die Nationale Volksarmee aufgelöst. Zum 2. Oktober 1990 wurden alle Generale und Admirale sowie alle Politoffiziere entlassen beziehungsweise in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Diese Regelung traf außerdem alle Soldaten über 55 Jahre und alle weiblichen Armeeangehörigen mit Ausnahme der Offiziere des Sanitätsdienstes. Insgesamt übernahm die Bundeswehr schließlich von 50.000 Berufs- und Zeitsoldaten der NVA rund ein Fünftel.⁴⁰ 1864 und 1866 wurden zwar nach der Einverleibung von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt in das preußische Staatsgebiet auch die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften von deren Armeen ins preußische Heer eingegliedert. Ähnliches geschah nach der Gründung des Norddeutschen Bundes mit den Truppen der beiden Mecklenburgs, der thüringischen Staaten, Oldenburgs, Lippes, Schaumburg-Lippes, Waldecks, der Hansestädte und des Großherzogtums Hessen. Doch die königlich sächsische Armee blieb ebenso selbstständig wie nach 1871 die württembergischen und bayerischen Verbände.⁴¹

Entscheidend war aus Bismarcks Sicht, dass kein Reichskriegsministerium eingerichtet wurde, dass die preußische Armee direkt dem preußischen König unterstellt blieb, dass sie nicht in einem Reichsheer aufging und dass sie gegenüber den Militäreinrichtungen der süddeutschen Staaten ein deutliches Übergewicht behielt. Tatsächlich machte sie dann auch 1871 wie 1914 rund 75 Prozent des Reichsheeres aus. Außerdem war gemäß Artikel 61 der Reichsverfassung in ganz Deutschland „die gesammte Preußische Militairgesetzgebung einzuführen“ und der preußische König war als deutscher Kaiser nach Artikel 63 zugleich Oberbefehlshaber der Reichstruppen.⁴² Dadurch entstand in der zivilen Verwaltung wie beim Militär eine institutionelle Doppelstruktur in Preußen und dem Reich, für die es in der Bundesrepublik – zum Glück – keine Parallele gibt.

Zwar verwachsen preußische und deutsche Institutionen durch ein System der Personalunion zwischen Preußenministerien und Reichs-

40 | Vgl. Rödder: *Deutschland*, S. 346; Leonhard Nina: „Armee der Einheit“. *Zur Integration von NVA-Soldaten in die Bundeswehr*, in: Sven Bernhard Gareis/Paul Klein (Hg.): *Militär und Sozialwissenschaft*. 2. Aufl. Wiesbaden 2006, S. 65.

41 | Stahl: *Preußische Armee*; Clark: *Preußen*, S. 637.

42 | Zitiert nach Clark: *Preußen*, S. 637.

ämtern im Verlauf der Zeit immer stärker miteinander. Immer öfter dienten auch Nichtpreußen als Reichsbeamte oder gar als preußische Minister. 1914 besaß rund ein Viertel der Offiziere in der preußischen Armee nicht die preußische Staatsangehörigkeit. Auch wurde die spezifische kulturelle Identität Preußens mehr und mehr von der industriellen Massengesellschaft und dem Denken in den Kategorien des Nationalstaats überlagert. Was blieb, war der Militär- und Beamtenstaat. Preußen, so hat Michael Stürmer formuliert, überlebte den Nationalstaat nur in seinen Institutionen.⁴³ Hinzu kam die teilweise Fusionierung der Regierungs- und Repräsentationsorgane mit konservativen Agrarinteressen über das preußische Dreiklassenwahlrecht. Dieses Dreiklassenwahlrecht begünstigte die Verfestigung einer machtvollen ländlichen Lobby und erschwerte alle weit reichenden Reformen des Systems stark, wenn es sie nicht gar unmöglich machte. Auch in dieser Hinsicht lähmte sich das von Bismarck geschaffene System schließlich selbst.⁴⁴ Von anderer Art waren die Herausforderungen, die das Erbe der beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts mit sich brachte. Hier ging es nicht um Institutionen, sondern um Menschen und deren Mentalitäten. Um es zuzuspitzen: Während sich Preußen kulturell und mental nach 1871 allmählich auflöste und nur seine Institutionen überlebten, war es beim NS-Staat und der DDR umgekehrt. Ihre Institutionen waren 1945 beziehungsweise 1990 viel schneller verschwunden als die von ihnen geprägten Mentalitäten.

Dennoch gibt es auch gravierende Unterschiede zwischen der Integration der Mitläufer und Mittäter der NS-Herrschaft auf der einen und des SED-Regimes auf der anderen Seite. Man könnte argumentieren, in gewisser Hinsicht geschah sie gegenläufig: Die kleinen und großen Nazis mussten nach 1945 ihrer alten Ideologie abschwören, eine „klare Anpassungsleistung“ erbringen, wie Gerd Koenen formuliert hat, und durften politisch keine herausgehobene Rolle mehr spielen.⁴⁵ Dafür wurden sie rechtlich in der Regel rasch amnestiert und gesellschaftlich zügig rehabilitiert. Dass es Adenauer – nicht im Alleingang, aber doch auch ihm ganz persönlich – auf diese Weise gelang, Millionen von Anhängern des früheren Regimes in der neuen westdeutschen Demokratie zu verwurzeln, ist später auch von politischen Gegnern wie Willy

43 | Stürmer: *Politische Kultur*, S. 41.

44 | Vgl. Clark: *Preußen*, S. 640f.

45 | Zitiert nach Schwarz: *Anmerkungen*, S. 159, vgl. ebd. die dazugehörige Anm. 23.

Brandt als seine vielleicht größte innenpolitische Leistung gewürdigt worden.⁴⁶

Nach 1990 funktionierte das Verfahren, wie gesagt, eher umgekehrt – ohne dass Helmut Kohl an dieser Entwicklung einen besonders großen persönlichen Anteil gehabt hätte. Das politische Bekenntnis zum Kommunismus war jedenfalls zu keiner Zeit auch nur annähernd so diskreditiert wie dasjenige zum Nationalsozialismus. Die Staatspartei der DDR existiert unter verändertem Namen bis heute. Dafür wurde die DDR-Vergangenheit öffentlich viel rascher umfassend aufgearbeitet als das nach 1945 mit dem Nationalsozialismus geschehen war, der lange Zeit einem „vitalen Vergessen“ anheimfiel, wie Dolf Sternberger es genannt hat. Zugleich geschah der Elitenaustausch sehr viel gründlicher als nach 1945, schon aus dem einfachen Grund, dass mit den Westdeutschen gleich gut – und häufig besser – ausgebildeter Ersatz in einem Ausmaß zur Verfügung stand, wie es nach dem Ende der NS-Herrschaft nicht der Fall gewesen war. Etwa vierzig Prozent der ostdeutschen Spitzenpositionen wurden in den ersten fünf Jahren der deutschen Einheit mit Westdeutschen besetzt – „nach der Faustregel: je höher die Position, desto höher der Westanteil“.⁴⁷ Bei den Richtern etwa blieben nur knapp tausend von dreitausend aus der DDR-Zeit im Amt. Nach 1945 waren gerade in diesem Bereich die personellen Kontinuitäten viel größer.

Resümee

Nimmt man abschließend die drei hier untersuchten Bereiche – politisch-institutioneller Rahmen, Wirtschaftsordnung und Elitenintegration – noch einmal zusammen in den Blick, so lassen sich eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen den drei Kanzlern feststellen. Zunächst einmal waren die drei Umbruchzeiten, mit denen wir es zu tun haben, Stunden der Exekutive. Unter diesen außergewöhnlichen Umständen verfügten die Männer an der Spitze der Regierung über größere Handlungsmöglichkeiten als in normalen Zeiten. Sie vermochten es, bis zu einem gewissen Grad, ihren Ämtern und den sie umgebenden Strukturen den Stempel ihrer Persönlichkeit aufzudrücken. Sie konnten nicht nur außenpolitisch, sondern in bestimmtem Umfang auch im Innern

46 | Willy Brandt: *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*. Hamburg 1976, S. 60f.

47 | Rödder: *Deutschland*, S. 346.

das Tempo der Entwicklungen bestimmen, Richtungen vorgeben, Entscheidungen durchsetzen. Sowohl Bismarck als auch Adenauer und Kohl haben diese Chance mit einer Mischung aus robustem Machtinstinkt, geistiger Beweglichkeit, taktischer Flexibilität und realpolitischer Einsicht in das Machbare genutzt.

Alle drei erwiesen sich dabei als Konservative, die sich nicht gegen jede Veränderung stemmten, sondern bereit waren, den Tiger zu reiten: Bismarck, indem er im Dienste des Machtstaates und der eigenen Machtsicherung den preußischen Staat mit der Industriegesellschaft und dem nationalen Gedanken verband; Adenauer, der den Deutschen nach dem Scheitern des diktatorischen Führerstaates bewies, dass parlamentarische Demokratie und politische Führung keine Gegensätze sind und sowohl Stabilität als auch Prosperität hervorbringen können; und Kohl, der den vereinigten deutschen Nationalstaat in der Mitte Europas nicht nur den Nachbarn akzeptabel gemacht, sondern ihn auch im Inneren auf ein solides Fundament gestellt hat. Alle drei waren in der Lage, so hat Michael Stürmer einmal formuliert, „die äußeren und inneren Gestaltungsfragen zusammenzudenken und zu verfugen“.⁴⁸

Trotzdem endet jede politische Karriere im Scheitern. Das gilt auch für Bismarck, Adenauer und Kohl, die alle drei nicht freiwillig gingen. Der erste wurde von einem neuen, jungen Monarchen in die Wüste geschickt, der zweite von seiner Fraktion zum Rücktritt gedrängt, der dritte vom Wähler aufs Altenteil geschoben. Alle drei brachten keinen friedlich-einvernehmlichen Rückzug aus der Politik zustande, sondern verlebten beziehungsweise verleben die Jahre nach ihrem Abtritt unruhig, den vermeintlichen Zeitgeist skeptisch beäugend, dünnhäutig um die Wahrung ihres politischen Erbes bemüht, an den Talenten ihrer Nachfolger zweifelnd und sich weiter ins politische Tagesgeschäft einmischend. Die Mehrheit ihrer Zeitgenossen reagierte auf ihren Abgang mit einem Gefühl des Aufatmens und der Befreiung – und zwar, das ist für mein Thema wichtig, nicht so sehr wegen ihres außenpolitischen Erbes, das schon bald dogmatisiert und in den Stand der Unantastbarkeit erhoben wurde, sondern weil man ihnen im Innern nicht mehr zutraute, die drängenden Probleme der Zeit zu erkennen, geschweige denn zu lösen. Das Urteil der Historiker wird in dieser Hinsicht – zumindest im Falle Adenauers und Kohls – wohl freundlicher ausfallen.

48 | *Stürmer: Wem gehört Deutschland.*

Den Nachfolgern andere Probleme zu hinterlassen als man vorgefunden hat, ist kein Ausdruck des Scheiterns, sondern des politischen Erfolgs.

Die Einigung Deutschlands in der Publizistik

Frank Becker

Vorbemerkung

In der Geschichtswissenschaft hat es sich schon seit längerem eingebürgert, historische Ereignisse immer auch unter Einbeziehung ihrer zeitgenössischen öffentlichen Thematisierung zu untersuchen. Die „mediale Repräsentation“, wie der Fachbegriff lautet, erscheint einerseits wichtig, weil Medien ihrerseits Akteure im politisch-sozialen Geschehen sind, andererseits, weil in den Medien Deutungen des Geschehens entwickelt werden, die Rückschlüsse auf historische Wahrnehmungen, Stimmungen und Bewusstseinslagen ermöglichen.¹

Einen solchen Ansatz auf das Problem der deutschen Einheit anzuwenden, und dies mit Bezug auf drei verschiedene Ereigniszusammenhänge und Kanzlerpersönlichkeiten, wird sogleich den – berechtigten – Einwand provozieren, man versuche ein allzu weites Feld zu vermessen. Öffentliche Äußerungen zu den jeweiligen Einheitsbestrebungen gab es in unüberschaubarer Fülle. Je weiter wir uns der Gegenwart nähern, desto größer wird die Zahl der Medien und der Kommunikationskanäle, die sich für den einzelnen mit ihnen verbinden.

Diesem Problem kann man zum einen begegnen, indem man Eingrenzungen vornimmt; zum anderen, indem man Vergrößerungen akzeptiert. Beides muss und soll hier geschehen. Als Eingrenzung soll gelten, dass erstens nur die deutsche Publizistik behandelt und zweitens Öffentlichkeit mit Medienöffentlichkeit gleichgesetzt wird, also zum Beispiel die Versammlungsöffentlichkeit, die in der Politik bis zur Gegenwart eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt, unbeachtet bleibt. Vergrößerungen werden insofern hingenommen, als bei der Untersuchung der medialen Darstellung und Deutung von grundsätzlichen Tendenzen gesprochen, nicht aber versucht wird, die Analyse bis zum ein-

1 | *Hierzu neuerdings grundlegend Frank Bösch: Mediengeschichte. Vom asiatischen Buchdruck zum Fernsehen. Frankfurt/Main 2011.*

zelen Medium, etwa einer bestimmten Zeitung, oder bis zum einzelnen Publizisten herunterzubrechen. Bei diesem Versuch würde sich die Darstellung in ungezählten Differenzierungen verlieren. Stattdessen ist Mut zur Generalisierung, zur Thesenbildung gefragt.

1870/71 – Nationale Einigung mit militärischen Mitteln

Deshalb sollen am Anfang dieses Abschnitts sogleich zwei Thesen stehen, die durch die folgenden Ausführungen zu erhärten sind. Die erste These lautet: Der Kanzler der Einigung von 1870/71, Otto von Bismarck, spielte in der Publizistik – also in der öffentlichen Thematisierung der Reichsgründung – nicht im Entferntesten die Rolle, die seinem tatsächlichen Einfluss auf das Geschehen entsprochen hätte. Zugespielt formuliert: Der Produzent verschwand hinter seinem Produkt, der Regisseur hinter den Kulissen. Die zweite These bezieht sich auf den Zusammenhang von politischem Ereignis und öffentlicher Rede darüber. Keineswegs haben die Medien 1870/71 den Einigungsprozess nur darstellend und kommentierend begleitet; sie trugen auch selbst dazu bei, die Einheit Deutschlands herzustellen. Damit sind nicht nur entsprechende politische Forderungen gemeint, die von der Presse erhoben worden sind; auch in einer Propagandatätigkeit, wiewohl auch hiervon durchaus gesprochen werden kann, erschöpft sich das Wechselspiel nicht. Vielmehr machten die Medien die Nation als einen Kommunikationsraum bereits erfahrbar, bevor es im politischen Sinne überhaupt zur Einigung Deutschlands gekommen war. Insofern trat die Öffentlichkeit selbst als Mittel und Instrument zur Herstellung von nationaler Einheit in Erscheinung. Wie dies genau funktioniert hat, soll im weiteren Verlauf deutlich werden. Zunächst steht aber die Erörterung der ersten These an, die auf die Rolle Bismarcks in der Publizistik von 1870/71 abzielt.

Bismarck nahm vom ersten Tag an als Mitglied des Großen Hauptquartiers am Frankreichfeldzug teil. In seiner Begleitung befanden sich die wichtigsten Mitarbeiter des „mobilisierten Auswärtigen Amtes“, wie es leicht ironisch hieß.² Nach einigen Verlegungen des Hauptquartiers in-

2| Ernst Deuerlein (Hg.): *Die Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 in Augenzeugenberichten*. Düsseldorf 1970, S. 65. Siehe auch die Abbildungen, ebd., S. 112, und in Franz Herre: *Anno 70/71. Ein Krieg, ein Reich, ein Kaiser*. Köln u. a. 1970, S. 21.

folge des schnellen Vorrückens der deutschen Truppen in der Anfangsphase des Krieges setzte sich die deutsche Führungsspitze am 5. Oktober 1870 in Versailles fest, wo sie bis zur Kapitulation Frankreichs verblieb.³ Bismarck bezog dort mit seinen Mitarbeitern die Villa Jessé, Rue de Provence, deren Räume in improvisierte Büros umgewandelt wurden.⁴ Neben den Angestellten des Auswärtigen Amtes befanden sich in Bismarcks Umfeld auch einige Presseexperten. Dieser Abteilung, die von Moritz Busch geleitet wurde, hatte der Kanzler, wiederum mit leichter Ironie, die Bezeichnung „Litterarisches Büro“ verliehen.⁵ Politisch gehandelt wurde in Versailles, indem der elektrische Telegraf zur Versendung von Depeschen genutzt und indem über die Feldpost eine enorme Zahl von Briefen expediert wurde. Darüber hinaus wurden in Versailles in schneller Taktung Delegationen empfangen, wie Bismarck umgekehrt auch vom Hauptquartier aus seine Vertrauensleute in Marsch setzte.⁶

Weit davon entfernt, das politische Geschäft mit gebremster Energie zu betreiben, weil im Sommer 1870 die Waffen zu sprechen begonnen hatten, entfaltete Bismarck während des Krieges also ein Höchstmaß an diplomatischer Aktivität. Führt man sich die Aufgaben vor Augen, die er in den sieben Kriegsmonaten zu bewältigen hatte, kann dieses Engagement nicht überraschen: Die militärische Auseinandersetzung musste auf Deutschland und Frankreich beschränkt bleiben, das heißt andere europäische Mächte waren davon abzuhalten, in den Krieg einzutreten. Komplizierte Verhandlungen mit Russland etwa sorgten dafür, dass die beiden Kriegsgegner von 1864 und 1866, Dänemark und Österreich, durch Drohgebärden aus Sankt Petersburg daran gehindert wurden, die Chance zur Revanche zu nutzen. Nach der Niederlage Napoleons III. waren Kapitulations- und Friedensbedingungen zu regeln, ein Problem, das sich wieder neu stellte, als am 4. September 1870 die III. französische Republik ausgerufen wurde – auch auf deutscher Seite musste man sich erst einmal Klarheit darüber verschaffen, ob etwa die Annexion von Elsass-Lothringen mehr Gewinn als Verlust brin-

3| Vgl. zum Beispiel Deuerlein (Hg.): *Die Gründung des Deutschen Reiches*, S. 149f.

4| Herre: *Anno 70/71*, S. 32–34.

5| Hierzu ausführlich Moritz Busch: *Tagebuchblätter*. 3 Bde. Leipzig 1899.

6| Siehe etwa Deuerlein (Hg.): *Die Gründung des Deutschen Reiches*, S. 142, 173 und 207.

gen würde. Zuletzt – und dies war vielleicht die größte Schwierigkeit – waren die deutschen Länder südlich der Mainlinie dazu zu bewegen, der Gründung des Nationalstaats zuzustimmen und eine gemeinsame Verfassung nach dem Muster der Konstitution des Norddeutschen Bundes zu akzeptieren.⁷

Bismarck hatte also eine politische Herkulesaufgabe zu bewältigen, und er verfügte gleichzeitig über nicht unbedeutende Kommunikationsmittel. Das „Litterarische Büro“ bewies nicht nur einmal, wie stark es die deutsche Öffentlichkeit zu beeinflussen vermochte.⁸ Als in Bayern sowohl auf Seiten der Krone wie auch auf Seiten der Zweiten Kammer des Landtags Bedenken gegenüber dem Einigungsprozess laut wurden, gelang es Busch, in der bayerischen Presse eine pro-nationale Kampagne zu eröffnen, welche die politischen Entscheidungsträger unter Druck setzte – die gewünschte Stimmung wurde gleichsam herbei geschrieben.⁹ Über die Möglichkeiten hinaus, die ihm das „Litterarische Büro“ verschaffte, setzte Bismarck in der Schlussphase des Krieges durch, dass die aus dem Hauptquartier abgehenden, für die Öffentlichkeit bestimmten Depeschen zur militärischen Lage vorab über seinen Schreibtisch liefen. Der Kanzler hatte keine Hemmungen, diese von hohen Militärs unterschriebenen Depeschen zu redigieren, bevor er sie weiterleitete. Paul Bronsart von Schellendorff, Abteilungschef im Generalstab, bezeichnete dies in seinem Tagebuch als ein Vergehen, das jedem anderen als Bismarck eine Zuchthausstrafe eintragen würde.¹⁰

Die wichtige politische Rolle, die der Kanzler im Einigungsprozess spielte, und der große Einfluss, den er auf die Presse nehmen konnte, wecken gleichermaßen die Erwartung, er müsste in der deutschen Öffentlichkeit als der Demiurg des werdenden Deutschland gefeiert worden sein. Eine genauere Untersuchung zeigt jedoch – um zur Ausgangsthese zurückzukommen –, dass dies eben nicht der Fall war. Selbstverständlich blieb Bismarck nicht gänzlich unerwähnt, aber er stand im Schatten anderer Personen: vor allem des Königs von Preußen Wilhelm I., des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, weiterer deutscher Fürsten und

7| *Ebd.*, S. 115–140; Lothar Gall: *Bismarck. Der weiße Revolutionär*. 5. Aufl. Frankfurt/Main u. a. 1981, S. 435–455.

8| *Zum Beispiel Deuerlein (Hg.): Die Gründung des Deutschen Reiches*, S. 55f.

9| *Ebd.*, S. 139f.

10| *Ebd.*, S. 313.

der wichtigsten Militärs.¹¹ Dass eine solche Zurücksetzung erfolgte, obwohl Bismarck während des Krieges entscheidende politische Fäden zog, und obwohl er genug Einfluss auf die Medien gehabt hätte, um diese Rolle großartig herauszustreichen, macht den gegenteiligen Befund besonders auffällig – und besonders erklärungsbedürftig. Einige mögliche Ursachen sollen benannt werden.

Um mit dem Naheliegenden zu beginnen: Viele Verhandlungen, die Bismarck während des Krieges führte, waren geheim, sie durften in der Öffentlichkeit allenfalls in Andeutungen thematisiert werden. Das Verschleiern des wirklichen Ausmaßes von Bismarcks Tätigkeit war in diesem Fall sogar ein Gebot der Staatsräson. Hieran lassen sich weitere Argumente anknüpfen, die vielleicht weniger stark in die Augen springen. Der Krieg war durch eine Aggression Frankreichs ausgelöst worden, darauf bestand man auf deutscher Seite, schließlich hatte der westliche Nachbar im Juli 1870 die Kriegserklärung ausgesprochen; Preußen und die anderen deutschen Länder setzten sich zur Wehr, im Zentrum ihres gesamten Handelns stand die militärische Zurückweisung eines regelrechten ‚Überfalls‘. Wäre sichtbar geworden, mit welcher strategischen Umsicht Bismarck von Beginn des Krieges an vorgegangen, um die deutsche Einheit zu bewerkstelligen, hätte diese Deutung des Geschehens an Überzeugungskraft verloren; wer von erster Minute an so weit reichend von den Ereignissen profitieren will, hat sie womöglich doch in entscheidendem Maße selbst auf den Weg gebracht. Die Deutung des Konflikts als Verteidigungskrieg war für die süddeutschen Länder, die unter dieser Voraussetzung an die Seite des Norddeutschen Bundes getreten waren, aber ebenso wichtig wie im Hinblick auf die europäische Öffentlichkeit, die anfangs mit der angegriffenen Partei sympathisierte.¹² Im deutschen Hauptquartier, wo man um die Wichtigkeit der Neutralität von Staaten wie Österreich und England wusste, hatte man sehr wohl auch die Presse dieser Länder im Blick, die durch die neuen Telegrafverbindungen in bisher nicht gekannter

11 | *Bismarck und Moltke vergleicht in diesem Sinne Gall: Bismarck, S. 443; für eine einzelne offiziöse preußische Zeitung stellt ähnliche Beobachtungen an Oliver Fischer: Von Königgrätz nach Sedan. Die amtlich-preussische Kriegsberichterstattung in der ‚Provinzial-Correspondenz‘ während der Kriege von 1866 und 1870/71, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 12 (2010), S. 85–100, hier S. 93 und 97.*

12 | *Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. II: Machtstaat vor der Demokratie. 2. Aufl. München 1993, S. 68f.*

Geschwindigkeit vom politischen und militärischen Geschehen Kenntnis erhielten.¹³

Aber auch ganz ohne Absicht der deutschen Führung veränderte die schlichte Tatsache, dass Krieg geführt wurde, die öffentliche Wahrnehmung. Oberster Kriegsherr war der König von Preußen, wichtigster Heerführer der Kronprinz Friedrich Wilhelm, Kommandant der III. Armee. Diesen Persönlichkeiten an der Spitze der Adelshierarchie war Bismarck, während des Krieges noch Graf, anschließend zum Fürsten erhoben, weit untergeordnet. Auch in der militärischen Rangordnung, die während des Krieges und durch den Krieg eine extreme Aufwertung erfuhr, sah sich der Kanzler zurückgesetzt, durfte er doch nur die bescheidene Uniform eines Reiterregiments der Landwehr tragen.¹⁴

Nicht, dass Bismarck es an Versuchen hätte fehlen lassen, auch auf das militärische Handeln stärkeren Einfluss zu gewinnen. Teilweise erzielte er dabei auch beachtliche Erfolge. Bekannt ist das Beispiel der Beschießung des belagerten Paris, die Moltke verhindern wollte, Bismarck aber aus außenpolitischen Gründen – um den Krieg zu beenden, bevor es zur Intervention einer dritten Macht kam –, nachdrücklich forderte, wofür er letztlich die Unterstützung des Königs erhielt.¹⁵ Solche faktischen Interventionen der Politik fanden aber nur einen geringen publizistischen Widerhall. Für die Öffentlichkeit spielte zwischen Juli 1870 und Januar 1871 das Militär die entscheidende Rolle; nachdem Deutschland von Frankreich angegriffen worden war, wuchs dem Krieg die Rolle des Motors der nationalen Einigung zu.¹⁶

13] Deuerlein (Hg.): *Die Gründung des Deutschen Reiches*, S. 145.

14] *Ebd.*, S. 67; Gall: *Bismarck*, S. 443. Vgl. auch die Abbildung in Herre: *Anno 70/71*, S. 28, und die Ausführungen *ebd.*, S. 35. Allgemein zuletzt Karina Urbach: *Bismarck: Ein Amateur in Uniform?*, in: Dies./Brendan Simms (Hg.): *Die Rückkehr der „großen Männer“. Staatsmänner im Krieg. Ein deutsch-britischer Vergleich 1740–1945*. Berlin 2010, S. 87–96. – *Bismarck beklagte sich auch selbst verschiedentlich über den seiner Ansicht nach zu geringen Einfluss, den er auf militärische Entscheidungen hatte*. Vgl. Deuerlein (Hg.): *Die Gründung des Deutschen Reiches*, S. 213–216.

15] Gall: *Bismarck*, S. 441f.; Christoph V. Albrecht: *Die Sachlogik des preußischen Generalstabs unter Moltke dem Älteren*, in: Patrick Bahners/Gerd Roellecke (Hg.): *Preußische Stile. Ein Staat als Kunststück*. Stuttgart 2001, S. 364–379, hier S. 366.

16] Frank Becker: *Bilder von Krieg und Nation. Die Einigungskriege in der bürgerlichen Öffentlichkeit Deutschlands 1864–1913*. München 2001, S. 321–341.

Auch in der Erinnerungskultur von Krieg und Einigung musste sich Bismarck lange mit einer Nebenrolle begnügen. Er firmierte dort als Berater des Herrschers, im Sinne jenes Modells, das schon auf den aufgeklärten Absolutismus des 18. Jahrhunderts zurückgeht. Diese Rolle war durchaus ehrenvoll, hatte aber nur dienenden Charakter. Auch musste der Kanzler sie sich mit anderen teilen, vor allem mit Militärpersonen, auf die es – zumindest bei oberflächlicher Betrachtung – in der Situation des Krieges in höherem Maße angekommen war. Insbesondere Moltke, dem Chef des Generalstabs, wuchs der Nimbus eines genialen Schlachtenlenkers zu. Dass der König seiner Expertise vertraute – und der Expertise des dritten im Bunde der Paladine, des Kriegsministers Roon, der für die Heeresreform der frühen 1860er Jahre verantwortlich gewesen war –, bildete die Grundlage aller militärischen Erfolge.¹⁷ Erst nach seinem Tod im Jahre 1898 löste sich der Kanzler in vielen Darstellungen des nationalen Einigungsprozesses von seinem Dienstherrn – so etwa in der Deutung der Bismarckturmbewegung oder des Hamburger Bismarckdenkmals, die den Eisernen Kanzler zum maßgeblichen Begründer des Deutschen Reiches stilisierten.¹⁸

Kommen wir zur zweiten These: Die Medien haben den Einigungsprozess nicht nur darstellend und kommentierend begleitet, sondern trugen selbst dazu bei, die Einheit Deutschlands herzustellen. Die Richtung, in welche diese These zielt, ist oben schon durch die Schilderung bestimmter Vorgänge in Bayern angedeutet worden. Einige Zeitungen schrieben eine pro-deutsche Stimmung herbei, die in solchem Maß anfangs gar nicht vorhanden war. Die entstehende nationale Orientierung wurde also durch ihre öffentliche Thematisierung verstärkt – es kam zu einer positiven Rückkopplung. Ähnliche Prozesse lassen sich für ganz Deutschland feststellen, und sie ereigneten sich zumeist, ohne dass Bismarcks „Litterarisches Büro“ nachhelfen musste. Die veröffentlichte Meinung verfuhr dabei nach einem einfachen Schema: Der Krieg wurde als das alles überragende Geschehen hingestellt, das den kollektiven Schulterschluss der Deutschen herbeiführte. Angesichts der Bedrohung

17| *Ebd.*, S. 346f. und 458–462.

18| Frank Becker: *Kaiser-Wilhelm-Denkmal und Bismarck-Säule: Denkmalkonkurrenz an der Porta Westfalica*, in: *Westfälische Zeitschrift. Zeitschrift für Vaterländische Geschichte und Altertumskunde* 149 (1999), S. 423–439, hier S. 425–428; Jörg Schilling: „Distanz halten“. *Das Hamburger Bismarckdenkmal und die Monumentalität der Moderne*. Göttingen 2006.

durch den äußeren Feind verloren alle internen Konflikte ihre Relevanz, ja ihre Berechtigung.¹⁹

So nahm die nationale Presse bereits vor Beginn der eigentlichen Kampfhandlungen die Mainlinie ins Visier, die traditionell die Spaltung Deutschlands in einen preußisch dominierten und einen auf seine Eigenständigkeit pochenden, teils auch an Österreich oder Frankreich angelehnten Teil markiert hatte. Schon die Mobilmachung, die von den zuständigen militärischen Stellen durch Befehle und Anordnungen, bezogen auf die gewöhnlichen Soldaten durch Einberufungsbefehle organisiert wurde, erfuhr eine Stilisierung zur regelrechten ‚Erhebung der Massen‘. Die Nation bewaffnete sich, um einen frevelhaften feindlichen Angriff abzuwehren.²⁰ Staatlichen Zwangs hätte es gar nicht bedurft; wie es der nationale Bellizismus des 19. Jahrhunderts forderte, waren alle wehrfähigen Männer bereit, aus eigenem Antrieb für das Wohl ihres Vaterlandes in die Schranken zu treten.²¹ Dies galt für Deutsche aus sämtlichen Regionen und Einzelstaaten, die sich in der Darstellung der nationalen Presse freudig am Rhein versammelten, um gemeinsam Deutschlands Strom zu schützen. Als die Kampfhandlungen begannen, war schnell vom gemeinsam vergossenen Blut die Rede, das den Kitt der nationalen Einheit bilde. Die verbündeten Armeen nahmen die politische Einheit Deutschlands vorweg, die erst Anfang 1871 mit der Kaiserproklamation in Versailles und der Zustimmung Bayerns endgültig realisiert wurde.²²

19 | *Als Studien, die sich in den letzten Jahren der öffentlichen Darstellung und Deutung der Einigungskriege gewidmet haben, sind zu nennen: Becker: Bilder von Krieg und Nation; Nikolaus Buschmann: Einkreisung und Waffenbruderschaft. Die öffentliche Deutung von Krieg und Nation in Deutschland 1850–1871. Göttingen 2003; Christian Rak: Krieg, Nation und Konfession. Die Erfahrung des deutsch-französischen Krieges von 1870/71. Paderborn 2004; Heidi Mehrkens: Statuswechsel. Kriegserfahrung und nationale Wahrnehmung im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. Essen 2008; Michael Fischer/Christian Senkel/Klaus Tanner (Hg.): Reichsgründung 1871. Ereignis – Beschreibung – Inszenierung. Münster 2010.*

20 | *Die ‚Erhebung der Massen‘ spielte auf die französische ‚levée en masse‘ des Jahres 1793 an, brachte aber zusätzlich die Stärken deutscher Organisation zur Geltung, vgl. Wolfgang Kruse: Revolutionary France and the Meaning of Levée en masse, in: Roger Chickering/Stig Förster (Hg.): War in an Age of Revolution, 1775–1815. Cambridge, Mass. 2010, S. 298–312.*

21 | *Frank Becker: Strammstehen vor der Obrigkeit? Bürgerliche Wahrnehmung der Einigungskriege und Militarismus im Deutschen Kaiserreich, in: Historische Zeitschrift 277 (2003), S. 87–113, hier S. 96–102.*

22 | *Becker: Bilder von Krieg und Nation, S. 321–333.*

Einige der Gegenstimmen, die z. B. in Bayern laut wurden, gehörten überzeugten Katholiken wie Joseph Edmund Jörg, der mit der nationalen Einheit nicht nur den Verlust der Eigenständigkeit der Wittelsbachermonarchie, sondern auch ein Übergewicht des Protestantismus in Verbindung brachte.²³ Dies verweist auf eine zweite Konfliktlinie in Deutschland, die im Einigungsprozess überwunden werden musste – den Gegensatz zwischen den beiden großen christlichen Konfessionen. Die evangelische Bevölkerungsmehrheit, die auch in der Nationalbewegung dominierte, interpretierte die Einheit Deutschlands dabei in unterschiedlicher Weise. Zum einen gab es die Deutung des Krieges gegen das katholische Frankreich als eines Religionskrieges, in dem der Protestantismus siege und Deutschland zu einer Bastion dieses Bekenntnisses mache, wobei sich die katholische Minderheit gefälligst anzupassen habe – damit war im Prinzip die Konstellation des auf die Reichsgründung folgenden Kulturkampfes vorgezeichnet. Zum anderen wurde – in ungefähr gleicher Intensität – der konfessionelle Frieden im Zeichen des gemeinsam geführten Krieges ausgerufen; wer die nationale Einheit wolle, müsse zur Versöhnung bereit sein. Ebenso optierten auch die meisten Katholiken, für die klar war, dass ihre Konfession im neuen Nationalstaat nicht den Ton angeben würde. Man demonstrierte während des Krieges seine nationalen Empfindungen und damit seine Anpassungsbereitschaft, immer in der Hoffnung, dass es nach dem Friedensschluss keine Deutschen erster und zweiter Klasse geben möge.²⁴ In viel schärferer Form stellte sich dieses Problem auch für die jüdische Minderheit, die in ihren Presseerzeugnissen ebenfalls ein klares Bekenntnis zu Krieg und Reichsgründung ablegte, wohl in der Hoffnung, diese Haltung würde durch ein Mehr an Akzeptanz seitens der Deutschen christlicher Konfession honoriert.²⁵

23| Winfried Becker: *Mitteleuropavorstellungen deutscher Publizisten. Joseph Edmund Jörg und Friedrich Naumann*, in: Heinrich Oberreuter (Hg.): *Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden 2004, S. 281–294.

24| Frank Becker: *Konfessionelle Nationsbilder im Deutschen Kaiserreich*, in: Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hg.): *Nation und Religion in der deutschen Geschichte*. Frankfurt/Main 2001, S. 389–418, hier S. 389–407; Ders.: *Protestantische Euphorien. 1870/71, 1914 und 1933*, in: Manfred Gailus/Hartmut Lehmann (Hg.): *Nationalprotestantische Mentalitäten in Deutschland (1870–1970)*. Konturen, Entwicklungslinien und Umbrüche eines Weltbildes. Göttingen 2005, S. 19–44, hier S. 25–30.

25| Christine G. Krüger: *„Sind wir denn nicht Brüder?“ Deutsche Juden im nationalen Krieg 1870/71*. Paderborn 2006, S. 100.

Neben dem Gegensatz der Regionen und dem Streit der Konfessionen bestand noch ein dritter Konfliktherd, der im Zeichen der nationalen Einheit zum Erkalten gebracht werden musste. Die deutsche Gesellschaft war noch nicht sonderlich politisiert, aber doch schon politisiert genug, um mehrere Lager aufzuweisen, die sich auf bestimmte soziale Schichten stützten und diese gegeneinander in Stellung brachten. Damit ist weniger an die Sozialdemokratie gedacht, welche die Arbeiterschaft zu mobilisieren begann, 1870/71 aber erst über geringen Einfluss verfügte.²⁶ Die Hauptkonfliktlinie verlief zwischen Liberalen und Konservativen, etwas vergrößert also zwischen Bürgertum und Adel. Viele Konservative waren der Ansicht, der Nationalstaat sei eine Erfindung der Liberalen; ihre Loyalität gehörte den jeweiligen Landesherren in den deutschen Teilstaaten. Bismarck, der im Einigungsprozess mit den Liberalen paktierte, schien damit schon fast ein Überläufer ins gegnerische Lager zu sein. Auch deshalb war es wichtig, in der Medialisierung des Krieges den König und die Armee so stark in den Vordergrund zu rücken; diese beiden Größen konnten die Loyalität der Aristokratie nach wie vor uneingeschränkt für sich beanspruchen. Letztlich war es nur die – kleinere – Gruppe der so genannten „Freikonservativen“, im Reichstag als „Deutsche Reichspartei“ firmierend, die Bismarcks Kurs vorbehaltlos unterstützte. Die Mehrheit der (Alt-)Konservativen verharrte noch einige Zeit in skeptischer Distanz, bis sie sich in der zweiten Hälfte der 1870er Jahren ebenfalls eindeutig zum Nationalstaat bekannte.²⁷

Für das bürgerlich-liberale Lager schien die Einschätzung der Lage zunächst unstrittig zu sein: Die nationale Einigung war das wichtigste politische Ziel, und Bismarck verwirklichte es. Der zweite Blick offenbart aber auch hier Konfliktpotenzial. Die alten Eliten hatten das politische Heft in der Hand, und ins Feld rückte eine Armee, die – was den preußischen Löwenanteil betraf – gerade in der Heeresreform mit der Zu-

26 | Heinz Beike: *Die deutsche Arbeiterbewegung und der Krieg von 1870/1871*. Berlin 1957; Andrew Bonnell: *Between Internationalism, Nationalism and Particularism: German Social Democrats and the War of 1870–71*, in: *Australian Journal of Politics and History* (38) 1992, S. 375–385.

27 | Hans-Ulrich Wehler: *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*. 5. Aufl. Göttingen 1983, S. 85; Karl Rohe: *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt/Main 1992, S. 68f.; Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866–1918*. Bd. II, S. 337.

rückstufung der Landwehren an bürgerlicher Prägung verloren hatte. War dieser politischen Führung, war diesen Streitkräften zu trauen? Schon in den Kriegen gegen Dänemark 1864 und gegen Österreich 1866 war die Nationalbewegung von Bismarck zunächst düpiert worden. Wer garantierte, dass es nicht 1870 ähnlich kommen würde? Wieder trugen Konstruktionsleistungen der Medien entscheidend dazu bei, die Bedenken einer wichtigen Bevölkerungsgruppe zu zerstreuen und stattdessen eine vollständige Identifikation mit den Ereignissen und den Entscheidungsträgern herbeizuführen.

Dies geschah nicht nur insofern, als der Krieg, wie oben ausgeführt, von vornherein konsequent als Nationalkrieg dargestellt wurde, der die Deutschen aller Regionen vereinte und in der Armee die Nation quasi schon vorweg genommen sah. Auch das Zusammenspiel von Adel und Bürgertum wurde in einer Weise interpretiert, die auf liberaler Seite keine Wünsche offen ließ. Die allgemeine Wehrpflicht als Grundlage der preußisch-deutschen Heeresverfassung, so wollten es die zeitgenössischen Pressekommentare, öffnete die Streitkräfte für die bürgerlichen Schichten und sorgte dafür, dass bürgerliche Fähigkeiten, aber auch bürgerliche Interessen im Krieg zur Geltung kamen.²⁸ Manche Beobachter verstiegen sich dazu, das bürgerliche Bildungswissen zur entscheidenden Ursache der eigenen Siege zu erklären – der preußische Schulmeister, hieß es schon nach dem Krieg von 1866, sei der eigentliche Sieger von Königgrätz gewesen.²⁹ Und das Zusammenwirken auf dem Kriegsschauplatz stellte sich keineswegs so dar, dass sich der bürgerliche Untertan dem Adel blind unterwerfen musste. Vielmehr legte die öffentliche Kriegsdeutung Wert darauf, adelige Führung und bürgerliche Teilhabe in einem geglückten Wechselspiel miteinander verbunden zu sehen: Die Offizierselite sorgte für eine perfekte Organisation, die nur als zentrale Lenkung von oben so reibungslos funktionieren konnte, und der mitdenkende bürgerliche Wehrpflichtige, der sich nicht unter-, sondern einordnete, war für die Umsetzung zuständig. Die bürgerliche Idee der Nationalbewaffnung entwickelte sich damit zu einer gelungenen Synthese mit dem aristokratischen Konzept militäri-

28 | Becker: *Bilder von Krieg und Nation*, S. 350–366.

29 | Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3: Von der „deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges (1849–1914)*. 2. Aufl. München 2006, S. 397f.

scher Professionalität weiter.³⁰ Moltke, der als Generalstabschef den Kopf der preußisch-deutschen Truppen bildete, wurde in diesem Sinne zu einer Symbolfigur: In der Publizistik zum „Professor in Uniform“ stilisiert, verband er das bürgerliche Ideal wissenschaftlicher Gelehrsamkeit mit militärischer Führungskompetenz.³¹ Nicht selten waren Kommentare, die dieses Zusammenspiel, das sich an der Wiege der nationalen Einigung bewährte, auch zum Strukturprinzip des neuen Staates machen wollten: Die Konstitutionelle Monarchie mit dem Allgemeinen Wahlrecht schien das politische Pendant zur adelig geführten Armee mit der Allgemeinen Wehrpflicht zu sein.³²

Das Gros der Medien propagierte solche Deutungen, die alle internen Konflikte, welche der nationalen Einigung im Wege stehen könnten, als gelöst oder jedenfalls leicht lösbar bezeichneten. Nur wenige Gegenstimmen von der demokratischen Linken oder aus dem ultramontanen katholischen Lager meldeten Zweifel an, wurden aber schnell überhört.³³ Insofern leistete die Deutungsarbeit der Medien unzweifelhaft der Einigung Vorschub. Darin erschöpfte sich der Beitrag der Öffentlichkeit aber noch nicht. Zugespitzt formuliert: Diese förderte die Einigung nicht nur, sondern nahm sie gleichsam in eigener Gestalt vorweg. So schufen Medienereignisse Formen der Vergemeinschaftung, die das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit stärkten. Bismarcks Emser Depesche beleidigte erst in zweiter Linie den Nationalstolz der Franzosen, in erster Linie stellte sie dar, dass der König von Preußen durch den französischen Botschafter Benedetti in Bad Ems beleidigt worden sei. In Preußen, ja in ganz Deutschland reagierten viele Menschen hierauf mit Empörung: Sie fühlten sich durch den Angriff auf das Staatsoberhaupt in eigener Person beleidigt – die Ehre des Fürsten wandelte sich zur Ehre der Nation. Dies konnte nur geschehen, weil die Menschen durch Zeitungen von den Ereignissen erfuhren; erst die Presse machte die Verletzung der Nationalehre erfahrbar, ja konstruierte diese Natio-

30 | Frank Becker: *Synthetischer Militarismus. Die Einigungskriege und der Stellenwert des Militärischen in der deutschen Gesellschaft*, in: Michael Epkenhans/Gerhard P. Groß (Hg.): *Das Militär und der Aufbruch in die Moderne 1860 bis 1890. Armeen, Marinen und der Wandel von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Europa, den USA sowie Japan*. München 2003, S. 125–141, hier S. 128–131.

31 | Becker: *Bilder von Krieg und Nation*, S. 347–350.

32 | Becker: *Synthetischer Militarismus*, S. 131f.

33 | Karl-Georg Faber: *Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands von 1866 bis 1871*. Bd. 2. Düsseldorf 1963, S. 653.

nalehre überhaupt erst, die im Deutschland der Kleinstaaterei bisher allenfalls virtuellen Charakter besaß.³⁴

Als der Krieg erklärt war und die deutschen Truppen auszogen, sorgten die Medien für eine permanente Vergemeinschaftung von Armee und Heimat. In einem Nationalkrieg, in dem die bewaffnete Macht mit der Nation und ihren Interessen identisch sein sollte, war dies von eminenter Bedeutung. Sammelstellen überall in Deutschland und die Feldpost sorgten dafür, dass sich ständig ein nicht abreißender Strom von Zeitungen nach Frankreich ergoss. Dort erfuhren die deutschen Soldaten, was in der Heimat geschah, wo man seinerseits Zeitungsberichten entnahm, wie es den Landsleuten im Feindesland erging. Indem überall Zeitungen gelesen wurden, fand eine wechselseitige Perspektivübernahme statt, die das nationale Wir-Gefühl förderte.³⁵ Visuelle Darstellungen machten diesen medialen Effekt selbst wieder zum Thema und appellierten damit zusätzlich an ihre Rezipienten, in den einheitlichen nationalen Kommunikationsraum einzutreten.³⁶ Zumindest bis in den Herbst 1870 hinein konnte mit solchen und ähnlichen Methoden, natürlich auch im Zeichen der militärischen Erfolge, für eine gute Stimmung in der Heimat und bei den Streitkräften gesorgt werden. Mit dem Wintereinbruch wurde diese jedoch auf eine harte Belastungsprobe gestellt. Eine groß inszenierte Kriegsweihnacht wirkte der beginnenden Depression entgegen³⁷, bevor die französische Kapitulation Ende Januar 1871 das ersehnte Ende der Kampfhandlungen brachte.

Die Ära Adenauer: Einigung oder Spaltung?

Eine Untersuchung der Medialisierung der Deutschlandpolitik Adenauers steht vor dem Problem, dass sich diese Politik kaum auf ein einzelnes Großereignis hin zentrieren lässt. Fasst man Ereignisse, die auf den

34 | Becker: *Bilder von Krieg und Nation*, S. 295–306.

35 | Frank Becker: *Deutschland im Krieg von 1870/71 oder die mediale Inszenierung der nationalen Einheit*, in: Ute Daniel (Hg.): *Augenzeugen. Kriegsberichterstattung vom 18. zum 21. Jahrhundert*. Göttingen 2006, S. 68–86, hier S. 76–81.

36 | Frank Becker: *Bildberichterstattung zum Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 – eine Kultur der Identifikation*, in: Jörg Echternkamp/Wolfgang Schmidt/Thomas Vogel (Hg.): *Perspektiven der Militärgeschichte. Raum, Gewalt und Repräsentation in historischer Forschung und Bildung*. München 2010, S. 213–221 und 385–388 [Bildteil].

37 | Becker: *Bilder von Krieg und Nation*, S. 367–370.

Zusammenschluss der drei Westzonen und die (weitgehende) Wieder-
gewinnung der Souveränität dieses Staates hinwirken, als – wenn auch
unvollendete – Einigungspolitik auf, so hat man es mit vielen kleinen
Schritten zu tun, die allesamt, auch in der medialen Thematisierung,
mit spektakulären Ereignissen wie einer Nationalstaatsgründung im
Stile von 1870/71 oder einer Wiedervereinigung wie 1989/90 nicht im
Entferntesten zu vergleichen sind. Dasselbe gilt für die Geschehnisse,
die eine Einigung Gesamtdeutschlands als Möglichkeit am Horizont
aufscheinen ließen, sie aber letztlich doch nicht herbeiführten, wie etwa
die Stalin-Note von 1952. Trotzdem fanden in solchen Kontexten selbst-
verständlich nicht geringfügige öffentliche Debatten statt, die Adenau-
ers Einigungspolitik, oder möglicherweise deren Gegenteil, zum Thema
machten.

Damit ist bereits die Brücke zu einem weiteren Problem geschlagen.
Die Einschätzung, Adenauer sei ein „Kanzler der Einheit“, wurde von
vielen seiner Zeitgenossen nicht geteilt. Manche sahen in ihm sogar
den „Spalter“ der Nation, der einen zwar verkleinerten, aber eindeutig
westlich orientierten Staat nach dem Muster des napoleonischen
„Rheinbundes“ einer gesamtdeutschen Lösung vorziehe.³⁸ Sogar von
einem Ressentiment des Rheinländers Adenauer gegenüber dem
Deutschland östlich der Elbe wurde gesprochen, das es ihm leicht ma-
che, den östlichen Teil des Landes de facto mehr und mehr abzuschrei-
ben. Adenauers Beteuerungen, sein Ziel sei weiterhin die Einheit der
gesamten Nation, wurde als politische Rhetorik abgetan, die notwendig
war, um national gesinnte Kreise an die CDU zu binden. Dabei hatte
Adenauer nicht einmal in der bürgerlich-konservativen Presse verläss-
lichen Rückhalt. Zwischen 1951 und 1955 lag der Kanzler im Streit mit
der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, deren Autor Paul Sethe die
Deutschlandpolitik der Regierung scharf kritisierte³⁹; in der „Welt“ mo-
kierte sich Chefredakteur Hans Zehrer regelmäßig über die vermeint-
liche Verletzung nationaler Interessen⁴⁰. All dies veranlasste Adenauer
zu der bekannten Äußerung aus dem Frühjahr 1956, es gebe keine

38 | Alexander Gallus: *Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutsch-
land zwischen Ost und West 1945–1990*. Düsseldorf 2001, S. 116.

39 | Johannes J. Hoffmann: *Adenauer: „Vorsicht und keine Indiskretionen!“
Zur Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung
1949–1955*. Diss. Göttingen 1992, S. 42–44.

40 | Friedrich J. Bröder: *Presse und Politik. Demokratie und Gesellschaft im
Spiegel politischer Kommentare der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“,
der „Welt“ und der „Süddeutschen Zeitung“*. Erlangen 1976, S. 169.

große Zeitung, welche die Politik der CDU unterstütze, sogar die „Welt“ sei ein sozialistisches Blatt.⁴¹

Bekanntlich war Adenauers eigene Sichtweise seiner Deutschlandpolitik eine völlig andere. Er unterschied zwischen einer ‚richtigen‘ und einer ‚falschen‘ Einheit Deutschlands. ‚Richtig‘ und mithin erstrebenswert war die Einheit dann, wenn sie sich mit Freiheit und Demokratie verband. Dies war nur im Verbund mit dem Westen durchsetzbar. Der freiheitlich-demokratische Teil des Landes musste sich also in den Westen integrieren – und hoffen, der von der Sowjetunion kontrollierte Teil könnte eines Tages nachfolgen. Die pluralistische, mehr und mehr auch wohlhabende Bundesrepublik würde also gleichsam wie ein Magnet wirken.⁴² Eine Einheit jedoch, die sich mit der Lösung der Bundesrepublik vom Westen verknüpft hätte, wäre insofern ‚falsch‘ gewesen, als sie sich mit dem hohen Risiko verbunden hätte, dass Deutschland insgesamt unter den Einfluss des Ostblocks geraten wäre und seine freiheitlich-demokratische Ordnung eingebüßt hätte. Adenauer wollte für die Einheit, und dies war auch die Position der westlichen Partner, nicht den Preis des Verlusts der Freiheit für alle Deutschen bezahlen.⁴³

Es gelang dem Kanzler nicht, seine Kritiker von der Richtigkeit – und Aufrichtigkeit – dieser Position zu überzeugen. Die hervorragenden Wahlergebnisse gerade in den 1950er Jahren verdankte Adenauer weniger seiner Deutschlandpolitik, als vielmehr der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Union im Zeichen des rasanten ökonomischen Aufschwungs. Die Achtung vor dem Kanzler als politischer Persönlichkeit beruhte primär auf seiner Erfahrung, seiner taktischen Schläue und Aufsehen erregenden Erfolgen wie der Rückholung der letzten rund 10.000 deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion im September 1955.⁴⁴ Unterdes gelang es in nationalpolitisch brisanten Fragen

41 | Hoffmann: Adenauer, S. 32.

42 | Gallus: Die Neutralisten, S. 116.

43 | Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus. Hg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. Adenauer Teegespräche 1950–1954. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters. 2. Aufl. Berlin 1985, S. 83f. und 99.

44 | Elisabeth Noelle-Neumann: Adenauer in der öffentlichen Meinung, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Nachdenken über Konrad Adenauer und seine Politik. Internationales wissenschaftliches Symposium am 27. April 1992 aus Anlass des 25. Todestages von Konrad Adenauer. Bonn u. a. 1993, S. 94–100, hier S. 99f.

immer wieder seinen Gegnern, die Öffentlichkeit zu mobilisieren und zumindest phasenweise die ‚Deutungshoheit‘ zu gewinnen. Die Diskussion um die Wiederbewaffnung mag hier als Beispiel fungieren.⁴⁵ Die Kritiker beherrschten das Feld, obwohl die Bundesregierung sogar eine regelrechte Werbekampagne für den NATO-Beitritt startete.⁴⁶

In der Vergangenheit wurde das vergleichsweise schlechte Abschneiden Adenauers in solchen öffentlichen Debatten mit einer grundsätzlich unzulänglichen PR-Leistung des Kanzlers und seiner Mitarbeiterstäbe begründet. Adenauer sei im persönlichen Auftreten spröde gewesen und der Umgang mit Journalisten habe ihm nicht gelegen; zudem sei er nicht imstande gewesen, die Wirkmächtigkeit des neuen Mediums Fernsehen rechtzeitig zu erkennen.⁴⁷ Darüber hinaus habe in Bonn in den Anfangsjahren der Bundesrepublik die Devise gegolten, man wolle keine ‚Goebbels-Methoden‘; die Arbeit der Regierung müsse nüchtern dargeboten werden und aus der Sache heraus überzeugen.⁴⁸

Die neuere Forschung hat das Bild vom ‚medienabstinenten‘ Adenauer gründlich revidiert. Der Kanzler hatte ein ausgeprägtes Bewusstsein von der Relevanz öffentlicher Erörterungen. Auch der Demoskopie wandte er früh seine Aufmerksamkeit zu, ließ sich von Meinungsforschern wie Elisabeth Noelle-Neumann beraten.⁴⁹ Im Kanzleramt baute Adenauer eine leistungsstarke Presseabteilung auf.⁵⁰ Willfähige Zeitungen und Zeitschriften wurden subventioniert.⁵¹ Persönlich engagierte sich Adenauer bei den „Teegesprächen“, zu denen er regelmäßig eine

45 | *Ebd.*, S. 98; vgl. auch Lars Rosumek: *Die Kanzler und die Medien. Acht Porträts von Adenauer bis Merkel*. Frankfurt/Main 2007, S. 56.

46 | Frank Andreas Buchwald: *Adenauers Informationspolitik und das Bundespresseamt 1952–1959. Strategien amtlicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Kanzlerdemokratie*. Diss. Mainz 1991, S. 59, 66 und 76; Hoffmann: *Adenauer*, S. 365–381.

47 | Gegen diese Sichtweise hat bereits argumentiert Buchwald: *Adenauers Informationspolitik*, S. 205. An einem Beispiel neuerdings auch Frank Bösch: „Keine Experimente“. Adenauer als alternder Staatsmann, in: Gerhard Paul (Hg.): *Das Jahrhundert der Bilder. Bd. II: 1949 bis heute*. Bonn 2008, S. 194–201.

48 | Rosumek: *Die Kanzler und die Medien*, S. 54.

49 | Noelle-Neumann: *Adenauer in der öffentlichen Meinung*, S. 96f.; Rosumek: *Die Kanzler und die Medien*, S. 74f.

50 | Buchwald: *Adenauers Informationspolitik*, S. 49 und 61; Hoffmann: *Adenauer*, S. 45–73.

51 | *Ebd.*, S. 203–231.

ausgewählte Schar von Journalisten einlud, um sie mit Hintergrundinformationen zu versorgen.⁵²

An einem Mangel an Engagement im Bereich der Publizistik kann es also nicht gelegen haben, wenn Adenauers Konzept der Wiederherstellung der nationalen Einheit außerhalb der Union so wenig Anklang fand und in Deutschland nie zu einer lagerübergreifenden Leitvorstellung wurde.⁵³ Sucht man nach anderen Ursachen, fällt zunächst der Umstand ins Auge, dass Adenauer trotz seines taktischen Geschicks ausgerechnet im Bereich der Deutschlandpolitik einige Male ein Verhalten an den Tag legte, das nur schwer vermittelbar war. Bei der Stalinnote von 1952 steht bis heute der Vorwurf im Raum, Adenauer habe nicht einmal den Versuch unternommen, das Angebot der Sowjetunion auf seine Glaubwürdigkeit hin zu überprüfen und gleichzeitig auszuloten, ob der Westen nicht noch günstigere Bedingungen würde durchsetzen können.⁵⁴ Als 1961 die Berliner Mauer gebaut wurde, unterließ es der Kanzler, sofort nach Berlin zu reisen, um seinen Protest vor Ort zu äußern und sich gleichzeitig demonstrativ mit den unmittelbar betroffenen Menschen zu solidarisieren. Die BILD-Zeitung titelte: „Der Westen tut nichts.“⁵⁵ Der gesamte Vorgang leitete Wasser auf die Mühlen all derer, die Adenauer ohnehin in der deutschen Frage eine laue Haltung unterstellten. Letztlich berühre es ihn wenig, mutmaßten Kritiker, wenn der Ostteil Deutschlands endgültig vom Westen abgeschnitten würde. Gewiss trugen auch diese Zusammenhänge dazu bei, dass die CDU bei der Bundestagswahl von 1961 vergleichsweise schlecht abschnitt.⁵⁶

52 | Rosumek: *Die Kanzler und die Medien*, S. 64ff.

53 | Gallus: *Die Neutralisten*, S. 46.

54 | So die Auffassung von Wilfried Loth: *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*. Berlin 1994; Ders.: *Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik*, Göttingen 2007. Vgl. allerdings auch die Gegenthese von Gerhard Wettig, *Stalin habe nur ein Scheinangebot unterbreitet, dem Adenauer – der überdies nicht direkt adressiert worden war – zu Recht mit großer Skepsis begegnet sei*. Zur Loth-Wettig-Debatte vgl. Jürgen Zarusky (Hg.): *Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen*. München 2002. Den Fortgang der Diskussion spiegelt auch Gerhard Wettig: *Stalin and the Cold War in Europe: The Emergence and Development of East-West Conflict*. Lanham 2007.

55 | Rosumek: *Die Kanzler und die Medien*, S. 86.

56 | *Ebd.*

Doch auch die nationalpolitisch brisanten Medienereignisse, die Adenauer keineswegs als einen überzeugenden „Kanzler der Einheit“ erscheinen ließen, erklären den oben formulierten Befund nicht hinreichend. Neben den Ereignissen, denen immer ein gewisses Maß an Kontingenz anhaftet, müssen auch strukturelle Gegebenheiten wirkmächtig gewesen sein. Das Konzept der nationalen Einigung aus einer Position der Stärke heraus, die es dem Westen ermöglichte, die Bedingungen des Vorgangs allein zu bestimmen, galt während der Kanzlerjahre Adenauers als weitgehend illusorisch.⁵⁷ Krisen wie die inneren Querelen nach Stalins Tod 1953 oder der Ungarnaufstand von 1956 änderten nichts daran, dass der Kommunismus weltweit auf dem Vormarsch blieb. Einmal erworbenes Territorium würde er nicht wieder hergeben, und schon gar nicht, ohne dabei Bedingungen zu stellen. Die Idee einer Wiedervereinigung nach westdeutschem Muster schien so maßlos optimistisch zu sein, dass der Verdacht aufkam, der Kanzler formuliere sie nur, um sich angesichts ihrer offenkundigen Nicht-Realisierbarkeit ganz auf den Aufbau der Bundesrepublik und ihre Integration in die westliche Welt konzentrieren zu können.

Adenauers Kanzlerschaft sollte schon fast ein Vierteljahrhundert zurückliegen, als Perestroika und Glasnost endgültig bewiesen, dass solche Vorwürfe zu kurz gegriffen hatten. Der Kanzler hatte vorausgesagt oder doch zumindest vorausgeahnt, was sich jetzt bestätigte – die Ostblockstaaten vermochten dem Tempo der industriellen Entwicklung nicht mehr zu folgen, gingen beim Wettrüsten in die Knie und verloren die Unterstützung ihrer Bevölkerungen. Erst Helmut Kohl, der sich generell gern zum politischen Enkel Adenauers erklärte, fand die Situation vor, die sein Mentor antizipiert hatte: ein sozialistischer Machtbereich, der kurz vor dem Kollaps stand. Unter diesen Umständen wurde durchsetzbar, was in den 1950er und 1960er Jahren von vielen Beobachtern noch für unmöglich erklärt worden war.

Dass Adenauers Politik die deutsche Einheit nach westlichem Muster, jene Form der Einheit also, die, als sie realisierbar schien, auch von der überragenden Mehrheit der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands so gewollt wurde, durch seine Politik vorbereitet hatte, wurde und wird

57| John Lukacs: *Adenauers Deutschland zwischen Ost und West*, in: *Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Nach-Denken*, S. 64–74, hier S. 71.

freilich in den Medien nur selten thematisiert. Zu weit liegt die Kanzlerschaft Adenauers zurück, zu sehr sind Ursachen und Wirkungen nur noch einer Minderheit vertraut. Ob sich Adenauer zumindest im Diskurs der Historiker als „Kanzler der Einheit“ etablieren kann, wird abzuwarten sein.

Die Wiedervereinigung von 1989/90

Im Gegensatz zu Adenauer, dem aus heutiger Sicht zwar bescheinigt werden kann, eine letztlich erfolgreiche, wenn auch langwierige Strategie zur Wiedervereinigung Deutschlands verfolgt zu haben, dem es aber nicht vergönnt war, diese ans Ziel gelangen zu sehen, ist Helmut Kohl ohne Zweifel und im vollen Wortsinn als ein „Kanzler der Einheit“ zu apostrophieren. Das rückt ihn im Hinblick auf die hier interessierende Fragestellung – bei allen verbleibenden Unterschieden – stärker an Bismarck heran als an Adenauer, obwohl er politisch oft in den Fußstapfen des Letzteren wandelte. Kohl stand aber wie Bismarck als maßgeblicher Akteur im Mittelpunkt eines tatsächlich erfolgenden Einigungsprozesses, der sich als dichte Ereignisfolge darstellte – wenn diese Ereignisfolge auch eine friedliche Revolution und keineswegs, wie rund hundertzwanzig Jahre zuvor, eine blutige militärische Auseinandersetzung gewesen ist.

Die Differenz in der öffentlichen Inszenierung dieser beiden Kanzlerfiguren springt sofort ins Auge. Von einem Zurücktreten hinter die Kulissen, wie bei Bismarck in den entscheidenden Monaten vor der Reichsgründung zu beobachten, konnte bei Kohl im Prozess der Wiedervereinigung keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Wiedervereinigung wurde in einem noch höheren Maße, als es der Rolle des Kanzlers im politischen System der Bundesrepublik ohnehin entsprochen hätte, mit der Person und Persönlichkeit Kohls identifiziert.

Wie erklärt sich dieser Befund? Erneut ist ein Blick auf den historischen Kontext hilfreich. Das infolge der Aufhebung der Teilung erwartete Erstarken Deutschlands rief sowohl im östlichen, als auch im westlichen Ausland Befürchtungen hervor. Ein Staat mit einer Bevölkerung von 80 Millionen Menschen würde das europäische Gleichgewicht aus den Angeln heben; möglicherweise bekämen es seine Nachbarn auf längere Sicht wieder mit einem nach Hegemonie strebenden Aggressor zu tun. Insofern stand fest: Die deutsche Einheit würde von den anderen Mächten nur akzeptiert werden, wenn ein unbedingtes Vertrauen in die fried-

lichen, an Freiheit und Demokratie orientieren Absichten der Bundesrepublik bestand. ‚Vertrauen‘, eine Haltung, in der Kognitives und Emotionales zusammenfließen, macht sich in der Politik aber häufig weniger an Abmachungen und Erklärungen, als an Persönlichkeiten fest. Auf deutscher Seite wurde eine Persönlichkeit benötigt, die imstande war, Vertrauen herzustellen und aufrecht zu erhalten. Schnell übernahm Kohl diese Rolle. Die Medien präsentierten ihn als ein Muster an Verlässlichkeit und Integrität.

Dieses positive Image war allerdings zunächst nicht unumstritten. Seit seinem Amtsantritt 1982 war es dem Kanzler – unter anderem wegen seines unerschütterlichen Festhaltens am NATO-Doppelbeschluss – im Ausland zugewachsen; in den bundesdeutschen Medien, sofern sie nicht ausgesprochen unionsnah waren, hatte er hingegen nicht viel Zuspruch geerntet. Vermeintliche Provinzialität und rhetorische Mängel waren teils sogar mit Häme quittiert, politische Ungeschicklichkeiten regelmäßig zu Skandalen aufgebauscht worden.⁵⁸ Im Sommer 1989 führte innerparteiliche Kritik fast zum Sturz des Kanzlers, dessen Tage an der Spitze der Regierung in den Augen vieler Medienvertreter bereits gezählt waren. Kohls Rede am Brandenburger Tor am 9. November 1989 markierte gleichsam den Wendepunkt.⁵⁹ Noch einmal spielte das Fernsehen dem Kanzler einen Streich, indem es die gellenden Pfiffe, mit denen ein Teil des Auditoriums seinem Unmut Luft machte, ungefiltert über den Äther gehen ließ.⁶⁰ Kübel von Spott ergossen sich über die Szene, in der Kohl, begleitet von Brandt, Genscher und Momper, mit rauher Stimme das Deutschlandlied sang. Dann aber setzte der Umschwung ein. Kohls Provinzialität wurde zu Bodenständigkeit umgedeutet, sein Mangel an Brillanz zum Ausdruck von solider, ehrlicher Überzeugung. Die Medien mussten nur kleine Stellschrauben neu justieren, um aus dem etwas tollpatschigen Pfälzer den Inbegriff einer Vertrauensperson zu machen.⁶¹

58 | Anja Besand: *Die Birne. Helmut Kohl in der Satire*, in: Gerhard Paul (Hg.): *Das Jahrhundert der Bilder. Bd. II: 1949 bis heute*. Bonn 2008, S. 516–523.

59 | Rosumek: *Die Kanzler und die Medien*, S. 157.

60 | Hanns Jürgen Küsters: *Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90*, Freiburg/Breisgau u. a. 2009, S. 76f.

61 | Rosumek: *Die Kanzler und die Medien*, S. 169f.

Schon das Treffen von Kohl und Gorbatschow im Juli 1990 im Kaukasus, für das sich die Bezeichnung „Strickjackenkonferenz“ eingebürgert hat, wurde in dieser Weise inszeniert. Die gänzlich unpräntentöse Form, in welcher der Kanzler mit dem Staatsoberhaupt der Sowjetunion verhandelte, schien der beste Garant für den Abbau aller Vorbehalte zu sein. Kohl vermochte eine geradezu familiäre Atmosphäre zu schaffen.⁶² Außenminister Genscher, der auch bei dieser Konferenz an der Seite des Kanzlers agierte, wurde seinem Dienstherrn dabei – in der Stilisierung der Medien – wie eine komplementäre Figur zugeordnet.⁶³ Stand Kohl für Impulsivität, spontanes Handeln und Entscheidungsfreudigkeit, so verkörperte Genscher Bedachtsamkeit und diplomatische Schläue.⁶⁴ Wo der eine in schwierigen Verhandlungen das Eis brach, goss der andere die Ergebnisse behutsam in konkrete Abmachungen um. In der DDR genossen beide Politiker besonderes Vertrauen. Kohl erwarb es sich in vielen Reisen und (Wahlkampf-)Reden, Genscher erhielt den Vertrauensvorschuss desjenigen, der selbst in Ostdeutschland aufgewachsen war.⁶⁵

So konnte der Kanzler erleben, dass die bundesdeutschen Medien im Prozess der Wiedervereinigung fast geschlossen hinter ihm standen.⁶⁶ Größeren Streit gab es nur noch einmal in der Frage der Oder-Neiße-Linie. Sogar das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, das ihn in den ersten sieben Jahren seiner Kanzlerschaft fast nur geschmäht hatte, vollzog unversehens einen Kurswechsel – „Glückwunsch Kanzler“, rief Rudolf Augstein aus.⁶⁷ Bei aller Relevanz solcher (gewandelten) Medienbilder darf freilich nicht übersehen werden, dass viel von dem Vertrauen, das Kohl einflößte, auch daher rührte, dass seine Politik der deutschen Ein-

62 | *Ebd.*, S. 174.

63 | *Angela Fischer: Entscheidungsprozeß zur deutschen Wiedervereinigung. Der außen- und deutschlandpolitische Entscheidungsprozeß der Koalitionsregierung Kohl/Genscher in den Schicksalsjahren 1989/90. Frankfurt/Main 1996, S. 99 und 104. Während Kohl die Freundschaft Gorbatschows gewann, besaß Genscher ein Vertrauensverhältnis zu dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse, der anfangs die Wiedervereinigung Deutschlands strikt ablehnte, vgl. ebd., S. 104.*

64 | *Ebd.*, S. 102.

65 | *Ebd.*, S. 103. *Zur großen Bedeutung von Politiker-Persönlichkeiten und ihren Beziehungen zueinander im Einigungsprozess auch Küsters: Das Ringen um die deutsche Einheit, S. 426f.*

66 | *Fischer: Entscheidungsprozeß zur deutschen Wiedervereinigung, S. 97–99.*

67 | *Der Spiegel, Nr. 30 vom 23. Juli 1990.*

heit fest mit einer Strategie der Einigung Europas verknüpft war. Damit schuf der Kanzler politische Fakten, die unmissverständlich klar machten, dass Deutschland keine Hegemonie in Europa anstrebte, sondern in Europa aufgehen wollte – in einem Europa, das möglichst allen Staaten jene Freiheitsrechte gewährte, von denen die Deutschen 1989/90 profitierten. Kohl war also „Kanzler der Einheit“ sogar in einem doppelten Sinn – für die Einheit Europas setzte er sich ebenso ein wie für die Einheit Deutschlands.⁶⁸

Für den Themenkreis, der oben mit der zweiten These zu Bismarck beschrieben wurde, bestehen viele Ähnlichkeiten zwischen 1870/71 und 1989/90. Auch bei der Wiedervereinigung nahmen Medien nicht nur kommentierend Stellung, sondern trugen dazu bei, Entwicklungen faktisch anzuschieben. Aufstandsbewegungen profitieren davon, wenn von ihnen berichtet wird, weil dies wieder andere ermutigt, sich der Rebellion anzuschließen.⁶⁹ So waren die bundesdeutschen Medien darauf bedacht, die Demonstrationen in der DDR kurz vor der Wende zu thematisieren.⁷⁰ Entscheidende Bedeutung kam dabei dem 9. Oktober 1989 zu. Die Leipziger Montagsdemonstrationen wurden vom SED-Regime zu diesem Zeitpunkt bereits als große Gefahr für die Stabilität des Landes eingestuft. Erich Honecker war entschlossen, die Demonstrationen zu unterdrücken. Er verstärkte die Sicherheitskräfte in Leipzig und ordnete an – in richtiger Erkenntnis der von den Medien ausgehenden Gefahr –, dass westliche Korrespondenten die Stadt nicht mehr betreten dürften. Dieses Verbot wurde allerdings unterlaufen. Roland Jahn, der 1983 in die Bundesrepublik abgeschoben worden war, seither beim Sender Freies Berlin arbeitete und sich als einer der ‚Sprecher‘ der DDR-Opposition im Westen verstand, sorgte dafür, dass zwei Männer aus Ost-Berlin in Leipzig filmten und diese Aufnahmen über die Grenze gelangten. Am Abend des 9. Oktober eröffnete die Tagesschau der ARD ihre Sendung mit zwar unscharfen, aber nicht weniger eindrucksvollen Bildern, welche die Protestzüge von ca. 70.000 Menschen zeigten. Nach diesem ‚Mediendesaster‘ wurde Honecker von der SED-Spitze zum Rücktritt gezwun-

68 | Rosumek: *Die Kanzler und die Medien*, S. 170.

69 | Monika Lindgens/Susanne Mahle: *Vom Medienboom zur Medienbarriere. Massenmedien und Bürgerbewegungen im gesellschaftlichen Umbruch der DDR und im vereinten Deutschland*, in: Rainer Bohn/Knut Hickethier/Eggo Müller (Hg.): *Mauer-Show. Das Ende der DDR, die deutsche Einheit und die Medien*. Berlin 1992, S. 95–112, hier S. 98f.

70 | Rainer Bohn/Knut Hickethier/Eggo Müller: *Einleitung*, in: *Dies.* (Hg.): *Mauer-Show*, S. 7–16, hier S. 7.

gen, ein wichtiges Glied in der Ereigniskette, die letztlich zur Maueröffnung und zum Zusammenbruch der DDR führte.⁷¹

Auch die Berichterstattung über die Botschaftsflüchtlinge in Prag, die ebenfalls anfangs vor allem via Westfernsehen zu den DDR-Bürgern gelangte, bildete ein solches Moment der positiven Rückkopplung im Vorfeld von friedlicher Revolution und Mauerfall. Die Regierung Krenz entschloss sich unter dem Eindruck dieser Wechselwirkungen zu einer neuen Medienstrategie: Das Staatsfernsehen schwierte die Proteste der DDR-Bürger nicht länger tot, sondern griff sie – in moderaten Formen – auf, um einen öffentlich geführten Dialog zwischen den Machthabern und der Opposition zu ermöglichen.⁷² Dieser Dialog wiederum sollte den Regimegegnern den Eindruck vermitteln, ihre Kritik werde ernst genommen und habe die Chance, praktische Folgen zu zeitigen. Auch sollte die Etablierung des eigenen Fernsehens als Forum für den politischen Streit den Einfluss der Westmedien schmälern – wenn die DDR-Kanäle die Opposition zu Wort kommen ließen, verringerte sich vermeintlich das Interesse, sich bei den Sendeanstalten der Bundesrepublik zu informieren. Hierbei überschätzte die Regierung Krenz allerdings den Einfluss deutlich, den das eigene Fernsehen noch nehmen konnte.

So zahlte sich diese ‚Umarmungsstrategie‘ für die Regierung Krenz politisch nicht mehr aus. Immerhin verschaffte sie aber dem Fernsehen der DDR ein verbessertes Image, das dafür sorgte, dass mancher Bürger der neuen Bundesländer dessen Niedergang 1990/91 mit Bedauern verfolgte. Was nach der Wende geschah, lässt sich ohnehin als eine Forcierung des Einigungsprozesses mit medienpolitischen Mitteln bezeichnen: Das Mediensystem der Bundesrepublik wurde dem Beitrittsgebiet mehr oder weniger übergestülpt.⁷³ Positiv formuliert, bedeutete

71 | Zu diesem Abschnitt Manfred Wilke: *Wer hat die deutsche Einheit herbeigeführt?*, in: Wolfgang Bergsdorf u. a. (Hg.): *Deutsche Einheit. Ein Projekt*. Erfurt u. a. 2008, S. 191–208, hier S. 198f.

72 | Knut Hickethier: *Das Zerschlagen der Einrichtung. Der Weg vom Staatsfernsehen der DDR zum Rundfunkföderalismus in den neuen Bundesländern*, in: Bohn/Hickethier/Müller (Hg.): *Mauer-Show*, S. 71–94, hier S. 73–75; Lindgens/Mahle: *Vom Medienboom zur Medienbarriere*, ebd., S. 95–112, hier S. 97.

73 | Vgl. die Beiträge und Quellen in Werner Claus (Hg.): *Medien-Wende – Wende-Medien? Dokumentation des Wandels im DDR-Journalismus Oktober '89 – Oktober '90*. Berlin 1991. Auch Bohn/Hickethier/Müller: *Einleitung*, S. 9, sowie Heinz Pürer/Johannes Raabe: *Presse in Deutschland*. 3. Aufl. Konstanz 2007, S. 211–235.

dies die Herstellung eines einheitlichen nationalen Kommunikationsraums, in dem sich alle Deutschen unter den Bedingungen freier Meinungsäußerung austauschen konnten und miteinander verbunden waren. Negativ formuliert, verloren die Ostdeutschen die Chance, ihre eigenen Medien in freiheitlich-pluralistischer Richtung weiterzuentwickeln, was möglicherweise der stärkeren Bewahrung einer eigenen Identität hätte zugute kommen können.⁷⁴ Der Streit über solche und ähnliche Fragen wird bekanntlich bis zur Gegenwart geführt.

Zusammenfassender Vergleich

Ein Vergleich der Rolle der Publizistik im Krieg von 1870/71, bei der Darstellung des deutschlandpolitischen Konzepts Adenauers und im Prozess der deutschen Wiedervereinigung 1989/90 wird natürlich durch die fundamentalen Unterschiede der Medienlandschaften und politischen Vorgänge – Krieg hier, Neuentstehen eines zerstörten Landes dort, zuletzt friedliche Revolution – extrem erschwert. Trotzdem hat die Untersuchung einige Besonderheiten und Gemeinsamkeiten der drei Einigungsprozesse und Kanzlerfiguren in der medialen Repräsentation herauschälen können.

Bei der Entstehung des deutschen Nationalstaats 1870/71 war die vergleichsweise unscheinbare Rolle spezifisch, die dem „Kanzler der Einheit“ in der öffentlichen Wahrnehmung zuerkannt wurde. Erst im Nachhinein wurde Bismarck zum maßgeblichen Reichsgründer stilisiert. Ansonsten erwies sich die eigene Akteursrolle der Medien bei der Herstellung der deutschen Einheit als wichtiger Faktor. In der Gestalt eines gemeinsamen Kommunikationsraums wurde die Nation von den Medien gleichsam vorweggenommen. Ähnliche Phänomene waren 1989/90 zu beobachten. So trugen die Berichte über die Leipziger Montagsdemonstrationen im Westfernsehen dazu bei, die Ereignisfolge, die zur Wiedervereinigung führte, in Gang zu setzen. Im Unterschied zu Bismarck freilich war Kohl ein „Kanzler der Einheit“, der auch zeitgenössisch in dieser Rolle gesehen wurde. Seine Persönlichkeit und deren hoch präsenten Medienbild unterstützten sogar faktisch den Einigungsprozess. Kohls Solidität und Authentizität zerstreuten die Bedenken vieler Skeptiker im In- und Ausland, und als Kanzler auch der europäischen Einheit garantierte er die Balance zwischen den nationalen Interessen Deutschlands und einer supranationalen politischen Ordnung. Das Image des Kanzlers trat in

74 | *Hickethier: Das Zerschlagen der Einrichtung, S. 77–86.*

eine Wechselwirkung mit den Ereignissen ein: Weil Kohl als unbedingt zuverlässig galt, konnte manche hohe politische Hürde genommen werden, und weil solche Erfolge zu verzeichnen waren, traten die ungünstigen Medienurteile zurück, die ihn vor 1989/90 begleitet hatten.

Ganz anders lagen die Dinge bei Adenauer: Ihm gelang es nicht, lagerübergreifend als „Kanzler der Einheit“ zu gelten. Die Schritte zur Zusammenführung der Westzonen und zum Gewinn einer (Teil-)Souveränität der Bundesrepublik, die er vollzog, wurden, da sie sich allesamt mit einer weiteren Verfestigung der Teilung Deutschlands verbanden, keineswegs als nationale Einigungspolitik verstanden. Adenauers Konzept, die deutsche Einheit nur in Verbindung mit dem für ganz Deutschland garantierten westlichen Gesellschaftsmodell zu wollen, überzeugte die breite Öffentlichkeit nicht, weil die bestehenden Machtverhältnisse es illusorisch erscheinen ließen. Kontemporär, so ließe sich in vergleichender Perspektive sagen, trat Adenauer in dieser Frage also ähnlich in den Hintergrund wie Bismarck. Während letzterer jedoch noch zu Lebzeiten die Würdigung seiner Politik erlebte, fuhr die Ernte von Adenauers Beharrlichkeit erst viele Jahre nach seinem Tod dessen ‚politischer Enkel‘ Kohl ein. Dass Kohl verwirklichte, was Adenauer als politisches Ziel vorgegeben hatte, ist in der bundesdeutschen Öffentlichkeit der Gegenwart allerdings kaum je ein Thema. Bis heute sind nur wenige Medienvertreter auf die Idee gekommen, in Adenauer einen „Kanzler der Einheit“ zu sehen.

Am Ende dieser Skizze soll eine Beobachtung stehen, die gewiss nicht für sich beanspruchen kann, den Rang einer weiteren These zu besitzen. Kritische Leser werden vielleicht eher von einer Schlusspointe sprechen. Trotzdem sollte die zu beschreibende Analogie nicht vorschnell ins Reich des Anekdotischen verbannt werden. Zu den spektakulärsten Medienereignissen im Kontext der Wiedervereinigung gehörte die fehlerhafte Erklärung, mit der Günter Schabowski am 9. November 1989 der Presse kundtat, alle Grenzen, auch die Berliner Mauer, seien ab sofort für ausreisewillige Bürger seines Staates passierbar.⁷⁵ Schon

75| *Im Detail werden die Vorgänge, die zu der Verlautbarung Schabowskis führten, dargestellt von Cordt Schnibben: Über den historischen Irrtum, der den Deutschen die Einheit bescherte, in: Rudolf Augstein (Hg.): Ein deutsches Jahrzehnt. Reportagen 1985–1995. Hamburg 1995, S. 181–190. Grundsätzlich auch Rainer Rother: Jahrestag – Fernsehtag. Der 9.11.89 im TV, ein Jahr danach, in: Bohn/Hickethier/Müller (Hg.): Mauer-Show, S. 157–173, hier S. 157.*

wenige Stunden später verkündeten westliche Medien den Fall der Berliner Mauer.⁷⁶ Noch am selben Abend wurde die Mauer tatsächlich gestürmt. Einmal in der (Medien-)Welt, konnte Schabowskis Erklärung nicht mehr korrigiert oder zurückgenommen werden; sie entfaltete eine eigene Dynamik, schuf sich gleichsam ihre Wirklichkeit.

Im Vorfeld des deutsch-französischen Krieges trug Bismarcks falsche Wiedergabe der Ereignisse in Bad Ems dazu bei, den Konflikt mit Frankreich weiter anzuzünden. Auch wenn es sich bei Bismarck um eine beabsichtigte, bei Schabowski, nach allem, was wir wissen, um eine unbeabsichtigte Fehlleistung handelte: Beide wirkten in einer dramatisch zugespitzten Situation als Katalysatoren. Auch in der Geschichte der Publizistik stößt man, wie in der Geschichte allgemein, immer wieder auf Irrtümer und Zufälle, die dazu beitragen, große Veränderungen auszulösen. Die Einigung von 1870/71 und die Wiedervereinigung von 1989/1990 dürfen natürlich in keiner Weise kausal hierauf zurückgeführt werden, aber beide Prozesse profitierten davon, dass medial transportierte Fehler manchmal mehr bewirken können als die Wahrheit.

76 | Zur Berichterstattung über den Mauerfall siehe am Beispiel des Fernsehens Rüdiger Steinmetz: 9. November 1989, in: *Deutsches Rundfunkarchiv (Hg.): In geteilter Sicht. Fernsehgeschichte als Zeitgeschichte – Zeitgeschichte als Fernsehgeschichte. Dokumentation eines Symposiums. Potsdam 2004, S. 67–79.*

Kanzler der Einheit. Otto von Bismarck – Konrad Adenauer – Helmut Kohl. Herausforderungen und Perspektiven

Arnulf Baring

Bismarck, Adenauer und Kohl im Vergleich. Vergleichen kann man bekanntlich alle und alles, aber schon bei flüchtigem Hinschauen wird klar, dass diese drei Kanzler unter fundamental unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu agieren hatten.

An mehreren markanten Orten in Deutschland nacheinander fällt seit einigen Monaten ein monumentaler, stählerner Schriftzug mit dem Wort „Friederisiko“ ins Auge. Mit dieser modischen, für manche sogar ärgerlichen Wortschöpfung sollen die Medien, soll die breitere Öffentlichkeit auf die im nächsten Jahr fälligen Gedenkveranstaltungen zu „Friedrich 300“ neugierig gemacht werden – was nach meiner Kenntnis gelungen ist. Friederisiko soll zum Nachdenken über Friedrich den Großen anregen, dessen 300. Geburtstag im nächsten Jahr, am 24. Januar 2012, gefeiert werden wird.

Weshalb kann Risikobereitschaft als ein Schlüssel zum Verständnis jenes Königs dienen, unter dem Preußen zur europäischen Großmacht aufstieg? Friedrich ist auf verschiedenen Feldern immer wieder erstaunliche Risiken eingegangen. In erster Linie war er von Anfang an auf militärischem Gebiet zu kühnen, auch politisch problematischen Risiken bereit. Seine Siege in den beiden ersten schlesischen Kriegen wurden sofort als ungewöhnliche Leistungen gewertet. Als es ihm einige Jahre später, im Siebenjährigen Krieg, sogar gelang, die gewaltige Allianz seiner Gegner, also Österreichs, Frankreichs und Russlands 1763, zu überleben, wurde das weit über Deutschlands Grenzen hinaus in ganz Europa bewundert.

Ein solches Denken und Verhalten, eine grenzenlose Risikobereitschaft liegt uns Deutschen heute völlig fern. In dem Kuratorium, das die kommende Jubiläumsausstellung für Friedrich im Potsdamer Neuen Palais beratend begleitet, gab es zwar von Anfang an Einigkeit, dass man ihn zu Recht als den Großen betrachten dürfe. Aber fast ebenso groß war

die gemeinsame Überzeugung, die Grundlage dieser Bewertung, seine siegreichen drei Kriege, könnten niemals im Zentrum einer heutigen Würdigung dieses Königs stehen. Der militärische Ruhm Friedrichs sei der gegenwärtigen, völlig entmilitarisierten Öffentlichkeit überhaupt nicht zu vermitteln.

Warum rede ich so lange über Friedrich, wo ich doch über Otto von Bismarck sprechen soll? Weil hundert Jahre nach dem siegreichen Ende des Siebenjährigen Krieges, unter dem preußischen Ministerpräsidenten Bismarck noch immer militärische Kompetenz außenpolitische Anstrengungen flankierte, stützte, ihnen Durchschlagskraft verleihen musste. Ohne den älteren Moltke wäre der Mann aus Schönhausen nicht weit gekommen. Trotz der nationalen Aufwallungen, die die napoleonischen Eroberungen in Deutschland ausgelöst hatten, war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Frage nach der politischen Neuordnung Deutschlands ungelöst geblieben. Im Deutschen Bund war Wien weiterhin wichtiger als Berlin, obwohl Preußen kräftig aufholte.

Mit seinen erfolgreichen Kriegen gegen Österreich hatte Friedrich II. die damalige Führungsmacht des alten Reiches, den Habsburgerstaat, offen herausgefordert. Aber ein Jahrhundert später, als Bismarck 1862 preußischer Ministerpräsident wurde, war noch immer unentschieden, ob Preußen als mitteleuropäische Führungsmacht im Deutschen Bund das Sagen haben werde oder doch noch Österreich sich auf Platz 1 behaupten könne. Bismarck ist gewaltige Risiken eingegangen. Er hat auf streckenweise geniale Art in drei Kriegen gegen Dänemark, Österreich und Frankreich die kleindeutsche Lösung, das in Versailles 1871 gegründete Kaiserreich, voller List zustande gebracht. Natürlich war dabei ebenso wie die militärische Leistungsfähigkeit Preußens ein feines außenpolitisches Fingerspitzengefühl gefragt. Die stille Unterstützung Russlands beispielsweise beim Konflikt mit Frankreich war eine entscheidende Rückendeckung der Bismarckschen Politik – für die freilich Sankt Petersburg später prekäre Gegenleistungen erwarten sollte. Die Neutralität Preußens im Krimkrieg, und zuvor schon die russisch-preußische Freundschaft seit der Zeit des Zaren Nikolaus I., hatten zu dieser Berlin wohlwollenden Grundstimmung in Petersburg ganz wesentlich beigetragen.

Die außenpolitische Grundkonstellation, an der Friedrich fast gescheitert wäre, blieb auch unter Bismarck für das neue Reich bedrohlich.

Zwar hinderte die Verdrängung Österreichs aus der Mitte Europas nicht den dauerhaften Ausgleich zwischen Berlin und Wien. Aber da sich Österreich nach dem Einflussverlust in Deutschland durch einen Gelände- und Bedeutungsgewinn auf dem Balkan eine neue Machtbasis zu schaffen versuchte, geriet es in einen Gegensatz zu Russland, das aus panslawistischen und nationalistischen Motiven seinerseits die „Brudervölker“ in Südosteuropa, vom türkischen Joch befreit, sich höflich zu machen gedachte. Insofern erwies sich das Dreierbündnis zwischen Berlin, Wien und Sankt Petersburg rasch als brüchig, und nach der Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages im Jahr 1890 kam es daher bald, nämlich schon 1892, zur russisch-französischen Militärallianzen und 1894 zum Zweibund zwischen Petersburg und Paris. Die befürchtete Einkreisung Deutschlands hatte begonnen, die Niederlage von 1918 hatte ihren Anfang genommen. Freilich war die russisch-französische Zusammenarbeit auch für die beiden betroffenen Völker nicht von Segen. Frankreich erlitt im Ersten Weltkrieg solche Blutverluste, dass es jahrzehntelang geschwächt blieb. Und in Russland führte der Krieg erst zur Märzrevolution und damit zum Ende des Zarenreichs und dann zum Sieg der Bolschewiki im November 1917. Dieser Triumph hat sich, aufs Ganze gesehen, als verheerendes Unglück für alle Völker der späteren Sowjetunion erwiesen. Und nicht nur für sie. Die im Zweiten Weltkrieg unterworfenen Teile Osteuropas wurden fast das ganze 20. Jahrhundert lang schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Inzwischen hatte sich Deutschland nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und den Versailler Friedensbedingungen, die man als allzu hart, und wegen des berüchtigten Kriegsschuldartikels als schreiend ungerecht empfunden hatte, erstaunlich rasch als leistungsfähige, ambitionierte Großmacht während der 1930er Jahre entwickelt, so dass sich Berlin zwanzig Jahre nach der Niederlage von 1918 im Stande fühlte, gewaltsam zur Vormacht Europas aufzusteigen. Dieses ambitionierte, improvisierte Vorhaben war allerdings 1945 desaströs gescheitert.

Daher begann Konrad Adenauer seine Regierungszeit mit leeren Händen. Millionen Menschen waren ausgebombt, auf der Flucht oder später vertrieben, fast alle Großstädte zerstört, die industriellen Kapazitäten drastisch reduziert. Manch einer auf Seiten unserer damaligen Feinde hielt für möglich, ja für wünschenswert, Deutschland auf ein armseliges Agrarland herabzustufen. Als Konrad Adenauer vier Jahre später der erste Kanzler der neuen Bundesrepublik wurde, war mehr

als die Hälfte des deutschen Terrains von 1937 – an den Kaliningrader Oblast, die neuen polnischen Westgebiete und die Zone, die spätere DDR - dem Sowjetkommunismus zum Opfer gefallen.

Wenn sich Adenauer früh als die prägende politische Führungspersönlichkeit Westdeutschlands etablieren konnte, lag es daran, dass er früher als fast alle anderen Politiker der ersten Nachkriegsperiode, nämlich schon im Herbst 1945, nüchtern erkannt hatte, dass der von Russland besetzte Teil für unabsehbare Zeit für Deutschland verloren sei. Durch das Vordringen der Roten Armee bis zur Wartburg an der Westgrenze Thüringens war das Gesicht Deutschlands, ungewollt von den Russen, gewaltsam nach Westen gedreht worden. Restdeutschland auf sich allein gestellt war völlig wehrlos. Keine Politik vergeblicher Kompromissbemühungen, um Stalin die Ostzone abspenstig zu machen, sondern nur eine entschlossene, rückhaltlose Westorientierung, Westintegration, eine Verschmelzung mit der westeuropäisch-atlantischen Welt – davon war Adenauer überzeugt – konnte auf längere Sicht Erfolg bringen. Nur durch eine Politik westlicher Stärke, durch Containment, durch Abschreckung, ja vielleicht sogar durch ein Roll-back, konnte die russische Macht aus Mittel- und Osteuropa hinter den Bug zurückgedrängt und Europa in Freiheit wieder vereinigt werden.

Das fanden viele, zumal anfangs, in den ersten Jahren des Bonner Staates, als die Einheit Deutschlands allen damals lebenden Deutschen noch selbstverständlich war, ganz utopisch. Jahrzehntlang blieb es ja auch bloße Hoffnung. Aber mehr und mehr gewann während der 1950er Jahre unter den Westdeutschen die Überzeugung an Boden, dass tatsächlich nur ein einziges, ein vereintes Westeuropa, fest verbunden mit den Vereinigten Staaten, Aussicht habe, wenn überhaupt, die Einheit Deutschlands, eine Wiedervereinigung der vier Besatzungszonen, also die Beseitigung der DDR, zu Wege zu bringen. Freilich erlahmte im Laufe der folgenden Jahrzehnte, zumal im Zeichen des Entspannungszeitalters seit den späten 1960er Jahren, in der alten Bundesrepublik der Wille zur Wiedervereinigung. Man begann mehr und mehr, sich mit der Spaltung des Landes abzufinden, sie teilweise sogar als gerechte Strafe für die Verbrechen des Nationalsozialismus zu akzeptieren.

Der Anstoß zu einer völlig anderen Entwicklung der Dinge kam von außen, vom Niedergang des Sowjetimperiums. Er begann mit der Solidarnosc-Bewegung in Polen Ende der 1970er Jahre, den naiv optimis-

tischen russischen Reformen Gorbatschows Mitte der 1980er, also mit Glasnost und Perestroika, auch mit frühen, wagemutigen ungarischen Kontakten in den Westen.

Lange Zeit war zweifelhaft, ob die Selbstbestimmung der Völker Osteuropas, die Gorbatschow anzustreben schien, auch für Deutschland gelten würde. Moskau schien auf eine Art freiwillig akzeptierter sowjetischer Hegemonie der Satellitenstaaten zu hoffen und auf sie hinzuwirken. Dabei war offen, was Selbstbestimmung im sowjetischen Herrschaftsbereich heißen sollte. Dachte Moskau an eine künftige Eigenverantwortung der jeweiligen kommunistischen Führung der einzelnen Länder? Wollte man also auf etwas hinaus, was Anton Ackermann, der im Mai 1945 als Mitglied der Gruppe Ulbricht aus Moskau nach Deutschland zurückgekehrt war, ein dreiviertel Jahr später, im Frühjahr 1946, als „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ propagiert hatte? Stalins unbedingter Machtwille hatte damals rasch solche Hoffnungen zunichte gemacht. Oder war jetzt wirklich an die demokratische Selbstbestimmung der Wähler in den einzelnen Satellitenstaaten, gedacht?

Die Antwort auf diese Frage blieb jahrelang offen, bis weit in das Jahr 1989 hinein. Die Breschnew-Doktrin wurde allmählich außer Kraft gesetzt, weil sich mehr und mehr herausstellte, dass die Sowjetführung sie nicht mehr anzuwenden entschlossen war und die Menschen in den Staaten des Ostblocks sie, also eine militärische Invasion der Roten Armee, immer weniger fürchteten.

Das neue Denken schuf allerdings nur langsam Klarheit. Im April 1987 äußerte Gorbatschow in Prag, die Gleichberechtigung zwischen den Ländern des Sozialismus bedeute die Unabhängigkeit jeder kommunistischen Partei, Fragen der Entwicklung des eigenen Landes zu entscheiden. Im Dezember des folgenden Jahres, also 1988, sprach der Parteichef vor der UNO über die freie Wahl der Staaten, über Varianten der gesellschaftlichen Entwicklung unabhängig zu entscheiden. Im Juli 1989 hieß es aus seinem Munde im Straßburger Europarat, er gehe von der Souveränität der Völker in Europa aus, ihre inneren Angelegenheiten zu regeln – was hieß, dass sie außenpolitisch an der Seite der Sowjetunion zu bleiben hatten. Im gleichen Monat Juli, beim Gipfeltreffen des Warschauer Paktes in Bukarest, hieß es im Kommuniqué, jedes Volk bestimme selbst innen- wie außenpolitisch das Schicksal seines Landes,

was Gennadi Gerassimow, der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, damals in die berühmt gewordene Formel kleidete, man habe es jetzt mit einer „Sinatra-Doktrin“ zu tun: „I did it my way“.

Offen blieb, ob das auch in Deutschland gelten sollte, also für die Teilnation der DDR. Lange wusste niemand, ob die sowjetische Führung inzwischen bereit sei, auf ihre wichtigste Siegestrophäe zu verzichten – und, falls ja, zu welchem Preis. Wie stabil war also mittlerweile das Kunstgebilde DDR? Niemand konnte sicher sein, ob es angesichts der verbreiteten Entschlossenheit vor allem jüngerer DDR-Bürger, ihrem Staat den Rücken zu kehren, nicht zu Unruhen kommen werde. Nicht von ungefähr fragte ein nervöser Staatssicherheitsminister Erich Mielke in einer Dienstbesprechung der Generale und Obersten seiner Behörde Ende August 1989: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht“? Anders als einige Wochen später konnten ihn die Anwesenden beruhigen: Man habe die Lage im Griff.

Spätestens durch die improvisierte, ungeplante Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 griff die Entwicklung unwiderstehlich auf Deutschland über. Nachdem monatelang mehr und mehr DDR-Bewohner über Budapest, Warschau und vor allem Prag in die Freiheit gelangt waren, strömten nun ostdeutsche Massen – teils zeitweilig, teils auf Dauer –, über die innerdeutsche Grenze. Die Bonner Politik, die die heranreifende Situation lange nicht vorhergesehen – allenfalls geahnt – hatte, versuchte früh, wenn auch zunächst noch eher zaghaft, die Entwicklung hin zu – wie Helmut Kohl wörtlich sagte – deutsch-deutschen „konföderativen Strukturen...“ in die Wege zu leiten: „Mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen“. Was uns heute nahe liegend, ja selbstverständlich scheint, war damals äußerst wagemutig. Der Bundeskanzler schätzte damals intern, dass es fünf bis zehn Jahre dauern werde, die deutsche Einheit zu Wege zu bringen. Daher musste der Zehn-Punkte-Plan Kohls bis zuletzt streng geheim gehalten werden. Seine Formulierung wurde nur ganz wenigen anvertraut.

Kohls Initiative vom 28. November 1989 wurde im Kreis der europäischen Partner tatsächlich zunächst ausgemacht übel aufgenommen. Selbst enge Verbündete wie Frankreich und vor allem Großbritannien waren anfangs entschlossen, diese Entwicklung abzubremsen, wenn nicht in einer Sackgasse enden zu lassen. Kohl selbst, durch diesen weit verbreiteten westeuropäischen Widerstand betroffen gemacht, ja

bedrückt, kam erst bei seinem Besuch in Dresden am 19. Dezember 1989, durch die beeindruckende Massenversammlung vor der Ruine der Frauenkirche, zu der von da an unerschütterlichen Überzeugung, dass die deutsche Wiedervereinigung kommen müsse und kommen werde. Wie eine Dampfwalze war er nun nicht mehr aufzuhalten. Alle Widerstände, alle Einwände wurden von ihm entschlossen, aber umsichtig beiseite geräumt. Während die Sozialdemokraten größtenteils die Wiedervereinigung ablehnten, zumindest auf die lange Bank schieben wollten, war Kohl – völlig richtig – überzeugt, dass das „window of opportunity“ nicht lange offen stehen werde, daher Eile geboten sei. Alle Energie Kohls hätte natürlich nichts ausgerichtet ohne den Rückhalt unserer westlichen Bundesgenossen, genauer gesagt: der Vereinigten Staaten. Sie zögerten nicht, wie Paris und vor allem London. Washington war von Anfang an und unwandelbar fest entschlossen, dass die deutsche Wiedervereinigung im westlichen Bündnis erfolgen müsse und auch erreicht werden könne. Bush und Baker setzten auf bewundernswerte Weise zielstrebig, aber behutsam, durch, was das Ziel aller Bonner Politik seit Adenauer gewesen war.

Noch heute erstaunt der lautlose, gewaltfreie Zusammenbruch der DDR, ihr überraschendes, sanftes Ende in den Monaten nach der letztlich kopflos überstürzten Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989. So friedlich stirbt nur, wer von allen und sich selbst längst aufgegeben ist. Auch jene unerschütterlichen Idealisten, die ihrer Utopie treu blieben und ausharrten, statt wie so viele andere damals nach Westen abzuwandern, hatten die eigene DDR, tief resigniert, seit Jahren innerlich als gescheitert empfunden, die ganze Sache des Sozialismus insgeheim für unrettbar verloren gehalten. Eine neue Dolchstoßlegende, dass irgendein Verrat den wahren, humanen Sozialismus hinterhältig um seine Chancen gebracht habe, kam erst später auf, vor allem unter westlichen Sozialisten. Sie fand, verständlicherweise, nur mäßig Gehör.

So wenig wie 1918 war dieser 9. November ein Blitz aus heiterem Himmel. Auch diesmal war der deutsche Umsturz kein Einzelfall. Teils zielbewusst, teils unfreiwillig hatte Gorbatschow, ein Held des strategischen Rückzugs und gleichzeitig der Totengräber des Sowjetimperiums, in den Jahren zuvor den kommenden Untergang des kommunistischen Weltreichs signalisiert. Schon Jahrzehnte früher war der katastrophale wirtschaftliche Niedergang, der moralische und gesellschaftliche Zerfall in sämtlichen Ländern des sozialistischen Lagers, überall Gegenstand ratloser Erörterungen gewesen. Achselzuckend beklagte man – unver-

hüllt im Westen, heimlich im Osten – die offenbare Unmöglichkeit durchgreifender Reformen, also die Vergeblichkeit fundamentaler ökonomischer und politischer Selbsterneuerungen der dort maßgeblichen, gleichförmigen, primitiven Systeme. Sie alle mussten leidvoll zur Kenntnis nehmen, dass sie, rücksichtslos in jeder Hinsicht, weit über ihre Verhältnisse gelebt hatten. Mit dieser Kahlschlag-Attitüde hatten sie das eigene Scheitern von langer Hand planmäßig in die Wege geleitet. Nach strikt marxistischen Kriterien nahm ihr Untergang seinen Lauf.

Die Auflösung der rigiden, fassadenhaft gewordenen Herrschaftsapparate, von den mutigen Polen, dann von den umsichtigen Ungarn in Gang gesetzt und offen vorangetrieben, beschleunigte, der Dominotheorie folgend, im Laufe der späten 1980er Jahre die kommunistischen Zusammenbrüche: Was in Warschau noch zehn Jahre gedauert hatte und in Budapest zehn Monate, vollzog sich in Leipzig und Ost-Berlin innerhalb von zehn Wochen, dann später in Prag in nur zehn Tagen. Wie von Termiten zerfressen oder durch rundum mangelnde Pflege verwahrlost, verfault, stürzten beim ersten Windstoß der Veränderung die morschen, altersschwachen Gebäude dieser Anciens regimes des zwanzigsten Jahrhunderts eins nach dem anderen in sich zusammen.

Erstaunlich bleibt im Rückblick beim Fall von Mauer und DDR, wie verblüfft man damals zumal im Westen Deutschlands über diese Entwicklung war, wie unvorbereitet auf die plötzlich erreichbare Wiedervereinigung und erst recht auf die mit ihr einhergehende Aufwertung, den Machtzuwachs der Deutschen – von dem wir, so ganz anders als in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, einen verantwortungsbe- wussten, maßvollen, ja fast allzu ängstlichen Gebrauch gemacht haben. Die neue, immer noch uneingestandene, verheimlichte Vormachtrolle Deutschlands war bekanntlich weniger durch die Vergrößerung der Bundesrepublik bedingt als durch den gleichzeitigen Zerfall der Sowjetunion. Es war richtig und wichtig, dass Bonn und dann Berlin nie der Versuchung nachgaben, nun zu einer Schaukelpolitik zwischen Ost und West zurückzukehren. Es war bedeutungsvoll für unser Schicksal, dass es auch nach 1990 bei der westlichen Verankerung Deutschlands blieb.

Wir hätten seither unsere in Europa weithin positiv bewertete Rolle gar nicht spielen können, wenn wir die Handlungsrahmen des Nordatlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft von uns aus in Frage gestellt oder auch nur relativiert hätten. Die lebenskluge Zurückhaltung, demonstrative Bescheidenheit und europäische Einord-

nung bleiben das Vermächtnis des damaligen, langjährigen Kanzlers Kohl. Wäre nämlich ihre unverhoffte, latente Großmachtrolle den Deutschen zu Kopfe gestiegen, hätten die alten Ängste und das neue Misstrauen sofort alle europäischen Nachbarn veranlasst, sich gegen uns zusammenzuschließen, um uns einzudämmen, zu isolieren, was die Deutschen gekränkt vermutlich mit einer verstärkten Konzentration auf die eigenen Interessen beantwortet hätten.

Damit wäre es möglicherweise unter veränderten Rahmenbedingungen und in anderen Formen zu ähnlich unheilvollen Konstellationen gekommen, wie sie unsere katastrophalen Niederlagen 1918 und erst recht 1945 herbeigeführt haben. Zumindest wäre in einer Situation deutscher Isolierung und Selbstisolierung die umfassende Unterstützung der neuen osteuropäischen Demokratien, dieser entscheidende deutsche Beitrag zu deren wirtschaftlicher und damit auch sozialer und politischer Stabilisierung, unwahrscheinlich gewesen, vermutlich unmöglich geworden.

Die vertrauensvolle westliche Einbettung unseres Landes blieb also auch nach 1989/90 die entscheidende Voraussetzung erfolgreicher deutscher Wirksamkeit, was zumindest die Regierungen Kohl und Merkel immer im Auge behalten haben – freilich oft enttäuscht darüber, dass in der neuen Situation so wenig wie in der alten die NATO und vor allem die Europäische Union die weiterreichenden, hochgespannten politischen Erwartungen erfüllt haben, die man lange Zeit immer wieder an diese beiden Vertragsgemeinschaften geknüpft hatte.

Bewundernswert bleibt im Rückblick, wie schnell 1989/90 Bundeskanzler Kohl die unerwartete Chance begriff, die sich uns bot. Er hat sie sofort beherzt und zugleich vorsichtig genutzt. Die Sozialdemokraten hingegen ließen eine große geschichtliche Chance vorübergehen, auf die sie doch, mit der neuen Ostpolitik Willy Brandts, nach 1969 ursprünglich selbst hingearbeitet hatten. Wie schon in der Gründungsphase der alten Bundesrepublik verkannten sie wieder die Zeichen der Zeit.

Sie hatten nach 1948/49 Ludwig Erhards soziale, populäre Marktwirtschaft wegen ihrer vermeintlichen Rücksichtslosigkeit erfolglos bekämpft und Adenauers Westintegration um der (damals freilich aussichtslosen) Wiedervereinigung willen vehement abgelehnt. Stalins Bedingungen hätten 1952, wie die SPD seit ihrer Zwangsvereinigung

mit der KPD in der Sowjetzone 1946 eigentlich wusste, die Unfreiheit ganz Deutschlands nach sich gezogen. Deshalb haben die Sozialdemokraten damals auch erst im Nachhinein die Märznote für eine versäumte Chance gehalten. Diesmal neigten sie umgekehrt und eher konservativ dazu, die grundsätzliche Wünschbarkeit einer deutschen Zweistaatlichkeit und die Wahrung westdeutscher sozialer Besitzstände für ein Hauptanliegen zu halten. Indem sie sich aber auf die Anprangerung negativer Begleitumstände der Vereinigung konzentrierte, die es übrigens unleugbar gab, machte die SPD unfreiwillig deutlich, dass auch sie die Entwicklung zur Einheit als solche für zwangsläufig hielt, also keine grundsätzliche Alternative erkennen konnte und vorzuschlagen wusste.

Diese Sprachlosigkeit hatte ihre Gründe. Als im Dezember 1989 klar zu werden begann, dass es auch bei massiver westlicher Wirtschaftshilfe keine Chance gab, eine eigenständige, lebensfähige DDR zustande zu bringen, weil es vor Ort an wichtigen Voraussetzungen einer freien, dynamischen und rechtsstaatlichen Entwicklung fehlte, war diese Einsicht vor allem für beträchtliche Teile der kulturellen, meinungsbildenden Eliten in beiden damaligen Staaten ein großer Schock. Zumal im linken und linksliberalen Spektrum der westdeutschen öffentlichen Meinung hatte man schon lange mehr und mehr die Zerreißung Deutschlands nach 1945 als endgültig empfunden, ja als gerechten Urteilspruch der Geschichte über die Reichsgründung von 1871 verstanden. War nicht die Rückkehr zu vorbismarckschen Formen deutscher Staatlichkeit geboten, längerfristig die Wiederherstellung eines Deutschen Bundes angezeigt? Spätestens seit den 1970er Jahren galt das Reich Bismarcks weithin als eine von Anbeginn verfehlt konstruierte, eine gewaltsame, aufs Scheitern angelegte Kunstschöpfung, die denn auch bloße Episode geblieben war.

Bei solchen Einschätzungen spielte unter Linken eine Rolle, dass man dort den zweiten deutschen Staat trotz aller seiner Mängel als ein sozialistisches Experiment auf deutschem Boden betrachtete, das als Gegenmodell grundsätzlich Respekt, ja Unterstützung verdiene. Jetzt sieht man deutlicher als vor zwanzig, vierzig oder sechzig Jahren, wie die deutsche Geschichte seit 1871 verstanden werden muss. Über alle Brüche und Wandlungen hinweg, die das Land erlebt hat, fällt eindringlich die Kontinuität von Staat und Gesellschaft ins Auge. Das Völkerrecht, seinerzeit oft als weltfremd belächelt, hat mit großer Einmütigkeit schon in den ersten Jahrzehnten nach 1945 die Bundesre-

publik Deutschland juristisch für identisch mit dem Deutschen Reich erklärt. Die DDR war in dieser Sicht schon damals nur eine vorübergehende Sezession, die Abspaltung eines Landesteils, der Bonner Staat aber, entgegen dem Augenschein, rechtlich das Reich.

Jeder Blick auf die Landkarte seit 1990 zeigt sofort, dass wir Deutschen wieder in den Grenzen des Bismarckreiches leben, freilich verkürzt um jenes reichliche Viertel des Landes, das 1945 polnisch geworden ist, verkleinert selbstverständlich um Elsass-Lothringen. Nicht nur geographisch, auch rechtlich, institutionell, gesellschaftlich, politisch ruht die Gesamtverfassung des heutigen Deutschland noch immer auf vielen der Fundamente, die in der Ära Bismarcks vor nun fast anderthalb Jahrhunderten gelegt wurden.

Freilich wurde der Staats- und Gesellschaftsbau durch die Jahrzehnte nach 1949 ganz wesentlich modifiziert; völlig neue Flügel kamen hinzu, anderes wurde umgebaut oder abgerissen. Durch das zeitweilige, bedrohliche Vordringen der Russen bis in die Mitte Deutschlands ergab sich der Zwang für den verbleibenden Rest, festen Rückhalt, verlässliche Freunde im Westen zu suchen, um die eigene Freiheit zu retten. Seit Adenauers entschiedener, erfolgreicher Integrationspolitik ist Deutschland energisch nach Westen verlagert, in allen Lebensbereichen tief greifend verwestlicht worden. Das Symbol dieser Umorientierung war Bonn, diese bescheidene Universitätsstadt an den Ufern des Rheins. Das lange Zögern, den Regierungssitz ins quirlige, verarmte Berlin an der Spree zurückzuverlegen, entsprang bei manchen nachdenklichen, sorgenvollen Zeitgenossen wesentlich der Befürchtung, ein von der alten Reichshauptstadt her regiertes Deutschland könnte weniger westlich, international weniger vertrauenswürdig wirken als der bisherige Bonner Staat, könnte zur traditionellen, zwischen Ost und West lavierenden Schaukelpolitik zurückkehren. Diese Sorge erwies sich rasch als gänzlich unbegründet.

Das heutige Deutschland ist eine geglückte Synthese aus Bismarcks Reich und Adenauers Rheinbund. Anders gesagt: Wir leben noch immer im Deutschland Bismarcks, aber in der weltoffenen, republikanischen Form, die ihm die Ära Adenauer und dann die Regierungen seiner Nachfolger gegeben haben.

DIE AUTOREN

Baring, Arnulf, Dr. jur., Professor em. für Zeitgeschichte und internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin.

Becker, Frank, Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte mit dem Schwerpunkt Westeuropa an der Universität Duisburg-Essen.

Conze, Eckart, Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Philipps-Universität Marburg.

Geppert, Dominik, Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Küsters, Hanns Jürgen, Dr. rer. pol., Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. in Sankt Augustin und apl. Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Lappenküper, Ulrich, Dr. phil., Geschäftsführer der Otto-von-Bismarck-Stiftung in Friedrichsruh und apl. Professor für Neuere Geschichte an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg.

Seiters, Rudolf, Dr. rer. pol. h. c., 1969–2002 Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU), 1989–1991 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, 1991–1993 Bundesminister des Innern, seit 2003 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes.

Wirsching, Andreas, Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin.



Konrad
Adenauer
Stiftung



Schon zu ihren Lebzeiten verkörperten sie deutsche Geschichte: der Reichsgründer Otto von Bismarck, der Gründungskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, und der Kanzler der deutschen Einheit, Helmut Kohl. Sie alle verschrieben sich dem Auftrag, die Deutschen zu vereinen, und hatten dabei mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Welchen außen- und innenpolitischen Herausforderungen sahen sich die drei deutschen Gründungskanzler gegenüber? Welche Perspektiven verbanden sie mit ihrer Politik, Deutsche in einem Land zu vereinen? Diesen Fragen gehen Historiker und Zeithistoriker nach und zeigen dabei auch Perspektiven für weitere Forschungen auf.

www.kas.de

